04/2019

KOMMUNAL

GEMEINDEN.GESTALTEN.ÖSTERREICH.

Das Magazin des Österreichischen Gemeindebundes

PFLEGE

Eine Sache der Allgemeinheit

Seite 28

FUHRPARK

Gemeinden fahren „flüsterleise“

Seite 50

Alte Hüte oder neues Wir-Gefühl?

Brauchtumspflege zählt zu den wichtigsten kulturellen Aufgaben der Gemeinden: KOMMUNAL auf den Spuren der Vielfalt gemeinschaftsfördernder Traditionen zwischen fantasievollen Kuriositäten und martialischen Inszenierungen.

ab **Seite 18**

Einzelverkaufspreis: EUR 4,90

Österr. Kommunalverlag, 1010 Wien, Löwelstr. 6
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien

ISSN: 1605-1440
Österreichische Post AG MZ 02Z032902 M

NACHHALTIGE IDEEN
FÜR LEBENSWERTE GEMEINDEN

KOMMUNALMESSE 2019
www.diekommunalmesse.at

Die innovative Fachmesse für die kommunale Welt.

27./28. JUNI 2019 | MESSE GRAZ

In Kooperation mit dem 66. Österreichischen Gemeindetag.

SCHULERHALTER

PFLICHT ODER KÜR FÜR GEMEINDEN

Österreichs Gemeinden erhalten 4300 Pflichtschulen, während Bund und Länder rund 1000 Schulen betreiben. Dabei sorgen die Gemeinden grundsätzlich für Errichtung und Erhaltung der Schulgebäude inklusive der Einrichtung, von den Schreibtischen bis hin zur Kreide. Gerade, wenn es um die Schulen geht, kommen Debatten wie etwa Freizeitbetreuung und technische Ausstattung immer zuerst bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern an. Direktoren und Elternvertreter drängen nach Laptops und Tablets oder schulischer Tagesbetreuung. Die Gemeinden versuchen dann bedarfsgerechte Lösungen zu finden, weil sie den Druck vor Ort tagtäglich spüren.

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Als Bürgermeister sind wir gerne die Ansprechpartner für unsere Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger – bei allen Fragen und auch bei schulischen Themen. Die Herausforderung ist aber, dass viele dieser Anforderungen zu Kosten führen, die die Gemeinden allzu oft selbst stemmen müssen. Denken wir da etwa an die aktuelle Novelle zum Bildungsinvestitionsgesetz, die Bundesminister Faßmann kürzlich präsentiert hat. Wir haben die Novelle begrüßt, da damit zumindest vorläufig die Finanzierung der ganztägigen Betreuung der Schülerinnen und Schüler gesichert ist und es weiterhin Zuschüsse für die Personalkosten gibt. Selbst Minister Faßmann hat zugeben müssen, dass sich die Gemeinden bei den Investitionen in die schulische Nachmittagsbetreuung zurückgehalten haben, weil sie befürchtet haben, am Ende des Tages auf den Kosten sitzen zu bleiben. Wir müssen nun die Novelle zum Anlass nehmen, die Kompetenzen und Zuständigkeiten im Schulsystem neu zu ordnen.

Klar ist nun: Wir müssen die Diskussion um die Finanzierung des gesamten Schulsystems ehrlich führen. Der Gemeindebund hat deswegen eine Rechtsmeinung zur Frage der Aufgaben und Pflichten der Gemeinde als Schulerhalter eingeholt. Wir sind der Meinung, dass Freizeitpädagoginnen und –pädagogen, Sekretariatskräfte, Unterstützungspersonal, sowie Tablets für die Schüler nicht Aufgabe der Gemeinden sein können. Univ.-Prof. Dr. Bernhard Raschauer hat in einem Gutachten nun deutlich dargelegt, dass all jene gesetzlichen Grundlagen, die den Gemeinden derartige Aufgaben übertragen, kompetenz- und damit verfassungswidrig sind. Er geht davon aus, dass nicht die Länder, sondern der Bund unmittelbar zuständig wäre, Aufgaben des administrativen und pädagogischen Schulbetriebs zu regeln. Nur in Angelegenheiten der Errichtung und Erhaltung der Schulinfrastruktur dürfen Länder Ausführungsgesetze erlassen.

Damit haben wir es nun schwarz auf weiß: Wir sind nur für die schulische Infrastruktur zuständig! Für alles andere sind Bund bzw. Land zuständig und müssen damit auch dafür aufkommen. Das bedeutet auch, dass das pädagogische Personal in eine Hand gehört.

Um Klartext zu sprechen: Wir werden uns natürlich nicht aus der Verantwortung im System Schule zurückziehen. Das sind wir den Familien und den Kindern in unseren Gemeinden auch schuldig, aber die Aufgaben und Kompetenzen müssen spätestens bis zum nächsten Finanzausgleich neu verteilt werden.

Bürgermeister Mag. ALFRED RIEDL
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes.

„WIR SIND NUR FÜR DIE SCHULISCHE INFRASTRUKTUR ZUSTÄNDIG! FÜR ALLES ANDERE SIND BUND BZW. LAND ZUSTÄNDIG UND MÜSSEN AUCH DAFÜR AUFKOMMEN.“

Feedback, Anmerkungen oder Kommentar bitte an **leserbriefe@kommunal at**

FOTO // © Matern

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

am 26. Mai wird das Europaparlament neu gewählt. Bei den bisherigen Europawahlen war die Beteiligung nicht sehr hoch, aber das Brexit-Chaos hat vielen Österreicherinnen und Österreichern gezeigt, wie wichtig die Mitgliedschaft in der EU ist, sodass auf eine höhere Wahlbeteiligung zu hoffen ist. Gewählt werden jene 19 Abgeordneten, die Österreich in den nächsten fünf Jahren in der EU vertreten. Daher ist es wichtig, sich zu informieren und sich für jene Kandidatinnen und Kandidaten zu entscheiden, von denen man überzeugt ist, dass sie die Interessen des Landes am besten wahrnehmen.

Die EU ist nicht perfekt, aber sie bringt Wachstum, Arbeitsplätze, Wohlstand. Und sie bringt noch viel mehr: grenzüberschreitende Freiheit, Institutionen zur Bewältigung von Konflikten, und zumindest die Chance, dass wir in einer in Unruhe geratenen Welt unsere Werte und unser Lebensmodell verteidigen können. Die EU ist das Haus, in dem die europäische Familie wohnt. Ohne das Haus EU wäre die Familie Wind und Wetter der Weltpolitik schutzlos ausgesetzt. Daher appelliere ich – nicht als Chef des Kommunal-Verlages, sondern vor allem als Europa-Gemeinderat meiner Heimatgemeinde Markt Piesting: Nutzen Sie Ihre Möglichkeit und gehen sie am 26. Mai zur Wahl!

Michael Zimper,
Geschäftsführer Kommunalverlag

/30
Pflege: Eine Sache der Allgemeinheit
Die Weichen sind gestellt für „Die Pflege der Zukunft“

/36
Das ist ein Job für Land und Bund
Gemeinden sind nicht „Ausfallshafter“

INHALT

/50

Flüsterleise Gemeinden

Neue Trends bei der kommunalen e-Mobilität

/86

Die Kosmo-Politikerin

Judith Schilling-Grabher, Bürgermeisterin von Bildstein

FOTOS/Vorname Nachname/Bildagentur, Name Nachname; TITEL/Vorname Nachname

KOMMUNAL 04/2019

COVERSTORY

Das Feuer weitergeben 18
Die Gemeinden sind die Hüter der Traditionen

Infografik 24
Traditionen in Österreich

1000 Jahre Tradition bei der Almwirtschaft 26
Traditionen in Österreich

POLITIK & RECHT

Der Gemeindebund wird weiblicher 35
Der Bundesvorstand wählt zwei Vizepräsidentinnen

Gutachten ortet Verstoss gegen die Verfassung? 37
Manche Aufgaben als Schulerhalter gehen über kommunalen Kompetenzrahmen hinaus

„Sicherungshaft muss vom Richter kommen“ 40
Karoline Edtstadler im Gespräch

„Diese EU-Wahl wird eine Richtungswahl“ 42
Hannes Heide im Interview

AdR: „Verliert nicht die Bodenhaftung“ 44
Klare Botschaften beim 8. AdR-Gipfeltreffen in Bukarest

GESTALTEN & ARBEITEN

Förderungen für e-Gemeindefahrzeuge 56
Diese Mittel stehen Gemeinden offen

Dialog ist das Ziel zwischen Alt und Neu 70
Sanierung und Denkmalschutz

Ökonomisch handeln ist ein Muss für Gemeinden 78
66. Österreichischer Gemeindetag und Kommunalmesse 2019

LAND & LEUTE

2050 haben wir dann 50 Prozent 90
Bayrisches Bürgermeisterinnen-Treffen

„Ist das auch was für meine Gemeinde?“ 92
Wie Smart Street bei Gemeindevertretern ankommt

Glasfasernetz sind Lebensadern der Gemeinden 94
Bürgermeistertag in Wieselburg

Bundesländer, Termine, Personalia 98

Impressum 106

FACH- & SERVICEINFORMATIONEN

BKS Bank AG	55
Bundesbeschaffung GmbH	73
Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus	48
Familie & Beruf Management GmbH	95
Husqvarna Austria GmbH	64
Interflex Datensysteme GmbH	75
KOMMUNOS GmbH	74
Raiffeisen Leasing GmbH	69
Saubermacher Dienstleistungs AG	68
Stihl Gmbh	60

KOMMENTAR

KUHATTACKEN **MIT FOLGEN**

Kuhattacken in der freien Natur sind keine Seltenheit. Fast jeden Sommer können wir in den Medien von der Gefährlichkeit wild gewordener Mutterkühe lesen.

Einige Wanderer in Begleitung ihrer Hunde sind mit so viel Natur offenbar überfordert und wissen nicht mehr, wie sie sich verhalten sollen und dürfen. Die Kühe sind echt, nicht lila, und bewegen sich. Wer kann damit rechnen? In einigen Fällen kommt es dann zu unliebsamen Begegnungen und einem direkten Kontakt, und da ist die Kuh nun die Stärkere. Dass man selbst die Verantwortung für sein Handeln trägt, ist ja schon außer Mode gekommen und so wird immer ein Verantwortlicher/Schuldiger gesucht. Und auch oft gefunden. Besondere Aktualität hat die Problematik zuletzt durch ein noch nicht rechtskräftiges Urteil erfahren, mit dem ein Landwirt zu rund 180.000 Euro Schadenersatz und zur Zahlung einer monatlichen Rente von 1500 Euro verurteilt wurde. Der gesamte Streitwert lag bei 490.000 Euro. Die Frau des Klägers war mit ihrer Familie und Hund auf einer Alm unterwegs und wurde plötzlich von Kühen attackiert und zu Tode getrampelt.

So bedauerlich dieser Fall ist, zeigt er doch die gesamte Problematik, die mit Wegehalterhaftung und Schadenersatz verbunden ist. Würde die öffentliche Hand im obigen Fall nicht dem Landwirt zur Seite stehen, wäre dessen Existenz wahrscheinlich vernichtet. Konsequenzen wurden angedacht, um Derartiges in Zukunft zu vermeiden. Keine Almwirtschaft mehr, Einzäunen aller Almen, Betretungsverbote generell oder für Wanderer mit Hunden, eine Versicherungslösung oder Hinweistafeln an jedem Zugang. Der Fall des Hechtbisses im Badeteich lässt grüßen. Alle Varianten hätten gravierende Auswirkungen für die Landwirte, den Tourismus und natürlich auch für die Wanderer.

> **„Die Gemeinden kennen die Probleme schon lange.** Ein umgestürzter Baum, ein tief hängender Ast oder ein Schlagloch auf dem Weg – potenzielle Gefahrenquellen, die bei einem Unfall rasch den Schuldigen finden lassen."

Feedback, Anmerkungen oder Kommentare bitte an **leserbriefe@kommunal.at**

Zu begrüßen ist, dass sich die Bundesregierung nun des Falles angenommen hat und losgelöst vom Einzelfall eine generelle Lösung angestrebt wird. Das wird allerdings keine leichte Aufgabe.

Das Urteil mag nach der geltenden Rechtsordnung zwar seine Berechtigung haben. Ob der drohenden Konsequenzen hat es zu vielem medialem Unverständnis und dazu geführt, dass sich die Bundesregierung mit der Problematik beschäftigt. Die Gemeinden kennen die Probleme schon lange. Werden sie doch immer wieder verklagt, weil sie als Verwalter von mehr als 90.000 km Gemeindestraßen, 43.000 km Güterwegen und 13.700 km Radwegen und unzähligen Wanderwegen für deren Zustand verantwortlich sind. Ein umgestürzter Baum, ein tief hängender Ast oder ein Schlagloch auf dem Weg – potenzielle Gefahrenquellen, die bei einem Unfall rasch den Schuldigen finden lassen. Prozesse werden geführt und bis zum Obersten Gerichtshof durchgekämpft. Zuletzt wurde die Gemeinde Abtenau verklagt, weil eine Mountainbikerin wegen eines Schlaglochs gestürzt und sich die Hand gebrochen hat.

Nun geht es darum, wie groß war das Schlagloch, wann wurde kontrolliert und wie wurde das dokumentiert. Viel Aufwand und eine Menge Bürokratie für die Gemeinden. Was die Gemeinden alles tun können, um mögliche Haftungsfolgen zu vermeiden, wurde schon im Jahr 2016 veröffentlicht. Aber Forststraßen und Wanderwege befinden sich im Gelände oder im Wald

> WER IM GELÄNDE, IM WALD, AUF FORSTSTRASSEN, WANDERWEGEN ODER ALMEN UNTERWEGS IST, MUSS DAMIT RECHNEN, **DASS DIE NATÜRLICHEN BEDINGUNGEN ANDERS SIND ALS IN DER STADT.“**

und dort herrschen andere Bedingungen als in der Stadt. Jedem Nutzer sollte dies von vornherein bewusst sein.

Verschärft wird die Situation durch den Boom an E-Mountainbikes. „Der Sportartikelhandel jubelt“ titelte zuletzt der „Trend“. Durch die E-Mountainbikes werden neue Käuferschichten erschlossen, und viele ungeübte Fahrer kommen in Regionen und Höhen, die sie vorher nicht erreicht hätten. Die nächsten Konflikte mit Waldeigentümern und Gemeinden sind vorprogrammiert, denn das Gefahrenpotenzial wird durch die neuen technischen Möglichkeiten unzweifelhaft erhöht. Und wenn Unfälle geschehen, muss ein anderer schuld gewesen sein. Weder die gänzliche Sperre noch Versicherungslösungen werden hier den bevorstehenden Konflikt lösen können. Abgesehen von den Nutzungskonflikten, der Ökologie und den möglichen Schäden an Wald und Wild, die zu lösen sind, bedarf es auch hier neuer Regelungen, die die Haftungsfragen behandeln. Wie wäre es mit mehr Eigenverantwortung? Wer im Gelände im Wald auf Forststraßen, Wanderwegen oder Almen unterwegs ist, muss damit rechnen, dass die natürlichen Bedingungen anders sind als in der Stadt und muss sich ans Gelände anpassen. Und wenn es zu Unfällen kommt, greift die Eigenverantwortung. Kein Schadenersatz bei derartigen Vorfällen, auch wenn es für die Betroffenen hart sein mag.

Und dies sollte auch für Wanderwege gelten. Schon mehrfach kam es zu Urteilen, die Gemeinden wegen morscher Geländer oder Brücken nach Wanderunfällen zu Schadenersatz und auch strafrechtlich verurteilt wurden. Die Gemeinde ist als Wegehalter verantwortlich, weil die Wanderwege nicht ausreichend gesichert, geprüft und instand gehalten wurden. Den Aufwand, den Gemeinden treiben müssen um darzulegen, wann sie kontrolliert haben und welche Maßnahmen sie gesetzt haben, stößt schon langsam an seine Grenzen. Baumkataster für den Ortsbereich sollen im Schadensfall die Gemeinde vor einer Verurteilung schützen. Gleichzeitig haben sie Konflikte, wenn sie einen alten oder kranken Baum fällen. Der Baum war doch noch so schön.

Andere Länder, andere Sitten oder andere Gesetze. Dabei muss man nicht andere Kontinente betrachten, sondern nur in Länder der Europäischen Union reisen. In Irland sind die Klippen von Mohair eine besondere Touristenattraktion oder in Portugal und Spanien Leuchttürme, die den westlichsten Punkt Kontinentaleuropas markieren. Allen gemeinsam: keine Geländer, keine besondere Sicherung. Jeder sieht und kennt die Gefahr, die von den hohen Klippen ausgeht, und wer sich trotzdem besonders weit nach vorne wagt, tut dies auf eigenes Risiko. Vielleicht manchmal sogar bewusst, wie Statistiken zu Todesfällen durch Selfies zeigen. Muss man alles verbieten, wie jüngst im Nationalpark Cinque Terre, wo Touristen nur mit Schlapfen an den Füßen auf Schnee und nassem Untergrund unterwegs sind, und bedarf es derartiger Verbote auch in den österreichischen Bergen, um die Wanderer und Besucher vor sich selbst zu schützen? Soll dann vielleicht auch die Gemeinde derartige Verbote überwachen und wird sie haftbar, wenn sie nicht einschreitet?

All das gilt es zu lösen. Ich gebe schon zu, dass das nicht einfach ist. Versicherungslösungen sind ein erster Schritt. Sie schützen aber nicht vor einer allfälligen strafrechtlichen Verantwortung. Ein Verhaltenskodex mag ebenso nützlich sein, wie mehr Hinweisschilder. Aber das Ziel, mehr Eigenverantwortung zu verankern und die Wegehalterhaftung generell zu reformieren, sollte im Vordergrund stehen.

HOFRAT DR. WALTER LEISS
ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes.

ANGESAGT

DAS WORT HAT ...

THEMA „FACHKRÄFTEMANGEL“

„Wo wir vor einigen Jahren 20 Bewerber für eine Stelle hatten, kommt es heute auch vor, **dass sich gar niemand bewirbt.“**

Andreas Schatzer, Präsident des Südtiroler Gemeindeverbands

„Bei Audi oder BMW zu arbeiten, klingt für junge Menschen **cooler, als bei einer Gemeinde** zu sein.“

Georg Große Verspohl, Direktor des Bayerischen Gemeindetages

„Wir produzieren nur Häuptlinge, aber es braucht auch **Indianer, die die Arbeit machen.“**

Walter Leiss, Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

„Wir müssen einfach zugeben: Es braucht **nicht nur Nobelpreisträger** im Gemeindebetrieb.“

Ernst Schöpf, Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes

QUELLE: Bericht der „Tiroler Tageszeitung“ vom 15.3.2019 über das „Kommunalforum Alpenraum“ im Tiroler Kundl.

INTERNATIONAL

DER BLICK ÜBER DIE GRENZEN

Polen: **Neue Bürgermeisterin für Danzig** nach Mord an Vorgänger

Mehr als 82 Prozent der Wähler stimmten für Aleksandra Dulkiewicz, die Stellvertreterin des ermordeten Paweł Adamowicz in Danzig (Gdańsk) war. – Knapp eineinhalb Monate nach der tödlichen Messerattacke auf Bürgermeister Paweł Adamowicz haben die Danziger mit deutlicher Mehrheit eine Nachfolgerin ins Amt gewählt. Aleksandra Dulkiewicz, zuvor Stellvertreterin des parteilosen Politikers, entschied die Wahl mit 82,22 Prozent der Stimmen eindeutig für sich, wie ihre Sprecherin nach einem Bericht in „Der Standard“ bekanntgab.

Adamowicz war Mitte Jänner während einer Spendenveranstaltung niedergestochen worden und an seinen schweren Verletzungen gestorben. Adamowicz war erst im Oktober 2018 mit absoluter Mehrheit als Bürgermeister wiedergewählt worden. Dulkiewicz, die nach seinem Tod die Interimsnachfolge übernommen hatte, wurde unter anderem von Polens Ex-Regierungschef und EU-Ratspräsident Donald Tusk unterstützt.

derstandard.at

USA: ZIEGE ALS „BÜRGERMEISTER“

Ein Neuling in der Politik, aber immerhin mit einem berühmten Namen: In einer Kleinstadt im US-Bundesstaat Vermont ist nach einem Bericht auf ORF.at eine Ziege namens Lincoln als Sieger aus einer tierischen „Bürgermeister“-Wahl hervorgegangen. Lincoln setzte sich unlängst bei der Abstimmung in Fair Haven gegen 15 andere Kandidaten durch, darunter die Wüstenrennmaus Crystal und mehrere Hunde und Katzen. Allerdings wurden in der 2500-Einwohner-Stadt insgesamt nur 53 Stimmen abgegeben, davon 13 für Lincoln. Fair Haven hat offiziell keinen Bürgermeister. Ähnliche Funktionen übernimmt Stadtmanager Joseph Gunter, der inspiriert von einer ähnlichen Abstimmung in einem Dorf in Michigan die Idee zu der tierischen Bürgermeisterwahl hatte.

news.ORF.at

FOTOS // AdR // Twocoms/shuttersock.com

BELGIENS ERSTER SCHWARZER BÜRGERMEISTER

Große Freude bei Ex-Bundesligaprofi Vincent Kompany: Pierre Kompany, der Vater des belgischen Fußball-Nationalspielers und ehemaligen Abwehrspielers des Hamburger SV, ist bei den Kommunalwahlen in der Brüsseler Gemeinde Ganshoren zum ersten schwarzen Bürgermeister in der Geschichte des Landes gewählt worden.

England: May beschenkt Pro-Brexit-Städte mit Milliarden

Die britische Premierministerin Theresa May will 1,6 Milliarden Pfund (rund 1,8 Mrd. Euro) an Konjunkturhilfen für den Brexit unterstützende Städte bereitstellen. „Gemeinden im ganzen Land stimmten für den Brexit als Ausdruck ihres Wunsches, Veränderungen zu sehen“, so May heute über die Auflage des „Stronger Towns Fund“. „Das muss eine Veränderung zum Besseren sein, mit mehr Möglichkeiten und mehr Kontrolle“, fügte die konservative Regierungschefin hinzu. Die Kommunen hätten ein „enormes Potenzial und mit der richtigen Hilfe eine glänzende Zukunft vor sich“.

welt.de

TAXI-REFORM IN DEUTSCHLAND

Ein Eckpunktepapier des deutschen Verkehrsministeriums sorgt für heftige Auseinandersetzungen zwischen allen betroffenen Parteien. KOMMUNAL-Deutschland stellt die Frage, ob eine Öffnung des Taxi-Marktes die städtische Mobilität effizienter machen und ländliche Räume stärken wird oder sie die Mobilitätssicherung der Bevölkerung in Gefahr bringt.

kommunal.de/taxi-reform

GESCHICHTE

KOMMUNAL VOR 25 JAHREN

„Wissenschaft verlangt Notoperation an Österreichs Gesundheitswesen“

Die April-Ausgabe des „Kommunal-Magazin“ des Jahres 1994 nahm sich eines Themas an, das gerade heute wieder höchst emotional diskutiert wird: unserem Gesundheitswesen und die Anforderungen für die Pflege.

Schon 1994 kam die damalige Redaktion zum Schluss, dass „trotz aller unbestreitbaren Verdiensten des Systems der Absicherung von Sozial- und Gesundheitsrisiken“ eines der Probleme das hohe Maß an „Desintegration innerhalb des Gesundheitswesens (ambulant – stationär, präventiv – kurativ etc.)“ sei. Als weiteres Manko habe die „parafiskalische Organisation des gegenwärtigen Systems zu einer Vernachlässigung der regionalen Komponente der Gesundheits- und Sozialpolitik geführt“.

Eine weitere wichtige Herausforderung ergab sich, so der Befund 1994, „aus dem **ständig wachsenden Anteil älterer Menschen** an der Gesamtbevölkerung“. Diese steigende Lebenserwartung gehe einher mit „ **Multimorbidität** und **ansteigender Pflegebedürftigkeit**“. Der Befund lautete weiter, dass „sowohl finanzielle als auch humanitäre Gründe den Verbleib alter Menschen in der gewohnten Sozial- und Wohnumgebung nahe leben“. Aber da die Familie ihre „traditionelle Absicherungsfunktion“ aufgrund geänderter Gesellschaftsumstände nicht mehr erfüllt, würden sich „regionale Formen der Leistungserbringung auf Gemeindeebene empfehlen“.

Dieser Befund stammt wohlgemerkt aus dem Jahr 1994, die Zeilen könnten aber auch ins Jahr 2019 passen!

Die Analyse erstellte damals ein Team rund um die Professoren Reinbert Schauer und Klaus Zapotocky der Kepler-Uni Linz sowie um Univ.-Ass. Engelbert Theurl von der Uni Innsbruck.

Als Lösung schlugen die Herren Doktoren unter dem überaus passenden Titel „small is beautiful“ folgende Eckpunkte für künftige Organisationsformen vor:

* Die bürgernahe Versorgung mit Gesundheits- und Sozialdiensten in kleinen regionalen Einrichtungen.
* Die Herbeiführung von intra- und extramuraler Versorgung mit Gesundheits- und Sozialdiensten.
* Eine sinnvolle Kooperation der professionellen Dienste wie Laiendienste, Freiwillige und Familien sowie
* eine wirksame Gesundheitsaufklärung und Gesundheitserziehung.

Aus heutiger Sicht eine profunde Analyse!

GEMEINDEBUND & BUNDESKONFERENZ DER FREIEN BERUFE ÖSTERREICHS (BUKO)

UMFRAGE ERHEBT BEDARF DER GEMEINDEN

Ein paar Klicks bei der Umfrage erheben die Wünsche und Bedürfnisse der Gemeinden.

Ihre Meinung ist gefragt! Ihre Erfahrungen, die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen in Ihrer Gemeinde.

Die Bundeskonferenz der Freien Berufe Österreichs (BUKO) und der Österreichische Gemeindebund fragen ALLE Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, wie das Leben und insbesondere die Versorgung durch die Freien Berufe in ihrer Gemeinde aussehen soll. Die Umfrage konzentriert sich auf die wichtigsten Fragen und ergeht per Mail. Wir hoffen auf eine hohe Beteiligung!

Dabei geht es um Fragen wie: „Wie wichtig ist Ihnen eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung?“, „Wie wichtig ist Ihnen der persönliche Kontakt zu Ihrer Apothekerin/Ihrem Apotheker?“ oder „Planen Sie eine Digitalisierung von Verwaltungsabläufen?“

Seien Sie dabei! Jede Meinung zählt. Die Ergebnisse dieser umfassenden Umfrage werden bei einer gemeinsamen Pressekonferenz von Gemeindebundpräsident Alfred Riedl und BUKO-Präsident Dr. Thomas Horejs Anfang Juni in Wien präsentiert. Und wir halten Sie natürlich in Ihrem KOMMUNAL-Magazin auf dem Laufenden.

BUKO Bundeskonferenz der Freien Berufe Österreichs

KONTAKT
Bundeskonferenz der Freien Berufe Österreichs
Maria-Theresien-Straße 5/3/14,
1090 Wien, Tel.: 01 533 22 86
E-Mail Pressesprecherin:
sigrun.reininghaus@freie-berufe.at
Web: **freie-berufe.at**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

LESER STIMMEN

„Was ist eine Gemeindestraße wirklich wert?“
aus KOMMUNAL 03/2019

Die Zeitschrift KOMMUNAL 03/2019 S. 19 ff. beschreibt in dankenswerter Weise ein Dilemma, auf das Experten anlässlich der Novellierung der VRV immer wieder hingewiesen haben. Eine Bewertung öffentlich gewidmeten Gemeindevermögens ist mit vielfältigen Problemen verbunden, beruht auf vielen Annahmen, ist eigentlich gar nicht möglich, kostet viel, stiftet kaum Nutzen, divergiert von Bundesland zu Bundesland und Gemeinde zu Gemeinde, sodass keine Vergleichbarkeit gegeben ist. Manche Länder, wie z. B. Oberösterreich, verhalten sich wie „vorauseilend gehorsame Musterschüler“, andere, wie Salzburg oder Kärnten, erwägen eine Null-Bewertung, sodass sich die Frage stellt, ob die Schätzwerte überhaupt seriös und ernst zu nehmen sind.

Bewertungsprobleme entstehen nicht nur in Bezug auf öffentliches Gut, sondern auch bei Dotierung von Rückstellungen, von Wertberichtigungen und auf dem Gebiet der aktiven und derivativen Finanzinstrumente. Es stellt sich die grundsätzlich zu klärende Frage: Welche dem öffentlichen Interesse dienenden Vermögenswerte sind überhaupt bilanzierungsfähig?

Das dem Gemeingebrauch dienende öffentliche Gut, mit vielen Straßen, Gehsteigen, Wegen, Brücken, Parkanlagen, Sportanlagen, Feuerwehren, Schulen, Kindergärten, Seniorenheimen, Museen, Volkshäusern etc. stiftet eigentlich weder einen gegenwärtigen, noch einen zukünftigen erwerbs- und betriebswirtschaftlichen Nutzen, sondern dient öffentlichen, sozialen und kulturellen Zwecken zugunsten der Allgemeinheit. Aus rein betriebs- und finanzwirtschaftlicher Sicht hat öffentliches Vermögen eigentlich „keinen Wert“, stiftet aber aus gesamtwirtschaftlicher Sicht sehr wohl sozialen Nutzen. Das Vermögen ist wegen der speziellen öffentlichen Widmung de facto am Markt unverkäuflich.

Öffentliches Vermögen ist nicht bilanzierungsfähig, weshalb die Aktivierung dieses Vermögens eine Wertillusion erweckt, die nicht realisierbar ist. Der Stand des Gemeindevermögens und damit des Eigenkapitals wird auf diese Weise anders dargestellt, als dies der Realität entspricht ...

Die Anwendung der kameralen oder doppelten Buchhaltung ist übrigens laut VRV 2015 den Gemeinden freigestellt.
Nutzen und Kosten müssen jedenfalls in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Während die Kosten kurz-, mittel- und langfristig von den Gemeinden zu tragen sind, liegt der Nutzen vorerst einmal bei den Beratern, IT-Firmen und Schulungseinrichtungen und lässt sich der mittel- und langfristige Nutzen durch Wirkungs- und Effizienzsteigerungen nicht exakt beweisen und ursachengerecht zuordnen.
...

FH-Prof. Dr. Friedrich Klug,
per E-Mail

Anmerkung der Redaktion
Dieser Beitrag wurde redaktionell gekürzt, aber aufgrund der Bedeutung des Themas für die Gemeinden haben wir auf kommunal.at das gesamte Feedabck von Prof. Klug online gestellt. Sie finden unter dem Link
kommunal.at/artikel/probleme-bei-der-bewertung-von-strassen
den Artikel.

FIATPROFESSIONAL.AT

PROFIS WIE SIE

FIAT PROFESSIONAL: DIE PERFEKTE LÖSUNG FÜR ALLE TRANSPORTAUFGABEN.
DUCATO INIZIO SCHON AB € 17.990,- EXKL. UST. (AB € 21.588,- INKL. UST.)

FIAT PROFESSIONAL
PROFESSIONAL WIE SIE

4 JAHRE FIAT PROFESSIONAL GARANTIE

Symbolfotos. *2 Jahre Neuwagengarantie und 2 Jahre Funktionsgarantie MaximumCare der FCA Austria GmbH bis maximal 100.000 km gemäß deren Bedingungen. Optional und gegen Aufpreis erweiterbar auf bis zu 200.000 km. Angebotspreis gültig für das Modell Ducato 290.0LW.6 inkl. Option TW3. Nicht gültig für Flottenkalkulationen und bereits zugelassene Neufahrzeuge. Mit anderen Aktionen nicht kombinierbar. Details bei Ihrem Fiat Professional Partner oder auf www.fiatprofessional.at. Alle Angaben ohne Gewähr. Stand 03/2019.

KOMMENTAR

TRINKWASSERRICHTLINIE: **NIX IST FIX!**

Als sich die EU-Umweltminister Anfang März auf den Inhalt der EU-Trinkwasserrichtlinie einigten, schien es wieder einmal so, als wäre alles beschlossen.

Doch auch wenige Wochen vor den EU-Wahlen vergisst die gängige Berichterstattung auf das EU-Parlament. Daher: Die Revision der EU-Trinkwasserrichtlinie unterliegt dem Mitentscheidungsverfahren zwischen Rat (Mitgliedstaaten) und EU-Parlament; beschlossen ist noch gar nichts.

Noch nicht ganz zu Ende. Der endgültige Abschluss dieses Gesetzgebungsprozesses, der im Februar 2018 mit dem Vorschlag der Kommission seinen Ausgang nahm, wird auch noch eine Weile auf sich warten lassen. Der Grund sind die anstehenden Wahlen.

Denn auch wenn EU-Parlament und Rat ihre jeweiligen Positionen festgelegt haben, fehlt noch der abschließende sogenannte Trilog, wo sich beide Institutionen in Beisein der EU-Kommission auf einen endgültigen Kompromiss verständigen. Nicht in allen Bereichen sind sich die beiden Gesetzgeber einig, der Trilog dient dazu, das Legislativverfahren endgültig abzuschließen. Dies erfordert jedoch Zeit, und das EU-Parlament tagt zum letzten Mal Mitte April.

Kurz: Die Aufregung über die Richtlinie ist noch immer zu früh und die Thematik ist so komplex, dass es zur Bewertung eigentlich Experten aus unterschiedlichen Bereichen braucht.

Stand der Dinge. Wenn man aber die Entwicklung vom Vorschlag der Kommission zu den Positionen von Rat und Parlament betrachtet, ist doch festzustellen, dass diese EU so undemokratisch nicht ist.

> „Auch der Aufreger Gratisleitungswasser in der Gastronomie scheint hochgeschaukelt. **Denn zu keinem Zeitpunkt war hier von einer Verpflichtung die Rede.“**

LINKS ZUM THEMA

https://goo.gl/ajWLQs
oder
https://goo.gl/FbkKSj

In der kommunalen Welt sorgte zu Beginn vor allem die substanzielle Erhöhung der Prüfpflichten zur Überwachung der Wasserqualität für Entsetzen. Tatsächlich hatte die Kommission für kleine Wasserversorger eine Verzehnfachung der Prüfungen vorgeschlagen, was wohl das Ende herkömmlicher Wassergebühren gewesen wäre. Im Gesetzgebungsprozess wurde aber nicht nur dieser Passus entschärft – und von einer Entschärfung kann ausgegangen werden, da sowohl Rat als auch Parlament die Ambitionen der Kommission eingebremst haben und Ausgangspunkt der Verhandlungen auf beiden Seiten der aktuelle Status quo mit geringen Modifikationen für größere Versorger ist.

Die Kommission wurde auch beim Wort genommen, was den neuen risikobasierten Ansatz betrifft: Denn bestimmte Parameter, die in einem Mitgliedstaat nachweislich kein Risiko darstellen, können von diesem auch von der Prüfliste gestrichen werden. Dies trifft zwar nicht auf sogenannte Schlüsselparameter zu, für diese kann jedoch die Überwachungshäufigkeit verringert werden. Im Gegenzug sind die Mitgliedstaaten aber auch verpflichtet, Parameter, die nicht in der Richtlinie aufscheinen, im Auge zu behalten, wenn diese im jeweiligen Einzugsgebiet eine Gefahr darstellen.

Der risikobasierte Ansatz soll gewährleisten, dass die Wasserbehörden einen Überblick über die Einzugsgebiete von Entnahmestellen

haben und auf jede mögliche Verunreinigung so schnell wie möglich behördlich reagieren können. Die Hauptverantwortung für diese einzugsgebietsspezifische Risikoanalyse liegt in Österreich beim Nachhaltigkeitsministerium. Die Ergebnisse der behördlichen Risikobewertung und des Risikomanagements sind den Wasserversorgern zugänglich zu machen. Versorger, die im Rahmen ihrer Überwachung Probleme im Rohwasser feststellen, müssten derartige Beobachtungen laut Ratskompromiss den Behörden melden. Insgesamt dürfte es europaweit also zu einer besseren Datenlage über den allgemeinen Zustand der Wasserkörper kommen, zuständige Wasserbehörden und Versorgungsunternehmen müssen Daten austauschen und erkannte Risiken sind möglichst schnell zu beheben.

Spannend wird auch das Zusammenspiel zwischen Wasserrahmenrichtlinie und Trinkwasserrichtlinie. Die Trinkwasserrichtlinie enthält mehrere Querverweise auf die Rahmenrichtlinie; hier werden sich in der Praxis sicher noch einige Fragen auftun.

Auch der Aufreger Gratisleitungswasser in der Gastronomie scheint hochgeschaukelt. Denn zu keinem Zeitpunkt war hier von einer Verpflichtung die Rede. Am Ende wird es darauf hinauslaufen, auf nationaler Ebene Lösungen zu finden, die Bereitstellung von Leitungswasser in Restaurants oder Kantinen zu fördern. Ob dies nun in Form des italienischen „Coperto“, eines geringen Dienstleistungsentgelts oder kostenlos geschieht, wird letztendlich der einzelne, im Wettbewerb stehende Unternehmer entscheiden.

Fazit: Die Trinkwasserrichtlinie ist ein Paradebeispiel dafür, wie mit dem emotionalen Thema Wasser Politik gemacht wird. Dass dabei mitunter Dinge aus ihrem Kontext gerissen und Äpfel mit Birnen verglichen werden, trägt leider nicht dazu bei, das Vertrauen in den EU-Gesetzgebungsprozess zu stärken. Obwohl dieser – wie eingangs erwähnt – für die kommunale Ebene eigentlich recht erfolgreich verlaufen ist.

MAG. DANIELA FRAISS
ist Leiterin des Brüsseler Büros des Österreichischen Gemeindebundes

PITTERS KOMMUNALTREND

DR. HARALD PITTERS IST TRENDEXPERTE UND KOMMUNALFORSCHER.

Brauchtümer – regelmäßig und besonders

In der aktuellen KOMMUNAL-Ausgabe steht das Thema Brauchtum im Mittelpunkt. Brauchtümer und regionale Traditionen bilden nach wie vor ein wichtiges Kulturgut. In vielen österreichischen Gemeinden will man auch in Zeiten der Modernisierung nicht auf die oftmals schon jahrhundertelang praktizierten Bräuche wie beispielsweise die Perchtenläufe, den Glöcklerlauf, das Roateln, die Almabtriebe oder die Funkenfeuer verzichten. Fasching ist ein weltweiter Brauch – bekannt von Rio bis Köln. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Faschingszeit genauso wie viele andere Traditionen ursprünglich einen religiösen Hintergrund hatte. Daneben liegt es an den kommunalen Vereinen, die eigentliche Bedeutung der vielfältigen Bräuche den Menschen wieder näher zu bringen.

Laut dem aktuellen Pitters® KOMMUNALTrend sind die Begriffe Tradition, Heimatgefühl und Brauchtum nicht nur politische Schlagwörter, sondern vermitteln der Bevölkerung gemeinsame kulturelle Werte und wirken identitätsbildend in den Kommunen.

Zudem ist zu erwähnen, dass weder der wirtschaftliche Faktor noch die soziale bzw. gesellschaftliche Funktion der ehrenamtlichen Vereine in den Gemeinden unterschätzt werden dürfen.

Viele dieser ausgeübten Bräuche sind Attraktionen für Touristen und Besucher, die zu den Veranstaltungen kommen und dadurch zur regionalen Wertschöpfung beitragen – verbunden mit der wertvollen Chance, sich einem breiten Publikum zu präsentieren. Die kommunalen Veranstalter geben sich dabei große Mühe, ihren Teil zu etwas Gemeinsamem beizutragen und die Feste Jahr für Jahr zu etwas Besonderem zu machen. Gerade Kinder und Jugendliche können sich in diesem Zusammenhang integrieren und weiterentwickeln, und wir sollten uns glücklich schätzen, derart viele Traditionen und Bräuche in unseren Gemeinden zu haben.

> **„Jede(r) Zweite** beteiligt sich aktiv am **Brauchtumsleben.“**

office@pitters.at
www.pitters.at

IMPULS
Der Gemeindeinnovationspreis
2019

KOMMUNAL lädt ein zur Preisverleihung des **IMPULS Award 2019!**

Verbringen Sie mit uns einen Abend der besonderen Art, den wir ganz jenen 2.100 großartigen Gemeinden widmen möchten, die sich mit vollem Herzen ihren Bürgerinnen und Bürgern verschrieben haben. Bereits zum vierten Mal waren wir begeistert von der Innovationskraft, der Kreativität und der Vielfalt der 150 Einreichungen zum IMPULS Award. Werfen Sie mit uns einen Blick auf die 25 nominierten Gemeindeprojekte, die unsere Juroren am meisten überzeugen konnten. Die Preisverleihung findet als Einstimmung zur Kommunalmesse am 26. Juni 2019, in der Seifenfabrik in Graz statt. Für kulinarische Köstlichkeiten und gute Unterhaltung ist natürlich gesorgt. Wir freuen uns sehr, Sie als Gast willkommen heißen zu dürfen!

PROGRAMMVORSCHAU

19:00 Uhr	Einlass & Sektempfang
19:30 Uhr	Eröffnung & Vorstellung der Nominees
20:30 Uhr	Buffeteröffnung & Pausenprogramm
21:45 Uhr	Verkündung der Gewinner
22:30 Uhr	Ausklang im Garten

DAS WICHTIGSTE IM ÜBERBLICK

Wann:	**26.06.2019, ab 19 Uhr**
Wo:	**Seifenfabrik**, Angergasse 41-43, 8010 **Graz**

Bitte melden Sie sich und Ihre Begleitpersonen bis 17.05. über unsere Website www.kommunal-impuls.at an.

Anstatt des Eintrittspreises bitten wir Sie um eine freiwillige Spende an das Österreichische Hilfswerk auf folgendes Spendenkonto:

Raiffeisen
IBAN: AT63 3200 0002 0702 2460

IMPULS
Der Gemeindeinnovationspreis
2019

DIE NOMINIERTEN

Wir präsentieren Ihnen die 25 Nominierten des IMPULS Award 2019! DANKE an alle Gemeinden, die mitgemacht haben! Sie können stolz auf sich und Ihre unglaublichen Leistungen in Ihrer Gemeinde sein. Nach Verkündigung der Hauptgewinner, werden alle Projekte auf unserer Website veröffentlicht!

KATEGORIE 1

ORTSKERNBELEBUNG

Folgende Gemeinden begeisterten die Jury mit ihren innovativen Ideen und Strategien, um ihre Ortskerne (wieder) zu attraktivieren.

TROFAIACH — **STMK**

Die steirische Gemeinde hat sich ernsthafte Gedanken zur Revitalisierung ihrer Innenstadt gemacht und macht seit Jahren Nägel mit Köpfen.

LENGAU — **OÖ**

Lengau schafft einen Hofladen mit lokalen Produkten und Arbeitsplätzen für Menschen mit Beeinträchtigung.

ST. GEORGEN BEI OBERNBERG AM INN — **OÖ**

St. Georgen wächst an seinen Herausforderungen und passt sein Angebot zur Ortskernbelebung immer wieder neu an.

WIESEN — **BGLD**

Unter dem Motto „Freiraumgestaltung mitten im Herzen von Wiesen“ verwirklicht die Gemeinde mehrere vorbildhafte Projekte.

KLEIN MEISELDORF — **NÖ**

Unter Einbindung seiner Bevölkerung, schafft Klein Meiseldorf ein ganz besonderes Ortszentrum.

KATEGORIE 2

SICHERE GEMEINDE

Sicherheit kennt viele Dimensionen. Diese Gemeinden überzeugten die Jury mit Projekten, die das Leben ihrer Bürger sicherer und somit lebenswerter machen.

WEIZ — **STMK**

Mit ihrem Blackout-Vorsorgeplan ist die Gemeinde Weiz für den Ernstfall „totaler Stromausfall“ gewappnet.

GRAZ — **STMK**

Dank des Heimwegtelefons haben BürgerInnen aus Graz jetzt ein sicheres Gefühl auf dem nächtlichen Nachhauseweg.

WILDON — **STMK**

Mit dem Plan „Aktiv zur Schule“ sollen, gemeinsam mit Schülern, verkehrssichere und attraktive Radrouten zur NMS Wildon erarbeitet werden.

KNITTELFELD — **STMK**

Unter dem Motto „Gemeinsam.Sicher im Murtal“ setzt die Polizei des Murtals mit einem Sicherheitskonzept auf ein Miteinander.

ST. ANTON AM ARLBERG — **VBG**

Mit dem Verlegen der Umfahrungsstraße erhöht St. Anton am Arlberg die Sicherheit seiner BürgerInnen.

KS BDO Raiffeisen Meine Bank CONRAD LIEBHERR

IMPULS
Der Gemeindeinnovationspreis
2019

WER WIRD DIE IMPULS GEMEINDE 2019?

Die Entscheidung wird unter der Berücksichtigung des Leservotings bei unserer Jurorensitzung am 8. Mai getroffen. Alle eingereichten Projekte werden nach Abschluss des IMPULS Awards auf unserer Website veröffentlicht und dienen so vielen anderen Gemeinden als Inspirationsquelle für zukünftige Aufgaben.

KATEGORIE 3

DIGITALISIERUNG

Eine kleine Revolution in der Verwaltung oder digitaler Bürgerservice? Folgende IT-Ideen aus den Kommunen setzt die Experten-Jury auf die Short-List.

GAMPERN — **OÖ**
Volle Transparenz schafft die Gemeinde Gampern durch ihre Online-Bürgerbeteiligungswebsite www.vor-den-vorhang.at

ST. MARIEN — **OÖ**
Die Gemeinde hat sich die vollständige Digitalisierung der kommunalen Verwaltung zum Ziel gesetzt.

MUNDERFING — **OÖ**
Durch einen bezirksweiten flächendeckenden Glasfaserausbau will Munderfing die ländlichen Regionen unabhängiger machen.

FELDKIRCHEN & RIEGERSBURG — **STMK**
Effiziente und kostensparende Abläufe bei der Müllentsorgung? Kein Problem mit dem „Smart Waste"-System.

GAMPERN — **OÖ**
Digitalisierung und Prozessoptimierung werden in Gampern groß geschrieben. Hier lautet das Motto: Geht nicht, gibt's nicht!

KATEGORIE 4

NACHHALTIGKEIT

Soziales, Klima und Umwelt sind Dauerbrenner und hochaktuelle Themenfelder zugleich. Folgende Gemeinden schafften es mit ihren Initiativen schon einmal aufs Podest.

KNITTELFELD — **STMK**
Die Gemeinde Knittelfeld hat sich zum Ziel gesetzt, gänzlich plastikfrei zu werden.

WEIZ — **STMK**
Die Gemeinde engagiert sich seit Jahren konsequent im Bereich der ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit.

MISTELBACH — **NÖ**
Lebensmittel, regional, saisonal und biologisch selbst produzieren – Mistelbach setzt auf ihre BürgerInnengärten.

WIESELBURG — **NÖ**
Zum Thema umweltfreundlicher Verkehr, hat die Gemeinde Wieselburg ein umfassendes Mobilitätskonzept ausgearbeitet.

KREMSMÜNSTER — **OÖ**
Mit dem Projekt „Essbare Gemeinde Kremsmünster" will die Gemeinde der Vision einer unabhängigen Grundversorgung einen großen Schritt näher kommen.

IMPULS
Der Gemeindeinnovationspreis
2019

WIR SAGEN AUFRICHTIG DANKE!

Die Entscheidung ist unseren Juroren bei den vielen tollen Projekten alles andere als leicht gefallen. Es hat uns persönlich sehr gefreut, dass unser Wettbewerb derart gut angenommen wurde und das Interesse daran so groß war. Auch wenn Sie in diesem Jahr nicht unter den Top 25 sind, wir gratulieren Ihnen zu Ihren beeindruckenden Leistungen und ziehen den Hut vor Ihrem unablässigen Engagement!

KATEGORIE 5

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Geht's der Wirtschaft gut, geht's auch der Gemeinde gut. Wir sind beeindruckt vom Ideenreichtum unserer kommunalen Partner.

WEIZ & ST. RUPRECHT	STMK
Weiz arbeitet mit der Marktgemeinde St. Ruprecht an der Stärkung ihres gemeinsamen Wirtschaftsraums.	
WAIDHOFEN AN DER YBBS	NÖ
Waidhofens Beta-Campus bietet Raum für die Entwicklung neuer Ideen und Projekte zu Themen wie Zukunft des Wohnens.	
ST. MARTIN AN DER RAAB	BGLD
Die Raabtalmesse bietet Kleinunternehmen und Start-Ups eine Plattform, sich dem heimischen Publikum zu präsentieren.	
KREMSMÜNSTER	OÖ
Mit Ihrer Online-Plattform „kremsmünster.online" hat die Gemeinde die lokale Wirtschaft auch im Internet sichtbar gemacht.	
MELLAU	VBG
Mit einem neuen Ärztehaus, sowie der Ansiedelung mehrerer Unternehmen kommt Schwung in die Wirtschaft von Mellau.	

AUFRUF ZUM LESERVOTING

Jetzt sind Sie an der Reihe! Entscheiden Sie mit, wer den IMPULS Award 2019 gewinnen soll. Finden Sie alle genaueren Informationen zu den nominierten Projekten auf unserer IMPULS Website.

Vergeben Sie bis 16.04.2019 Ihre Stmme auf

www.kommunal-impuls.at

BDO Raiffeisen Meine Bank CONRAD LIEBHERR

BRAUCHTUM IN ÖSTERREICH
Gemeinden wachen nicht nur über den digitalen Wandel, sie sind auch Hüter der Traditionen.

DAS FEUER **WEITERGEBEN**

Vom Schleicherlaufen bis zum Sonnwendfeuer, vom Maibaumaufstellen bis zum Aperschnalzen, vom Grasausläuten bis zum Perchtenlauf: In Österreich leben alte Bräuche und Traditionen bis heute. Auch deshalb, weil die Gemeinden im ganzen Land mit Überzeugung dahinter stehen.

Der Funkensonntag in Gortipohl

FOTOS/Montafon Tourismus/Andreas Haller

TEXT // CARINA WURZ

Tradition ist nicht das Anbeten der Asche, sondern das Weitergeben der Flammen, besagt eine vielzitierte Metapher. Wirft man einen Blick in Österreichs Gemeinden, spürt man erst, was dieser Satz bedeuten kann. Denn auch im 21. Jahrhundert leben dort alte Brauchtümer weiter – teils bunter und lebendiger als je zuvor. Und das nicht um ihrer selbst Willen: Denn lebendige Bräuche schaffen Identität und Gemeinschaft – sind die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister überzeugt.

Heimat bist du großer Bräuche. Ein Brauch ist – laut Duden – eine „aus früherer Zeit überkommene, innerhalb einer Gemeinschaft fest gewordene und in bestimmten Formen ausgebildete Gewohnheit“. In Österreich gibt von diesen „Gewohnheiten“ unzählige: Landauf, landab rücken, quer durch alle Jahreszeiten, festlich gekleidete, geschmückte, manchmal auch skurril anmutende Gestalten mit traditionellen Symbolen aus, lärmen und jubeln, tanzen und singen oder sorgen für andächtige Stille. Ob mit kirchlichem Hintergrund oder aus alpenländischer Tradition, ob als Zeichen der Dankbarkeit für gute Zeiten oder um die bösen Geister zu vertreiben, ob zur Erinnerung an historische Ereignisse oder als Mahnmal für die Zukunft: Bräuche sind Teil des Kulturguts. Das hat auch die UNESCO erkannt. Seit 2009 sammelt und dokumentiert sie im nationalen Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes mündlich überlieferte Traditionen, darstellende Künste, gesellschaftliche Rituale und Feste, Wissen um die Natur oder Handwerkskünste – und das in 178 Nationen unserer Erde. Mit der Sichtbarmachung von bislang oft im Verborgenen existierenden Bräuchen und Praktiken möchte die UNESCO ein neues Verständnis für regionale Besonderheiten, funktionierende Gemeinschaften sowie einen nachhaltigen Umgang mit lokalen Ressourcen fördern. Allein das nationale österreichische Verzeichnis umfasst derzeit 117 Elemente – und Jahr für Jahr kommen neue dazu.

Lebendige Bräuche brauchen „gestaltende Persönlichkeiten“. „Dass alte Bräuche bis heute lebendig bleiben und überliefert werden, dazu braucht es vor allem gestaltende Persönlichkeiten. Wenn da keiner ist, der ein Brauchtum

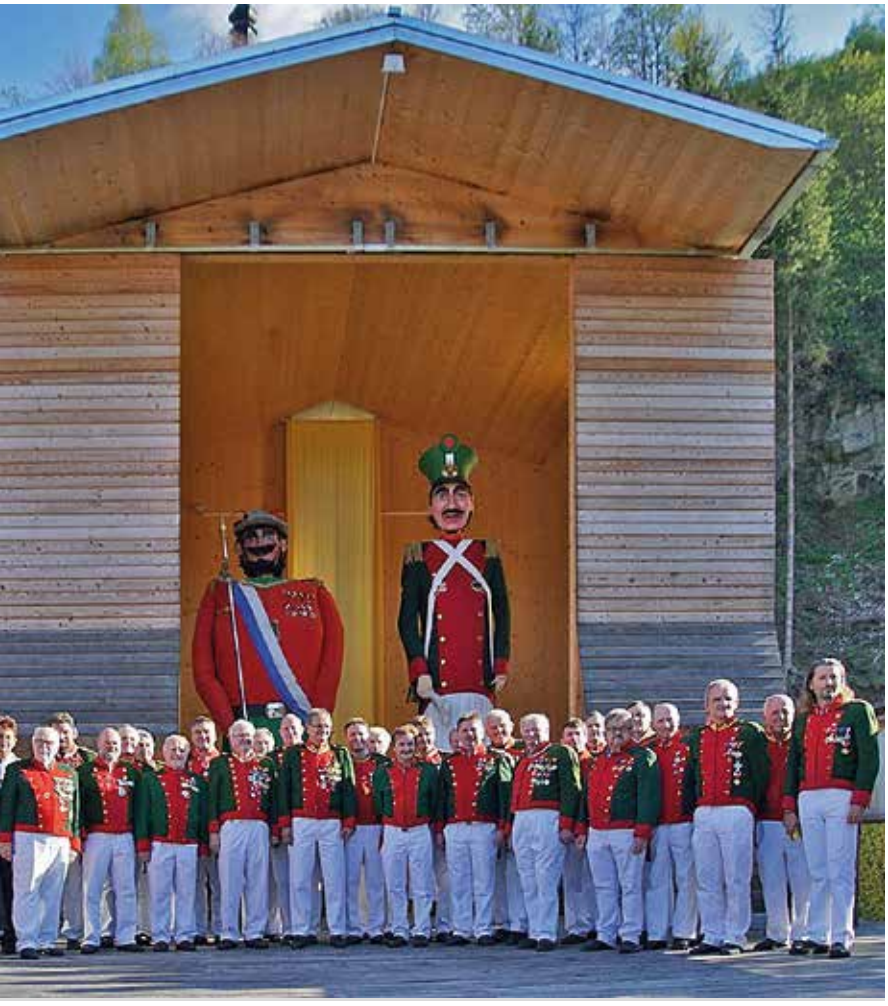
weiterträgt, dann stirbt es – und kann nur mühsam wiederbelebt werden. Es hängt also immer davon ab, ob es in einer Region Menschen gibt, die sich um die Traditionen bemühen. Natürlich ist es hilfreich, wenn in den einzelnen Gemeinden gute Rahmenbedingungen geschaffen werden", meint der ehemalige Professor am Institut für Kulturanthropologie und europäische Ethnologie der Karl-Franzens-Universität Graz, Univ.-Prof. Dr. Günther Jontes. Ganz viele Städte und Gemeinden tun das aus völliger Selbstverständlichkeit; sie pflegen ihre Bräuche seit Generationen oder entwickeln neue Traditionen, die zum fixen Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens werden.

Der Trend zum Ursprünglichen. Gerade in den letzten Jahren scheint das Brauchtum überhaupt eine Renaissance zu feiern. Das Bodenständige wird wieder salonfähig, das Interesse am Althergebrachten wächst. Für Volkskundler Jontes eine gute Entwicklung: „Im Zeitalter der Globalisierung, wo Welt überschwemmt wird mit globalen Brauchtümern, ist umso wichtiger, lokales Brauchtum zu erhalten und zu fördern", betont der emeritierte Professor, der sich als Mitglied der historischen Landeskommission für Steiermark bis heute mit der österreichischen Kulturgeschichte beschäftigt. Auch er beobachtet, dass man sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten wieder verstärkt auf Althergebrachtes besinnt. „Es dauert oft lange, bis man sich erinnert, dass es da Bräuche gab, die sich nutzen lassen – ob touristisch oder um Gemeinschaft und Identität zu schaffen", so der Volkskundeprofessor. Allerdings: „Dass jetzt wieder mehr Leute Lederhosen tragen, hat noch nichts mit lebendigem Brauchtum zu tun", sagt der Bad Goiserner Bürgermeiste Peter Ellmer. Aber auch er spürt, dass das Bodenständige wieder stärker ins Bewusstsein rückt, man sich wieder eher traut, dazu zu stehen. Diese Bewegung stärkt auch die Brauchtumsvereine, die innerhalb der Gemeinden wichtige Brückenbauerfunktionen haben. Denn „Es ist wichtig, dass die Menschen einander kennen, miteinander verbunden sind. Dazu trägt lebendiges Brauchtum bei – vor allem dann, wenn es gemeinsam gelebt und gestaltet wird", bestätigt auch Professor Günter Jontes.

Brauchtum schafft Bindung. Diese Einschätzung teilen viele Bürgermeister. Überall dort, wo Brauchtümer fest verankert sind, wird ihr Wert hoch geschätzt. „Keine Frage, dass Brauchtum für die Gemeinden sehr wichtig ist. Man erreicht darüber einen großen Teil der Bevölkerung und fördert die Gemeinschaft", betont etwa der St. Johanner Bürgermeister Günther Mitterer, der sich deshalb auch ganz selbstverständlich als Partner und Unterstützer der Vereine sieht. Gemeinsam mit den Nachbargemeinden Altenmarkt, Bischofshofen und Bad Gastein ist St. Johann für den „Pongauer Perchtlauf" bekannt, der jährlich seinen Schauplatz unter den vier Gemeinden wechselt. In St. Johann zählt der traditionelle Umzug der Schönperchten am 6. Jänner an die 400 Mitwirkende, aufgeteilt in 34 Gruppen bzw. Einzelfiguren. Auch im steirischen Murau genießen alte Bräuche hohen Stellenwert und werden von der Gemeinde so gut es geht unterstützt. Der Samsonumzug, bei dem der fast 7 Meter hohe und 100 kg schwere Samsonriese einen ganzen Tag lang durch den Ort getragen wird, hat es sogar in die Liste des Immateriellen Kulturerbes geschafft. „Das hat nicht nur einen hohen historischen Wert bei uns, sondern auch einen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen", sagt Bürgermeister Thomas Kalcher. Keine Frage, dass die Bürgermeister immer dahinter waren, diesen Brauch zu erhalten: „Vor 30 Jahren etwa schaute es für den Fortbestand unserer Bürgergarde einmal gar nicht gut aus. Da haben Einzelpersonen und der damalige Bürgermeister, mein Vater, eine breit angelegte Initiative gestartet, um aus der gesamten Bürgerschaft wieder Leute zu ‚rekrutieren', die den Verein und damit den Brauch weitertragen wollten", erzählt er. Auch in der Region um Retz waren es die Gemeinden, die vor 25 Jahren das Retzer Kürbisfest als folkloristisches Erntedankfest ins Leben gerufen und zu einem gelebten Brauchtum entwickelt haben. „Beim Kürbisfest ist die ganze Stadt auf den Beinen: Die einen an den Ständen, die anderen beim Konsumieren. Das fördert die Kommunikation und bringt die Leute wieder zusammen", ist der Retzer Bürgermeister Helmut Koch überzeugt.

„Was man von oben einführen will, hält sich nicht lange." Doch allein können die Gemeinden Bräuche nicht lebendig machen und halten: „Unsere Brauchtumsvereine fördern das dörfliche Leben und holen auch die jungen Menschen mit ins Boot. Das finde ich besonders wichtig: Alt und Jung finden sich, lernen voneinander, arbeiten zusammen. Gerade im Brauchtum verschmelzen die Generationen", so Bürgermeister Peter Ellmer, und fügt hinzu: „Das kann man aber nicht erzwingen. Wenn man ‚von oben'

Pongauer Perchtenlauf in St. Johann im Pongau.



Die Bürgergarde in Murau, die den Samson-Umzug organisiert.

etwas einführen will, weil es vielleicht ganz schön wäre, dieses oder jenes in der Gemeinde zu haben, dann hält sich das nicht lange. Gerade das Brauchtum muss von innen heraus gelebt werden.“ 1299 Brauchtumsvereine gab es laut Statistik Austria im Jahr 2015 in Österreich, dazu kommen 2167 Blasmusikkapellen. Volkskulturelle Vereine sind also flächendeckend in ganz Österreich Teil des kulturellen Lebens. Auch die Gemeinde St. Gallenkirch im Montafon erfreut sich eines regen Vereinslebens. Die vielen traditionellen „Funkenfeuer“, immer am Wochenende nach dem Aschermittwoch, werden von unterschiedlichen Funkenzünften getragen. Ein besonderer Höhepunkt ist dabei das einzigartige Scheibenschlagen (Details s. Kasten), wie es in der Ortschaft Gortipohl praktiziert wird. „Die Funken werden, wie die Traditionen insgesamt, vor allem von den Vereinen getragen. Sie halten auch kirchliche Brauchtümer am Leben“, so Bürgermeister Josef Lechthaler aus St. Gallenkirch.

Lokale Besonderheiten. In vielen Gemeinden gibt es neben regionalen Traditionen auch einzigartige Bräuche. Ein solcher ist der Bad Eisenkappler „Kirchleintragen“. Entstanden nach einer lokalen Hochwasserkatastrophe, werden alljährlich zu Mariä Lichtmess Kirchlein aus Papier und Holz, im Inneren von einer Kerze beleuchtet, in einer bunten Lichterprozession unter lautem Geschrei des einer Litanei ähnlichen Spruches: „Ante pante populore, kocle vrate cvilelore“ zur Schlossbrücke getragen und dort den Fluten des Vellachbaches übergeben. „Das Kirchleintragen verbindet die Bevölkerung: Kindergarten und Schulen basteln die Kirchlein und sind ganz stark beteiligt, die Kinder haben dann sogar am Tag nach dem Umzug schulfrei. Und zum Umzug kommen viele ehemalige Bad Eisenkappler zurück, damit auch ihre Kinder und Enkel mit dabei sein und dieses Brauchtum erleben können“, so Bürgermeister Smrtnik. Die einzigartige Tradition macht Bad Eisenkappel außerdem in ganz Kärnten bekannt und bringt viele Besucher in die Gemeinde. Wie eng die

FOTOS/Vorname Nachname/Bildagentur, Name Nachname

Der Vogelfang-Umzug in Goisern.

Verbindungen zwischen Gemeinde und Brauchtum mancherorts sind, zeigt ein Blick in die Tiroler Gemeinde Telfs. Denn dort gibt es eine Besonderheit: Immer ist der amtierende Bürgermeister zugleich Fasnachtsobmann und damit in zweifacher Hinsicht für das „Telfer Schleicherlaufen“ (Details s. Kasten) verantwortlich. Alle fünf Jahre bringt die ursprüngliche Fasnachtsveranstaltung mit ihren typischen Masken bis zu 20.000 Zuschauer in die Gemeinde, 500 Fasnachtler sind aktiv beteiligt und ein großer Teil der Telfer Bevölkerung ist durch das Herrichten der Gewänder, das Ausbessern des Schmucks etc. in die Fasnachtsvorbereitungen eingebunden. Keine Frage, dass eine Veranstaltung dieser Größenordung nur mit gemeinsamer Anstrengung zu bewältigen ist. Bürgermeister Christian Härting: „Alle fünf Jahre entscheidet man sich im Vorjahr, ob man in die Fasnacht geht. Das ist ein Ritual, aber für uns ist klar, dass die Antwort immer JA ist.“ Aus Telfs wegzudenken ist das Brauchtum auf keinen Fall, viel zu stark ist die gesamte Bevölkerung damit verbunden. „Unsere Fasnachtsgruppen haben keine Nachwuchsprobleme, die müssen eher schauen, dass sie nicht zu groß werden. Die Jungen stieren da voll drauf (drängen nach)“, so der Bürgermeister.

Die Jungen vom „Alten“ begeistern. Apropos Junge: Die Bürgermeister sehen im Brauchtum durchaus einen Anker für all jene, die wegen Ausbildung und Beruf die Gemeinden zumindest kurzzeitig verlassen. „Es gibt bei uns viele Beispiele, wo die jungen Leute, die in Salzburg oder Wien oder anderswo studieren, jede Woche zurück nach Goisern kommen, weil sie zur Musikprobe oder zum Schützenverein gehen. Da halten die Vereine die Verbindung zum Ort aufrecht“, beobachtet Peter Ellmer, Bürgermeister in Bad Goisern. Goisern ist eine der wenigen Gemeinden im Salzkammergut, in der der traditionelle „Salzkammergut Vogelfang“ (Details s. Kasten) bis heute praktiziert wird. Die Vogelfänger sind seit mehr als 150 Jahren in Vereinen organisiert, die aktiv am dörflichen Leben teilnehmen. Im Herbst rücken sie zum Vogelfang aus und präsentieren die Vögel bei der traditionellen Ausstellung rund um Kathrein. Die Vogelfreunde sind grundsätzlich kleine Gruppierungen, doch gerade in den letzten Jahren kommen wieder mehr Junge und Neue dazu.

„Es wird die Zukunft sein, Brauchtümer wieder zu leben.“ Anders stellt sich Lage in Murau dar: „Es gab immer ein Auf und Ab, was die personelle Ausstattung unserer Bürgergarde (Anm.: organisiert den Samsonumzug) betrifft. Es ist

CARINA WURZ IST FREIE MITARBEITERIN VON KOMMUNAL.

FOTO/MG Telfs/Dietrich

Das Telfser Schleicherlaufen.

eine ständige Aufgabe, junge Menschen für diese Traditionsvereine zu begeistern. Dazu braucht es ein gemeinsames Bemühen aller im Ort", so Bürgermeister Kalcher. Denn für identitätsstiftend hält er die Bräuche jedenfalls, genau wie sein Salzburger Amtskollege Günter Mitterer: „Wenn ich mich wo wohlfühle, komme ich eher wieder – und gerade die Vereine und Brauchtümer erzeugen da eine starke Bindung", meint er. Ähnlich sieht es Bürgermeister Härting aus Telfs: „Es hat natürlich viel mit Verwurzelung, zu tun, ein Brauchtum zu leben. Ich beobachte es so: Wer bei der Fasnacht dabei ist, der engagiert und interessiert sich auch rundherum besonders für Telfs und hat allein dadurch einen Bezug und eine Bindung." Für die Gemeinden ist also klar: Der Erhalt, die Weiterentwicklung und auch Initiierung von Bräuchen und Traditionen ist – gerade im ländlichen Raum (über-)lebenswichtig. Oder, wie es Bürgermeister Koch aus Retz formuliert: „Es wird die Zukunft sein, Brauchtümer wieder zu leben – weil sie die Menschen zusammenbringen und für Kommunikation sorgen."

Traditionsbewusstsein: Eine Geldfrage? Doch: Einer aktuellen Umfrage zufolge investieren die Gemeinden heuer in den Bereich „Freizeit, Tourismus, Kunst & Kultur" 239 Millionen Euro (Dr. Harald Pitters, „Gemeindeinvestitionsbericht 2019", Seite 10). Das ist nur etwa die Hälfte dessen, was noch im vorigen Jahr ausgegeben wurde. Ist es also eine Frage des Geldes, ob Bräuche auch an die nächsten Generationen überliefert werden können? „Man muss sich das leisten wollen! Und jeder investierte Euro kommt doppelt zurück", hat Bürgermeister Helmut Koch eine klare Meinung. Bürgermeister Härting, der alle fünf Jahre 100.000 Euro aus der Gemeindekassa ins Telfer Schleicherlaufen investiert, betont: „Natürlich lässt sich der Wert nicht ausschließlich in Zahlen berechnen, auch wenn natürlich Betriebe und Gastronomie rund um die Fasnacht den einen oder anderen Euro umsetzen können. Aber es geht noch um mehr." Nämlich um Image- und Gemeinschaftspflege, die nach Ansicht der Bürgermeister eine große Umwegrentabilität erzeugen. „Gerade heute, wo man durch die sozialen Medien und andere Kanäle unglaubliche Breitenwirkung mit den Veranstaltungen erzielen kann", meint Bürgermeister Kalcher aus Murau. Doch es bedarf natürlich einiger Anstrengung, die finanziellen Mittel für die Brauchtumspflege zur Verfügung zu stellen. „Gelebtes Brauchtum kostet Geld. Und es ist eine Herausforderung, diese Kosten in den öffentlichen Haushalten unterzubringen. Ich denke aber, die Gemeinden sind gut beraten, Vereine nach ihren Möglichkeiten zu unterstützen – und die allermeisten tun das auch. Denn das kommt mehrfach zurück – wenn auch nicht ausschließlich finanziell", so der St. Johanner Bürgermeister Günter Mitterer, zugleich Obmann des Salzburger Gemeindebundes.

„Menschen, die sich mit dem Brauchtum befassen, sind ein Segen." Ganz klar: Ohne die Eigenleistung in den unterschiedlichen Vereinen wäre die Brauchtumspflege nicht leistbar. „Bei über 100 Vereinen in Goisern sind wir auf die Eigenständigkeit angewiesen. Aber ich glaube, man muss vermitteln: Wenn einmal der Hut brennt, dann sind wir da", so Bürgermeister Ellmer. Oft geht es bei der Unterstützung der Vereine nicht nur um Geldleistungen: Lokalitäten, Haftungsfragen oder ein ehrliches Danke für die geleistete Arbeit zählen genauso. „Der Aufwand, den die Einzelnen einbringen, ist unbezahlbar. Die Fasnachtler sind bei uns im Vorfeld des Schleicherlaufens zwei bis drei Monate fast im Dauereinsatz", so Christian Härting. Das sieht auch sein Amtskollege aus Bad Goisern so: „Menschen, die sich so mit dem Brauchtum befassen, sind ein Segen. Sie vermitteln ein Wertegefühl und begeistern andere", so Peter Ellmer.

FOTOS/Vorname Nachname/Bildagentur, Name Nachname

TRADITIONEN IN ÖSTERREICH

KRAPFENSCHNAPPER UND EIERKRATZEN

Österreichisches Brauchtum ist vielfältig, originell, bisweilen auch kurios.

Die Bräuche entspringen verschiedenen lokalen, heidnischen oder christlichen Traditionen, sind Erinnerungen an einschneidende lokale Ereignisse oder Brauchtumspflege von Minderheiten. Neben den schon im vorigen Bericht beschriebenen haben wir eine Auswahl weiterer Veranstaltungen recherchiert.

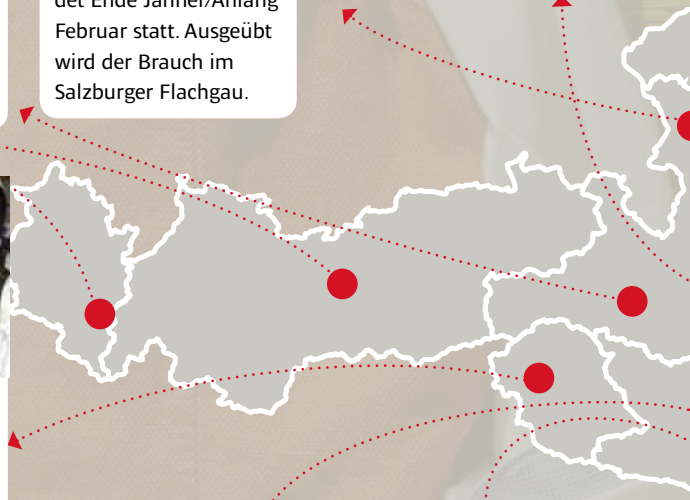
Das **Hundstoaranggeln** oder **Jakobiranggeln** ist eine traditionelle Sportart, die sich bis in die Keltenzeit zurückverfolgen lässt und auf dem Hundstein in den Salzburger Alpen am Jakobstag im Juli ausgetragen wird. Beim sogenannten Ranggeln treten zwei Kontrahenten gegeneinander an, mit dem Ziel, ihre Kräfte zu messen. Der Sieger des Hundstoaranggelns darf ein Jahr den Titel Hagmoar tragen.

Goaßlschnalzen ist ein bayerisch-österreichischer Brauch. Der Name erklärt sich aus der Bezeichnung für die Fuhrmannspeitsche, im bairischen Dialekt Goaßl (‚Geißel'). Schnalzen bezeichnet das laute und schnelle Krachen oder Knallen mit der Peitsche.

Der **Salzkammergut-Vogelfang** ist ein seit Jahrhunderten existierendes Brauchtum in Oberösterreich, das aus einem unter Maria Theresia erlassenen Gesetz entstanden ist, das den Vogelfang als „die Jagd des kleinen Mannes" erlaubte. Im Jahr 2010 wurde der Salzkammergut-Vogelfang in die UNESCO-Liste des Immateriellen Kulturerbes in Österreich aufgenommen.

Das **Aperschnalzen** wird vom Stephanitag bis zum Faschingsdienstag betrieben und findet Ende Jänner/Anfang Februar statt. Ausgeübt wird der Brauch im Salzburger Flachgau.

Tresterer sind im Salzburger Pinzgau beheimatete Schönperchten.



Krapfenschnapper sind Holzstangen, an deren Ende sich allerlei Tierköpfe befinden, deren Unterkiefer mittels einer Schnur bewegt werden können. Sie werden in Osttirol und im Pustertal beim Brauch des Krapfenbettelns verwendet. Um den Allerheiligentag ziehen Burschen mit weißen Hemden bekleidet und mit Fellmasken vor dem Gesicht von Haus zu Haus und betätigen dort für die armen Seelen ihre Krapfenschnapper.

Der **Funkensonntag** erhielt seinen Namen vom Brauch des Funkenfeuers, der in Vorarlberg sowie im Tiroler Oberland und Vinschgau verbreitet ist und an diesem Tag begangen wird. Dabei wird ein großer Holzturm oder Strohhaufen abgebrannt, in den eine Funkentanne mit einer daran befestigten Hexenpuppe gesteckt ist.

Grasausläuten werden Lärmumzüge mit Glocken, Schellen und Peitschenknallen in der Zeit des Viehauftriebs und Weidebeginns rund um den Georgstag (23. April) in Tirol genannt.

Das **Herz-Jesu-Feuer** ist ein in Tirol im 18. Jahrhundert entstandener Feuerbrauch, der heute noch in allen Teilen des Landes gepflegt wird und mit der Herz-Jesu-Verehrung zusammenhängt.

Beim **Schappen,** Tschappen, Pisnen oder Frisch und gsund wichsen ziehen Kinder in Kärnten am Tag der unschuldigen Kinder, dem 28. Dezember, von Haus zu Haus und wünschen Gesundheit und Glück für das neue Jahr, während sie mit Zweigen oder Ruten das Gesäß der Erwachsenen bearbeiten.

Das **Kufenstechen** ist ein Kärntner Reiterbrauch, der in Orten im unteren Gailtal gepflegt wird. Kufenstechen dürfte in Kopie ritterlicher Spiele entstanden sein, die ihrerseits ihr Vorbild in der römischen Quintana haben, einer in einem Lager an einem mannshohen Holzpflock ausgeführten soldatischen Übung.

FOTOS: Von Huber Gerhard CC-by-sa 2.0de/ https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Kropfnbettl_06.11.04_(24).jpg/shutterstock/Sean Hannon/

Glöckler stellen Figuren aus den Rauhnachtsbräuchen im Salzkammergut – ursprünglich aus Ebensee – dar. Dabei handelt es sich um Schönperchten, die bösen Rauhnachtsgeister vertreiben sollen. Glöcklerläufe finden am 5. Jänner statt.
Der **Fetzenfasching** ist eine Sonderform des Karnevalsumzugs in Ebensee am Rosenmontag. Die Teilnehmer tragen dabei eine Maske und ein spezielles Kostüm, den so genannten „Fetzn“, welches aus vielen bunten Stoffresten hergestellt ist.

Das **Bad Mitterndorfer Nikolospiel** ist ein historischer Brauch im Hinterberger Tal in Bad Mitterndorf im steirischen Salzkammergut. Am Abend des 5. Dezember jeden Jahres, also am Vorabend des Nikolaustages, zieht eine Schar verkleideter Gestalten um den Bischof Nikolaus zum Teil mit furchterregenden hölzernen Masken durch die Orte und führt an mehreren Stellen ein bäuerliches Jedermannspiel über den Tod eines armen Mannes auf.

Das **Narzissenfest** ist ein Blumenfest in Bad Aussee, das seit 1959 alljährlich im Frühjahr stattfindet.

Fasslrutschen in Klosterneuburg. Anlässlich der Heiligsprechung Leopolds 1485 und der danach durchgeführten Translationsfeier gab es im Stift Klosterneuburg weltliche Festlichkeiten. Das wird zu Leopoldi, jeden 15. November, gefeiert. Teil der Attraktion ist das Fasslrutschen im Stift.

Kikerikischreien in Neustift. Neustift bei Schlaining ist ein Ortsteil der Gemeinde Mariasdorf. Das Straßendorf hat 150 Einwohner.
Am 5. Jänner sammeln sich die Dorfkinder ausgerüstet mit Sackerln und Taschen.
Sie gehen von Haus zu Haus und rufen vor jedem Tor „Kikeriki, Kikeriki!“ Die Hausfrauen haben bereits einen Korb oder eine große Schüssel voll mit Süßigkeiten vorbereitet, die sie wie beim Hühnerfüttern vor den Kindern auf den Boden werfen. Die Kinder versuchen so viele Leckerbissen als möglich zu erhaschen. Als Dank rufen sie zum Schluss: „Engari Hiana und Houna sulln olli guid leign!“ (= Eure Hühner und Hähne sollen alle gut (Eier) legen). Hat eine Hausfrau vergessen, etwas vorzubereiten, oder wird gar die Tür nicht aufgemacht, rufen die Kinder: „Engari Hiana und Houna sulln olli varreicka!“ (= Eure Hühner und Hähne sollen alle verrecken!).
Der Brauch wird seit Generationen durchgeführt.

Der **Glanglmarkt** in Wels ist ein traditioneller nur einmal jährlich am Samstag nach Mariä Lichtmess (2. Februar) abgehaltener Kleintiermarkt. Es ist Österreichs größter Kleintiermarkt mit mehr als 10.000 ausgestellten Kleintieren.

Das **Kranzelreiten** in Weitensfeld im Gurktal ist eines der ältesten Brauchtumsfeste in Kärnten. Die an Pfingsten stattfindende Veranstaltung wird von einem Jahrmarkt umrahmt und zieht jährlich mehrere tausend Besucher an.

Das **Eierkratzen** ist ein slawischer Osterbrauch, bei dem mithilfe von Kratz- oder Ritztechnik Ostereier verziert werden. Im Burgenland, beispielsweise in Stinatz, wo es seit der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg von Burgenlandkroatinnen und deren Nachfahrinnen praktiziert wird.

FOTOS/Von Matěj Baťha - Dieses Foto wurde mit einer DSLR aus dem WMCZ Camera grant aufgenommen., CC BY-SA 3.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=17976350//shutterstock/Golonev//shutterstock/vitaprague
QUELLE/wikipedia

Der **Hüttenberger Reiftanz** ist ein Brauchtumstanz der Bergbauknappen, der alle drei Jahre am ersten Sonntag nach Pfingsten, dem Dreifaltigkeitssonntag, in Hüttenberg in Kärnten stattfindet. Dieser letzte vollständig überlieferte Männerkettentanz in Mitteleuropa wird von den Hüttenberger Knappen aufgeführt und hat seinen Ursprung im 15. Jahrhundert.

Sauschädelstehlen ist meist in der Faschingszeit in Oberösterreich, der Steiermark und in Kärnten verbreitet. Dabei wird der Sauschädel, der bei einer Hausschlachtung oft vor den Stall gestellt wird, gestohlen.

Der **Liachtbratlmontag** wird gefeiert zum Zeitpunkt, ab dem im Herbst erstmals wieder ein künstliches Licht für die Arbeit herangezogen wird. Der Lichtbratlmontag in Bad Ischl wurde 2013 von der UNESCO als immaterielles Kulturerbe anerkannt.

ALMWIRTSCHAFT IN GEFAHR?

AUF DER ALM GIBT'S EINE MENGE SÜNDEN

Seit mehr als tausend Jahren dienen Wiesen oberhalb der Baumgrenze nicht nur in Österreich als Sommer-Weidegebiet für die Nutztiere. Eine Tradition, die aufgrund der Konfliktpotenziale mit Touristen in Gefahr ist.

TEXT // HANS BRAUN

Bereits im 5. Jahrtausend vor Christus wurden natürliche Weideflächen oberhalb der Waldgrenze genutzt. Täler waren damals meist weglos, vermurt, verwachsen und versumpft, die Bewohner drangen von oben kommend in die mittleren Höhenlagen vor. Die Talböden mit Ausnahme der Schuttkegel mussten erst über Jahrhunderte mühsam nutzbar gemacht werden. Im 7. Jahrhundert nach Christus begann der Auf- und Ausbau der Almwirtschaft, die der uns bekannten Form der traditionellen Almwirtschaft entsprechen dürfte. Im Spätmittelalter (14. und 15. Jahrhundert) erlebte die Almwirtschaft eine Blütezeit. Vor allem auf die Käseproduktion, die vorwiegend nur auf Almen und Schwaighöfen üblich war, legten Klöster und Landes- und Grundherren besonderen Wert. Die Errichtung neuer Almen ist bis etwa zum Jahr 1550 festzustellen.

Dann begann, und besonders unter dem Einfluss der Eisenindustrie, eine Umkehr: Der landwirtschaftliche Ackerbau bis in die Almregionen hinauf wurde von weideeinschränkenden Waldordnungen abgelöst, und die Almwirtschaft kam in eine immer misslichere Lage. Ihr Rückgang und die damals bedingte Bedrohung der Existenz des Bergbauernstandes veranlasste schließlich den Staat kurz vor Ende des 19. Jahrhunderts entsprechend einzuschreiten. Eine staatliche Kommission stellte bereits 1887 fest: „Die Almweide ist ein wichtiges Fundament des Nationalvermögens und Volkswohlstandes. Es sind daher unverzüglich Bestimmungen über Schutz, Pflege und Förderung der Almwirtschaft zu erlassen."

> „Bei **30 Millionen Wanderern** in den vergangenen zehn Jahren in den Bergen gab es **54 Zwischenfälle mit Weidevieh.**"
>
> **Karl Gabl,** Kuratorium für Alpine Sicherheit

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden dann die ersten Almschutzgesetze zur Förderung und Verbesserung der Almwirtschaft erlassen, um dem Auf und Ab in der Almwirtschaft, vor allem auch dem Verkauf von Almflächen für Jagdzwecke, Einhalt zu gebieten und eine planvolle Almwirtschaftsförderung einzuleiten.

Almwirtschaft wurde mehr als „nur" Landwirtschaft. Die intensive Nutzung der Almgebiete in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ging gegen Ende der 60er- und in den 70er-Jahren zurück. Durch die relativ geringe Ertragsfähigkeit, verbunden mit hohem Arbeitsaufwand, schien der Almwirtschaft das Ende bevorzustehen; sie passte nicht zum damaligen Fortschrittsdenken.

In jenen Jahren wurde aber bereits die außerlandwirtschaftliche Bedeutung der Almnutzung

FOTOS/shutterstock.com

Almwirtschaft ist ein wesentlicher Faktor für die Landschaftspflege im alpinen Raum. Diesen Raum entdecken zunehmend auch Menschen als Erholungsgebiet – und dabei kommt es natürliche zu Begegnungen zwischen Menschen und Weidetieren.

Für den Almabtrieb reich geschmückte Tier sind Ausdruck einer lange gepflegten Tradition. Aber das ist nicht nur Folklore für die Kameras, sondern gelebte Tradition.

Kühe werden selten aggressiv, die Statistik widerspricht dem medial überzeichneten Bild klar.

erkannt. Durch die Unterstützung der erschwerten Arbeits- und Bewirtschaftungsbedingungen durch die öffentliche Hand wurde dieser Rückgang gestoppt und in manchen Fällen gab es wieder eine Aufwärtsentwicklung. Heute hat die Almwirtschaft in der Bevölkerung einen sehr hohen Stellenwert. Die Bewirtschaftung der Almen ist jedoch durch den allgemeinen Rückgang der Viehhaltung sowie die Abwanderung der Jugend gefährdet.

Zudem ist das Leben in den Bergen hart. Diese Floskel ist leider wahr – in den meisten Bergregionen der Welt haben die Menschen kaum Alternativen zu Land-, Forst- und Viehwirtschaft. Sie kämpfen mit kargen Böden, harschem Wetter und können im Wettbewerb auf großen Märkten nur schwer bestehen. Alternative Wirtschaftszweige zu finden ist für sie sehr wichtig.

Tourismus als Lösung? Tourismus wird daher oft als naheliegende Lösung propagiert. Aber viele Tourismusprojekte abseits des Schitourismus sind bereits an zu langen Anfahrtswegen oder der Konkurrenz von benachbarten Destinationen gescheitert. Zudem bringen Touristen auch Müll mit und strapazieren mit ihrem Wasser- und Energieverbrauch die Region. Beileibe nicht jedes Bergdorf ist allein dem zusätzlichen Ressourcenverbrauch und den kulturellen Herausforderung, die die neuen Gäste mit sich bringen, gewachsen.

Zudem kommt es – zumindest gefühlt – immer wieder zu Zwischenfällen mit den Touristen und den tierischen „Bewohnern“ der Almen, die vor allem medial ausgeschlachtet wurden und juristische Nachspiele hatten. Das „Kuh-Urteil“ von Ende Februar, das einen leider tödlichen Zwischenfall aus dem Jahr 2014 behandelt, ist da nur die Spitze des Eisbergs.

Aber wenn man sich die Statistik ansieht, wie viele Attacken von Weidetieren es tatsächlich gab, relativiert sich das Problem. Karl Gabl vom Kuratorium für Alpine Sicherheit hat dazu eine Statistik erstellt, die er bei einem Kuh-Gipfel in Innsbruck präsentiert hat. Demnach waren in den vergangenen zehn Jahren rund 30 Millionen Wanderer in Österreichs Bergen unterwegs. „Uns sind in diesen zehn Jahren 54 Vorfälle mit Weidevieh bekannt - mit und ohne Verletzte“, so Gabl. Österreichweit gab es dabei zwei Todesfälle. Im Gegensatz dazu beläuft sich die Zahl der Alpintoten in dieser Statistik insgesamt auf 3000. Es gab 120.000 verunfallte Bergsportler, wovon 85.000 verletzt wurden.

Die Rolle der Gemeinden und die Frage nach der Schuld. Gemeinden sind sowohl Hüter als auch Förderer der traditionellen Almwirtschaft. Das kommunale Wegenetz macht Almauf- und Abtriebe erst möglich. Zudem fördern Gemeinden natürlich auch jede Möglichkeit, die notorisch leeren Kassen zu befüllen – sowohl die eigenen als auch die der Menschen im Ort. Da spielt der Tourismus eine große Rolle, denn gerade die intakte Natur und die lokalen Brauchtümer sind ein großer Magnet für Besucher. 30 Millionen Wanderer in zehn Jahren sprechen eine deutliche Sprache. Die geschmückten Tiere mit ihren stolzen Besitzern beim Almabtrieb zu beobachten (und zu fotografieren), ist allemal ein Highlight jedes Bergurlaubs. Dazu kommen immer mehr Mountainbiker, Paragleiter oder sonst Vertreter einer der unzähligen Freizeitsportarten.

Doch die Medaille hat auch eine Kehrseite. Dass bei so vielen Wanderern jährlich viele dabei sind, die keine Ahnung von Tieren oder auch einer natürlichen Umwelt mit ihrer vielfältigen Tierwelt haben, ist naheliegend. Dieses Wissen haben vor allem „Stadtmenschen" zu einem großen Teil verloren. Wenn dann Kühe auf der Alm plötzlich zum Fotomotiv werden, kann es zu dramatischen Begegnungen kommen, vor allem, wenn Hunde dabei sind. Diese werden von Kühen allein aufgrund der genetisch vererbten „Vorsicht vor Wölfen" besonders argwöhnisch beobachtet. Grundregel ist, Hunde auf der Alm an die Leine zu nehmen und Abstand zu Kühen oder anderen Weidetieren halten – leider wird das oft nicht beachtet, eben weil manchmal das grundlegendste Wissen fehlt.

Statt nun darüber zu diskutieren, ob man Almen einzäunt, Wege sperrt oder Hunde verbietet (die Versicherungsfrage scheint ja geklärt zu sein), könnte man auch hergehen und ein bisschen mehr Selbstverantwortung der Menschen einfordern. Das Wissen, wie man Weidetieren begegnen sollte und wie man sich in natürlichen Umgebungen benimmt, ist vorhanden. Es müsste nur genutzt werden.

Die letzten Ereignisse der vergangenen Wochen nach dem „Kuh-Urteil" sprechen ja auch für sich: Tirol hat gleich alle Almbauern versichert, die Umweltministerin Köstinger will ein „Maßnahmenpaket" schnüren, das unter anderem „Benimmregeln" und „mehr Haftung" für Almbesucher beinhalten soll.

QUELLEN: almwirtschaft.com, kurier.at, entwicklung.at

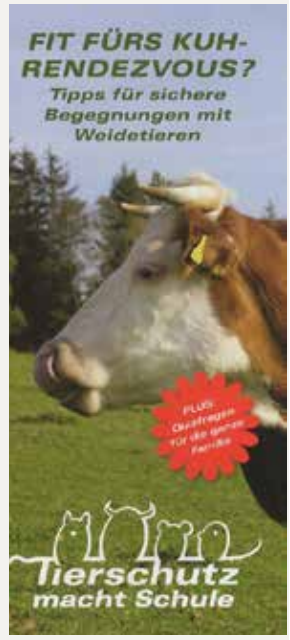
HERDEN-KNIGGE

GENÜGEND ABSTAND IST ANSTAND

Dem Vermitteln von Wissen um den Umgang mit Tieren hat sich beispielsweise der Verein „Tierschutz macht Schule" verschrieben. Der aus Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz geförderte Verein publiziert laufend Broschüren und Infomaterial für Kinder und Erwachsene, die auf Begegnungen mit Tieren vorbereiten.
Bereits vor sieben Jahren ist ein kleiner „Herden-Knigge" entstanden, die Menschen auf Begegnungen mit Weidetieren vorbereitet. Darin finden sich nützliche Hinweise, wie Missverständnissen zwischen Mensch und Herdentier vorgebeugt werden kann.
Besonders hilfreich sind die Verhaltensregeln, wenn Menschen mit Hunden die Aufmerksamkeit von Weidetieren erregen. So sollte man, wenn dieser Fall eintritt (was von vornherein vermieden werden sollte!), den Hund von der Leine lassen. Der Hund kann schneller ausweichen als ein Mensch. Und wenn man viel auf der Alm unterwegs ist, kann man seinen Hund auch darauf trainieren, sich in solchen Gefahrensituationen nicht beim oder hinter dem Menschen „zu verstecken".
Diese und viele andere Broschüren können kostenlos beim Verein bestellt werden.
Auf **kommunal.at/artikel/weidewirtschaft-ist-kein-kinderspiel** haben wir als Service für Gemeinden die „Tipps für sichere Begegnungen mit Weidetieren" als PDF online gestellt.

BROSCHÜRE MACHT FIT FÜRS KUH-RENDEZVOUS

Nutztiere im Freien anzutreffen, ist ein besonderes Erlebnis. Damit es dabei zu keinen Missverständnissen zwischen Mensch und Herdentier kommt, sollte man ein paar Regeln beachten. Die Weidebroschüre zeigt, wie das Drohverhalten von Rindern aussieht und was im Notfall zu tun ist. Sie gibt auch Tipps für das Zusammentreffen mit Schafen, Ziegen und Pferden.
Enthalten ist auch ein Rätselspaß für die ganze Familie. Im Quiz soll beispielsweise herausgefunden werden, wie ein Ziegenauge aussieht. Damit ist die Broschüre nicht nur eine hilfreiche Vorbereitung für den nächsten Ausflug, sondern auch eine lustige Unterhaltung bei der Rast im Grünen.
Bezugsquelle:
Verein „Tierschutz macht Schule"
Maxingstraße 13b, 1130 Wien Tel.: **+43 1 876 91 27**
Mail: **office@tierschutzmachtschule.at**
Web: **www.tierschutzmachtschule.at/fit-fuers-kuh-rendezvous**



FOTOS: shutterstock.com

KOMMENTAR

„WIRTSCHAFTLICHKEIT“ ÜBERDENKEN, NICHT DIE LÄNDLICHEN RÄUME

Der deutsche Leibnitz-Institut (IWH) empfiehlt, den ländlichen Raum im Osten Deutschlands aufzugeben und Förderungen nur mehr auf die Städte zu konzentrieren. Warum? Weil das „wirtschaftlicher“ sei!

Das ist unwirtschaftlich! Dieser Satz ist in Diskussionen öfter zu hören, wenn es um Vorschläge wie beispielsweise „Glasfaserinfrastruktur als Daseinsvorsorge“ zur Stärkung des ländlichen Raums geht. Aber dass ein wissenschaftliches Institut der Politik offen vorschlägt, die ländlichen Räume aufzugeben und statt dessen Städte zu fördern, ist eine neue Qualität.

Laut dem IWH-Präsidenten Reint Gropp „seien die Bestrebungen der deutschen Bundesregierung nach Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ‚unrealistisch und falsch‘“*. Er empfahl der Politik, zumindest für den ländlich geprägten Osten Deutschlands, „sich auf die Regionen zu konzentrieren, die größere Wachstumschancen böten, also die Städte. Dort entstünden jene hochwertigen Dienstleistungen, die die Wirtschaft mehr und mehr bestimmen. Heute arbeiten bereits drei Viertel der Beschäftigten im Westen in Städten, während es im Osten nur die Hälfte ist.“ Diese Begründung muss man sich ja auf der Zunge zergehen lassen! Die Politik reagierte zwar schnell (Bodo Ramelow, Ministerpräsident von Thüringen, nannte die Studie unverhohlen „Blödsinn“), der Schaden ist trotzdem angerichtet. Auch bei uns gibt es ja immer wieder Stimmen, die aus „Aspekten der Wirtschaftlichkeit“ vom Aufgeben zumindest von Teilen des ländlichen Raums sprechen.

Büßen müssen das die Gemeinden und die Menschen vom Land, die ihre Arbeitskraft und ihr Engagement – um nicht zu sagen, ihr Herzblut – in den ländlichen Raum stecken. Sie sind es, die eine gesunde und lebenswerte Umwelt gestalten, sie sind es, die die vielfältigen Traditionen ihrer Regionen hochhalten, und sie sind es, die der steigenden Anzahl der älteren Menschen ein Leben in Würde in ihrer gewohnten Umgebung ermöglichen.

> „Es ist die Aufgabe der Politik, für die Menschen im ländlichen Raum **das ‚Diktat der Wirtschaftlichkeit‘ zu überwinden.“**

Gleichzeitig gibt es ernsthafte Studien, die belegen, dass ein Leben ohne Grünräume in der Stadt krank macht. Eine brandaktuelle dänische Studie hat mit Hilfe von Satellitenaufnahmen aus den Jahren 1985 bis 2013 die Landschaft rund um die Elternhäuser von fast einer Million Dänen untersucht. Dann haben sie für die Studie** die Daten mit dem Risiko abgeglichen, im weiteren Lebensverlauf eine von 16 verschiedenen psychischen Erkrankungen zu entwickeln. Das Resultat: Menschen, die im Grünen aufgewachsen waren, hatten ein bis zu 55 Prozent geringeres Risiko für psychische Erkrankungen als Menschen ohne solche Umgebung.

Städte saugen schon genug Lebenskraft ab; es ist an der Zeit, mehr an den ländlichen Raum zu denken und ihm die gleichen Bedingungen, die gleichen Unterstützungen und Förderungen zu geben. Und es ist die Aufgabe der Politik, für die Menschen im ländlichen Raum das „Diktat der Wirtschaftlichkeit“ zu überwinden.

* Leibnitz Institut für Wirtschaftsforschung HALLE AN DER SAALE, „Nachhut Ostdeutschland“ **www.iwh-halle.de/themen/ostdeutschland/**

** „Proceedings of the National Academy of Sciences“, Februar 2019, Web: **www.pnas.org/content/early/2019/02/26/1807504116**
© 2019 National Academy of Sciences. Online ISSN 1091-6490

MAG. HANS BRAUN
ist Chefredakteur von KOMMUNAL
hans.braun@kommunal.at

GEMEINDEBUND
Zwei Vizepräsidentinnen im Bundesvorstand
Seite 35

SCHULERHALTER
Wurde die Verfassung verletzt?
Seite 37

EU-WAHL 2019
„Das wird eine Richtungswahl“
Seite 42

ZUKUNFT DER PFLEGE: EINE SACHE DER ALLGEMEINHEIT

Die Standpunkte sind nach dem Pflegegipfel vom 21. März ziemlich klar: Der Staat wird die Kosten für die Pflege tragen, auch wenn noch erhoben wird, wie hoch diese sein werden und wie der Staat das finanziert könnte. Die Kosten sind beträchtlich: Zuletzt waren es 4,5 Milliarden Euro im Jahr, rund eine Milliarde kommt von den Gemeinden. Klar ist, dass der Bedarf sowohl an Geld als auch an „Pflege“ in den kommenden 30 Jahren massiv steigen wird. Und klar ist auch, dass die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister den Druck am heftigsten spüren werden.

TEXT // ANDREAS STEINER / HANS BRAUN

Österreichweit werden zur Hälfte des Jahrhunderts fast 1,2 Millionen Menschen 80 Jahre oder älter sein, bis zu 750.000 werden Pflege benötigen. Das bedeutet, dass jeder/jede Sechste in Österreich unmittelbar vom Thema Pflege und Betreuung betroffen ist – sei es durch eigene Betreuungs- und Pflegebedürftigkeit, als pflegende Angehörige oder auch als Zugehörige zu einem Pflegeberuf, die in unserem Land hervorragende und wertvolle Arbeit leisten. Und das WIFO rechnet mit einer Erhöhung der nötigen Finanzleistungen um rund vier Prozent pro Jahr.

Die Zahlen sprechen hier eine eindeutige Sprache: Die gesamten Netto-Ausgaben des Staates bei der Pflege betragen 4,5 Milliarden Euro, davon kommen von den Gemeinden etwas weniger als eine Milliarde, von den Ländern rund 1,1 Milliarden. Bund, Länder und Gemeinden wenden jeden Monat 1000 Euro pro Pflegebedürftigen auf bzw. jeder Österreicher, jede Österreicherin zahlt im Jahr 660 Euro für Pflege und Betreuung.

Diese Investitionen in den Pflegebereich wirken sich aber auch positiv auf den Arbeitsmarkt aus. So beträgt die Wertschöpfung des „Wirtschaftsfaktors Pflege und Betreuung“ rund

5,8 Milliarden Euro, davon rund 1,1 Milliarden Steuerabgaben und 1,3 Milliarden Sozialversicherungsabgaben. In dem Bereich sind rund 64.000 Personen direkt beschäftigt, mit indirekter Beschäftigung sind es sogar 115.000.

Was aber wirklich Grund zur Sorge bereitet, ist die Dynamik der Gemeindeausgaben: In den Jahren von 2000 bis 2016 gab es einen Anstieg von 136 Prozent bei den Ausgaben für soziale Wohlfahrt, der Anstieg bei den Gesundheitsausgaben lag um 100 Prozent.

Soweit die nüchternen Zahlen, um sie wieder in Erinnerung zu rufen.

Verantwortung aus der besonderen Position der Gemeinden. Die Gemeinden sind im „Zentrum des Sturms". Das allein ist ein Grund, warum gerade die Gemeinden sich seit Jahren mit der Thematik Pflege und Betreuung befassen und seit langem vehement verlange, in die Debatten mit eingebunden zu werden, die finanziellen Gründe einmal beiseite lassend. Die Bürgermeister vor Ort sind die ersten Ansprechpartner für alle Sorgen und Anliegen der Bürger. Überhaupt finden „Pflege und Betreuung" zu Hause statt. Der größte Teil der Pflegebedürftigen wird von den Angehörigen zu Hause betreut und in zahlreichen Gemeinden engagieren sich Ehrenamtliche, um Angehörige zu unterstützen und zu begleiten.

Für die Tagung des Bundesvorstands des Gemeindebundes haben die kommunalen Vertreter ihre Positionen auf den Punkt gebracht. Aus Sicht der Gemeinden braucht es einen Ausbau und eine weitere Förderung des mobilen Pflege- und Betreuungsbereichs. Meistens kommt in der politischen Debatte die stationäre Pflege vor. Also die Pflege in den Pflegeheimen, die aber nur etwa 16 Prozent der Pflegebedürftigen in Anspruch nehmen.

Der größte Teil wird zu Hause von den Angehörigen gepflegt – deswegen müssen wir auch neue flexiblere mobile Betreuungsformen ermöglichen. Es geht dabei um den Ausbau von Tagesbetreuungen in den Gemeinden oder auch um stundenweise Betreuung, damit Angehörige flexibler agieren können.

Zu diesem Zweck sollten als lokale Ansprechpartner für Angehörige und Pflegebedürftige Pflegekoordinatoren auf Gemeindeebene oder im Zuge von Gemeindekooperationen installiert werden.

„DIE ANGEHÖRIGEN BRAUCHEN **MEHR UNTERSTÜTZUNG UND WERTSCHÄTZUNG** FÜR IHRE UNENTGELTLICHE ARBEIT, DIE DIE ALLGEMEINHEIT ENTLASTET."

Alfred Riedl, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

Es sollte auch ermöglicht werden, dass Pflegeheimplätze auch über Bundeslandgrenzen hinweg vermittelt werden können, um Wege kurz zu halten. Dieser Punkt wäre gerade für Gemeinden an den Bundesländergrenzen relevant, da hier Pflegebedürftige vielleicht einen näheren Heimplatz zum Heimatort haben könnten – was wiederum auch Angehörige entlastet.

Die Gemeinden brauchen auch eine bessere Unterstützung pflegender Angehöriger. Gerade hier scheinen sich alle – egal ob Experten oder Politiker – einig: Die Angehörigen brauchen mehr Unterstützung und Wertschätzung für ihre unentgeltliche Arbeit, die die Allgemeinheit entlastet.

Die Gemeinden, allen voran Präsident Alfred Riedl, haben es schon mehrmals in den Medien gesagt: Es braucht eine bessere Anerkennung der Pflegeleistungen für die Pensionen, da ja zu drei Viertel Frauen die Pflege ihrer Angehörigen organisieren und dadurch auch Einbußen zu befürchten haben. Das ist es, was Gemeinden mit „Wertschätzung" meinen.

In diesen Bereich fällt auch die Teilbarkeit von 24-Stunden-Betreuungsverhältnissen, damit in alternativen Wohneinrichtungen auch mehrere Personen von einer Pflegekraft betreut werden können. Dadurch würde das gesamte System mehr Synergien und Kosteneffizienz ermögli chen. Dass dabei auch über „Alternative Wohnformen" als Alternative zum Pflegeheim gesprochen werden muss, sollte auf der Hand liegen.

Die Schaffung eines neuen Berufsbildes als Chance für die Gesellschaft. Aufgrund der demografischen und gesellschaftlichen Entwicklungen ist ja im Betreuungs- und Pflegebereich

PFLEGE UND ALTER **IN ZAHLEN**

46,2 Mrd. €

„STAATSAUSGABEN“ HEUTE

- 2017 Ausgaben für „Alter“ 46,2 Milliarden Euro
- 61 Prozent davon – soziale Sicherung (Pensionen etc.)
- 2,1 Milliarden Euro für ambulante und stationäre Alters- und Pflegedienste
- 2,5 Milliarden Euro für Pflegegeld

4,5 Mrd. €

AUSGABEN „ÖFFENTLICHE HAND“

- Netto-Ausgaben Pflege: 4,5 Milliarden Euro – davon Gemeinden 951 Millionen – Länder 1,1 Milliarde
- Dynamik der Gemeindeausgaben von 2000-2016: Anstieg von 136 % Ausgaben für Soziale Wohlfahrt – Anstieg Gesundheitsausgaben um 100 Prozent.
- Bund, Länder und Gemeinden wenden jedes Monat 1000 Euro pro Pflegebedürftigen auf
- Jeder Österreicher zahlt im Jahr 660 Euro für Pflege und Betreuung!
- Investitionen in den Pflegebereich wirken sich auch positiv auf den Arbeitsmarkt aus

+25%

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG

- Zahl der Erwerbstätigen sinkt um rund 10 Prozent
- Anteil der Generation 60+ steigt bis 2030 auf 25 Prozent der Gesamtbevölkerung an
- Aktuell 452.000 Pflegegeldbezieher – doppelt so viele wie vor 25 Jahren

455.000

PFLEGEGELDBEZIEHER

- Derzeit rund 455.000 Bezieher von Pflegegeld zwischen 157 und 1688 Euro
- Rund 5,3 Prozent der Bevölkerung
- Davon „nur“ fünf Prozent mit 24-Stunden-Betreuung
- und in den Pflegeheimen 16 Prozent (rund 80.000)
- Größter Teil, rund 84 Prozent, werden zu Hause gepflegt (Angehörigenpflege)

5,8 Mrd. €

WERTSCHÖPFUNG/ WIRTSCHAFTSFAKTOR – PFLEGE UND BETREUUNG

- 64.000 Beschäftigte direkt – mit indirekter Beschäftigung: 115.000
- Rund 5,8 Milliarden Wertschöpfung durch Pflege und Betreuung
- 1,1 Milliarden Steuerabgaben und 1,3 Milliarden Euro SV-Abgaben

Die Menschen wollen zum überwiegenden Teil in Würde zu Hause alt werden. Die Politik sollte das möglich machen!

mit deutlich steigendem Personalbedarf zu rechnen – und dies in einem Bereich, den Experten bereits jetzt als einen mit hoher Arbeitsbelastung und geringer Personaldecke beschreiben. Der Gemeindebund begrüßt daher, dass im Rahmen des Masterplans Pflege aktuell bereits eine umfangreiche Grundlagenstudie der Gesundheit Österreich GmbH (GÖG) durchgeführt wird, die sich unter anderem mit dem künftigen Personalbedarf in den verschiedenen Settings und Berufsgruppen (abseits der 24-Stunden-Betreuung), mit Fragen der Aus- und Weiterbildung und deren Durchgängigkeit sowie der Zuständigkeit beschäftigt und auch Handlungsempfehlungen zur Personalgewinnung liefern soll. Zu begrüßen ist außerdem, dass neben der Erhebung dieser (Daten-)Grundlagen künftig auch ein laufendes Monitoring der Personalsituation (Bedarf, Pensionierungen, Beschäftigungsdauer etc.) in der Pflege und Betreuung stattfinden soll.

Dass zur künftigen Personalgewinnung (v.a. junge Menschen, Quer- und Wiedereinsteiger) auch der Bekanntheitsgrad und die Wertschätzung der Pflegeberufe durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit gestärkt werden sollen, wird seitens des Österreichischen Gemeindebundes unterstützt, ebenso wie die nötige Durchlässigkeit der Betreuungs-, Pflege-, Sozial- und Gesundheitsberufe. Hier werden im Rahmen der Pflegereformdebatte verschiedene Schritte zur Attraktivierung der Pflegeberufe zu diskutieren sein. Ein wichtiger Schritt, um neue Betreuungsberufe und flexible Betreuungsangebote mit der Zielsetzung Pflege so lange wie möglich zu Hause zu erreichen, ist die Schaffung einer einheitlichen und klaren Definition vom medizinisch-pflegerischen Teil in Abgrenzung vom Betreuungsteil der Pflege. Darauf aufbauend können dann neue Lehrberufe oder auch eine Berufsausbildung mit Matura sowie neue Betreuungsangebote entwickelt werden.

Insbesondere im Bereich der 24-Stunden-Betreuung sollte jedoch auch über alternative Recruiting-Maßnahmen nachgedacht werden, die wohl angesichts der aktuellen Situation in diesem Bereich (die Personenbetreuer/innen stammen zu 98 Prozent nicht aus Österreich) außerhalb unseres Landes Platz greifen müssen, wenn die Personalressourcen aus den östlichen EU-Staaten zurückgehen. So könnten etwa vor Ort an europäischen und außereuropäischen Standorten z. B. durch eine staatliche Agentur Ausbildungseinrichtungen betrieben werden, die in weiterer Folge auch die organisatorische und logistische Abwicklung von befristeten Beschäftigungsverhältnissen im Bereich der Personenbetreuung übernehmen könnte.

Auf die Möglichkeiten der zunehmenden Digitalisierung nicht vergessen. Die im Abschnitt Digitalisierung des Masterplans Pflege vorgeschlagenen Maßnahmen werden vom Österreichischen Gemeindebunds unterstützt. So sollten mittels sogenannter AAL-Lösungen (Ambient Assisted Living) wie moderne Kommunikations- und Informationstechnologien dabei helfen, den Pflegebedürftigen die Lebensqualität zu erhalten und ein selbstbestimmtes und sozial integriertes Leben zu Hause zu ermöglichen.

Unterstützt wird auch die Einführung einer Pflegenummer (Telefonhotline) für pflegebedürftige Menschen und betreuende Angehörige durch das Gesundheits- und Sozialministerium. Hier wäre ergänzend zu überlegen, dies mit Telefonhotlines auf Bundesländerebene zu verknüpfen.

Und schlussendlich wird die Schaffung einer Internetplattform, die eine umfassende Information zum Thema Pflege (inkl. Links zu den verschiedenen Einrichtungen, Angeboten, Förderungen etc.) bereithält, unterstützt.

LINK ZUM THEMA

Das „Positionspapier des Gemeindebundes zum Thema „Pflege und Betreuung" kann auf

https://kommunal.at/artikel/wie-pflege-und-pflegefinanzierung-organisiert-werden-sollten

nachgelesen werden.

BUNDESVORSTAND

ZWEI NEUE **VIZEPRÄSIDENTINNEN**

Der Bundesvorstand des Gemeindebundes traf Ende März neben Pflege und anderem auch eine politsch wegweisende Entscheidung. Mit überwältigender Mehrheit wurden zwei erprobte Bürgermeisterinnen zu Vizepräsidentinnen gewählt.

Mit Sonja Ottenbacher aus dem salzburgischen Stuhlfelden bekommt der Gemeindebund eine echte Pionierin zur Vizepräsidentin: 2004 zur ersten Bürgermeisterin ihrer Gemeinde gewählt, stieg sie bereits ein Jahr darauf zur Bezirksleiterin der ÖVP-Frauen und zur Bezirksobfrau der ÖVP Pinzgau auf. Die 58-Jährige engagiert sich aber auch schon seit vielen Jahren in der Interessenvertretung: Seit 2014 ist sie Mitglied des Vorstands des Salzburger Gemeindeverbandes. Außerdem ist sie Bezirksleiterin des Salzburger Bildungswerkes und Mitglied im Vorstand wie Aufsichtsratsvorsitzende-Stellvertreterin der Pro Mente Salzburg.
Bei den Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen erhielt sie am 10. März 2019 über 90 Prozent Zustimmung. „Ich sehe es als Anerkennung der Frauenpolitik, dass sich Präsident Riedl vom Österreichischen Gemeindebund dazu entschieden hat, zwei weibliche Vizepräsidentinnen in den Vorstand aufzunehmen. Es ist für mich eine Ehre und Freude, mit unseren Vertretern der Gemeindeverbände aller Bundesländer nun gemeinsam für die Gemeinden mitreden und mitbestimmen zu dürfen, um das Beste für die kommunale Ebene zu erreichen. Denn es ist nicht nur unsere Aufgabe, sondern auch unsere Pflicht, verantwortungsbewusst und behutsam mit den Menschen und unseren Gemeinden umzugehen, die uns anvertraut sind“, so Sonja Ottenbacher nach ihrer Wahl.

Roswitha Glashüttner ist die andere. Am 2. Jänner 2018 wurde sie als Bürgermeisterin der 8200 Einwohner großen Bezirkshauptstadt Liezen angelobt. Damals sagte sie: „Ich möchte das Herz unserer Stadt sein und die Entwicklung für die Bürger in vielen Bereichen vorantreiben.“ Ihre kommunalpolitische Erfahrung reicht aber schon viel länger zurück: 1998 zur Gemeinderätin angelobt, wurde die 62-Jährige bereits zwei Jahre später Stadträtin. 2011 folgte das Amt der Vizebürgermeisterin, seit 15. Jänner 2015 ist sie bereits Vorsitzende der SPÖ-Stadtpartei.
Der Dialog über Parteigrenzen hinweg wird Glashüttner auch in ihrer neuen Aufgabe als Vizepräsidentin wichtig sein: „Dass ich nun beim Österreichischen Gemeindebund gemeinsam mit meiner Bürgermeister-Kollegin aus Salzburg als Vizepräsidentin einziehen darf, bedeutet für mich nicht nur eine große Ehre und großes Vertrauen, sondern auch die Möglichkeit, die vielen Herausforderungen anzunehmen, gemeinsam Lösungen zu bewirken und somit im Sinne unserer Gemeinden mitgestalten und mitwirken zu können. Mit der Bestellung von zwei Frauen in dieses Gremium hat Präsident Alfred Riedl einen großen richtungweisenden Schritt gesetzt! Ich werde daher nach wie vor aus tiefster Überzeugung Frauen Mut zusprechen, sich für verantwortungsvolle Aufgaben, besonders im Bereich der Kommunen, stark zu machen!“

Roswitha Glashüttner und Sonja Ottenbacher stehen Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl künftig zur Seite.

FOTO // Schuller

LINK ZUM THEMA

Mehr auf

kommunal.at/artikel/der-gemeindebund-wird-weiblicher

ÄRZTLICHE VERSORGUNG AUF DEM LAND

DAS IST KLAR **AUFGABE VON BUND UND LÄNDERN**

Gemeinden sind nicht die „Ausfallshafter“ für Bund und Länder bei der ärztliche Versorgung im ländlichen Raum.

Aktiv Ärzte zu suchen ist definitiv keine Aufgabe der Kommunen.

Hohe Wogen schlug die Debatte rund um die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung auf dem Land bei der Bundesvorstandssitzung des Gemeindebundes. Die Sicherstellung einer flächendeckenden, wohnortnahen und zeitgemäßen allgemeinmedizinischen wie auch fachärztlichen Versorgung zu gewährleisten, ist keine Aufgabe der kommunalen Ebene, sondern die des Bundes und der Länder. Die kommunale Ebene ist in Prozesse wie beispielsweise die Festlegung der Stellenpläne oder die Ausschreibung von Kassenstellen wenn überhaupt, nur marginal eingebunden.

„Die Gemeinden sind aber vor allem die ersten Ansprechpartner für die Anliegen der Bürger, und darüber hinaus wurden sie aufgrund nicht mehr zeitgemäßer Strukturen, Verträge und Entscheidungsprozesse im Gesundheitswesen in den letzten Jahren mehr und mehr in die Rolle des ‚Ausfallhafters‘ gedrängt“, wie Präsident Alfred Riedl anmerkte. Dies hat auch eine große finanzielle Belastung der Gemeinden zur Folge, wenn es etwa um das Bereitstellen von Ordinationsinfrastruktur geht, um jungen Ärzten Anreize zu geben bzw. es ihnen zu ermöglichen, im ländlichen Raum eine Praxis eröffnen und nachhaltig führen zu können. Und obwohl die Anzahl der Ärzte in Österreich grundsätzlich ein gewisses Niveau an flächendeckender Versorgung sicherstellen könnte, sind in der Realität gerade in peripheren Lagen und vor allem im Bereich der Allgemeinmedizin immer wieder Versorgungslücken gegeben. Der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes spricht sich daher für die Umsetzung von Reformmaßnahmen zur Sicherung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum aus:

> **„Wir sind nicht die Ausfallshafter** für die Länder und den Bund.“
>
> **Alfred Riedl,**
> Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

- Die Schaffung einer bundesweiten und transparenten Administration und Statistik u. a. von Ärztelisten, Stellenplänen, Ausschreibungen, geplanten Pensionierungen, Lehrpraxen usw.
- Die Schaffung zeitgemäßer, familienfreundlicher Kassenverträge sowie Organisations-, Kooperations- und Vertretungsformen.
- Eine Reform des Wahlarztsystems samt Erhöhung der Versorgungswirkung.
- Eine Evaluierung der Entscheidungsbefugnisse der Ärztekammer sowie eine Korrektivmöglichkeit der Finanzierungspartner des Gesundheitsbereichs.
- Die Verbesserung der wirtschaftlichen Perspektive für junge Hausärzte im ländlichen Raum (z. B. Leistungskatalog, Honorare, Ermöglichung von Hausapotheken, Vorsteuerabzug für Ordination).
- Das Ersetzen des Schularztsystems durch bis zum Ende der Schulpflicht (oder bis zur Volljährigkeit) erfolgende und an einen verlängerten Eltern-Kind-Pass gekoppelte jährliche Untersuchungen beim Kinder- oder Hausarzt.

DIE ANGEFÜHRTEN PUNKTE SIND NUR EIN KURZER AUSZUG AUS DEM VORGESCHLAGENEN MASSNAHMENKATALOG.
Mehr auf https://kommunal.at/artikel/wie-die-aerztliche-versorgung-sichergestellt-werden-soll

SCHULERHALTER

GUTACHTEN ORTET VERSTOSS **GEGEN VERFASSUNG**

Der Gemeindebund geht seit langem davon aus, dass der derzeitige Umfang der laut Bund und Ländern von den Gemeinden zu übernehmenden Aufgaben im Schulwesen weit über den kompetenzrechtlichen Rahmen hinausgeht und daher verfassungswidrig ist. Ein Gutachten bestätigt dies jetzt.

Dieser ursprüngliche Rahmen dessen, wofür der Schulerhalter zuständig war, wurde nach und nach durch Grundsatzgesetze des Bundes und Ausführungsgesetze der Länder erweitert.So wurde Mitte der 70er Jahre der schulärztliche Bereich in die Erhaltungspflichten aufgenommen. Die damit einhergehenden Sekretariate übertrugen zahlreiche Länder den Gemeinden als Aufgabe. Noch gar nicht geregelt ist die Frage, wie weit Laptops und Tablets einschließlich Software etc. den Schülern kostenlos zur Verfügung zu stellen seien. Der Druck auf die Gemeinden in dieser Frage steigt aber laufend.

Daher beauftragte der Gemeindebund Univ. Prof. Dr. Bernhard Raschauer, zu Fragen der Aufgaben und des Umfangs der Gemeinden als Schulerhalter ein Gutachten zu erstatten. Er geht darin davon aus, dass es Aufgabe und damit auch Finanzierungslast des Schulerhalters ist, die betreffenden Schulen mit einer bestimmten Mindestausstattung zu errichten (Räume, Turnsaal etc.) auszustatten. Darunter fällt auch die Installierung von zeitgemäßen Internetanschlüssen (nicht jedoch Laptops, Tablets, Software, Wartung etc.). Es ist auch Aufgabe und betrifft damit auch die Finanzierungslast der Schulerhalter, die betreffenden Schulen zu erhalten.

Prof. Raschauer geht weiters davon aus, dass unter „Erhaltung“ zu verstehen ist, für die Bereitstellung und Instandhaltung des Schulgebäudes und der übrigen Schulliegenschaften, darunter fallen auch die schulärztlichen Räumlichkeiten oder Räumlichkeiten für ganztägige Schulangebote (Küchen, Aufenthaltsräume) inkl. Reinigung, Beleuchtung und Beheizung, die Anschaffung und Instandhaltung der Einrichtung und Lehrmittel (Tafel, Kreide), die Deckung des sonstigen Sachaufwandes sowie die Beistellung des zur Betreuung des Schulgebäudes und der übrigen Schulliegenschaften allenfalls erforderlichen Hilfspersonals (wie Schulwart, Reinigungspersonal) zu sorgen.

> „Die Beistellung von Betreuungspersonal an ganztägigen Schulen durch die Gemeinden **überschreitet den kompetenzrechtlichen Rahmen der Länder.“**

Keine verfassungskonformen Grundlagen: Aber Raschauer geht davon aus, dass all jene gesetzlichen Grundlagen, die Aufgaben wie zum Beispiel die Beistellung von Betreuungspersonal oder die Bereitstellung von Laptops und Tablets den Gemeinden auferlegen, kompetenz- und damit verfassungswidrig sind. Er liefert in dem Gutachten auch eine Begründung mit. Demnach sind die Gesetzgebung und die Vollziehung auf dem Gebiet des Schulwesens Bundessache. Einzig in den Angelegenheiten der „äußeren Organisation“ der öffentlichen Pflichtschulen hat der Bund (nur) eine Grundsatzgesetzgebungskompetenz und die Länder eine Ausführungsgesetzgebungskompetenz.

Nachdem die Beistellung des Schularztes, die Bereitstellung von Betreuungspersonal wie auch von Sekretariaten nicht zur „äußeren Organisation“ gehören, dürfte der Bund hierüber keine Grundsätze aufstellen, sondern müsste diese Angelegenheiten unmittelbar durch Bundesgesetz regeln, und dürften die Länder keine Ausführungsgesetze erlassen.

Nachdem nun alle Länder den Gemeinden etwa die Pflicht zur Beistellung/Bestellung des Betreuungspersonals an ganztägigen Schulen auferlegt haben, haben sie ihren kompetenzrechtlichen Rahmen für die Ausführungsgesetzgebung überschritten.

NEUE ALLIANZ „MENSCHEN.WÜRDE.ÖSTERREICH“

STARKES SIGNAL FÜR EIN „NEUES MITEINANDER“

„Es ist kalt geworden in diesem Land”, stellte Christian Konrad zu Beginn der Integrationsenquete Mitte März fest. „Aber gemeinsam können wir etwas bewegen – für ein gutes Miteinander.“

Nach dem ersten Panel über „Religionsfreiheit im Jahr 2019“ (alle Beiträge stehen übrigens zum Nachhören und Nachlesen mitsamt Fotos auf der Website der Allianz „Menschen.Würde.Österreich“, **www.mwoe.at/integrationsenquete**), ging es an den politischen Teil. Für Fakten in der Debatte um „Kosten und Nutzen“ von Asyl sorgte LR Gabriele Fischer mit der von ihr beauftragten GAW-Studie: Ab fünf Jahren Aufenthalt sind Geflüchtete ein Plus für die Region, zahlen also auch mehr ins System ein als sie an Transfers erhalten. Gegen die Abschiebungen von unbescholtenen Lehrlingen geht auch LR Rudi Anschober seit über einem Jahr mit einer breiten Allianz auf die Barrikaden. Die Initiative „Ausbildung statt Abschiebung“ hat mittlerweile 72.000 UnterzeichnerInnen und prominente UnterstützerInnen aus Politik und Wirtschaft.

Für einhellige Zustimmung sorgte die Feststellung von Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl (der im Übrigen für die Bundesregierung einige Kritik einstecken musste) über viel zu lang dauernde Asylverfahren. Stadtrat Peter Hacker ordnete die Debatte um die Mindestsicherung bzw. Sozialhilfe neu seitens der Bundesregierung als „reine Symbolik“ und „Kaltherzigkeit, hin zur Spaltung der Gesellschaft“ ein.

In der Abschlussrunde hob Anschober die Rolle Österreichs als Einwanderungs- und nun noch stärker als Zuwanderungsland hervor, Riedl bewarb die Digitalisierung als Lösung für den Scheideweg zwischen Stadt und Land, Fischer und Hacker plädierten für „Haltung!“.

Knapp 250 Teilnehmer fanden den Weg zum neuen Erste Bank-Campus am Wiener Hauptbahnhof. Auch das eine spannende Allianz bei einem Einlader, der mehr als 30 Jahre Chef der Raiffeisen war.

In der zweiten Podiumsdiskussion des Tages diskutierten Wiens Stadtrat Peter Hacker, Landesrätin Gabriele Fischer (Tirol), Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl und Landesrat Rudi Anschober (Oberösterreich) über Kosten und Nutzen von Asyl. Ganz links Moderatorin Delna Antia-Tatic, Chefredakteurin von „das biber“.

„Gemeinsam können wir etwas bewegen – für ein gutes Miteinander”. Christian Konrad, Initiator der Allianz.

Bart Somer, Mechelens „Weltbürgermeister“ des Jahres 2016.

Die ranghöchsten VertreterInnen von Kirchen und Glaubensgemeinschaften in Österreich zeigten sich besorgt um die Religionsfreiheit und das friedliche Miteinander.

DEUTSCH-FRANZÖSISCHER KOMMUNALKONGRESS

„IM LAND STECKEN GROSSE **WACHSTUMSPOTENZIALE“**

Die wirtschaftliche Entwicklung der ländlichen Räume stand im Fokus des dritten deutsch-französischen Kommunalkongresses in der historischen Stadt Moulins im Herzen Frankreichs in der Region Auvergne-Rhône-Alpes.

TEXT // ANDREAS STEINER

Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter aus Deutschland und Frankreich diskutierten mit Bürgermeistern aus Griechenland, Polen und Österreich Herausforderungen und Best-Practice-Beispiele von ländlichen Räume in ganz Europa.

In den Diskussionen zeigte sich, dass in den ländlichen Räumen große Wachstumspotenziale stecken, die es zu heben gilt, damit die ländlichen Regionen auf die Überholspur kommen. Die Zukunft der ländlichen Räume wird in den kommenden Jahren davon abhängen, ob sich die Bevölkerung auf die Veränderungen auch einlässt, und wie sich die Regionen weiterentwickeln wollen, ohne dabei ihre Identität zu verlieren.

Dabei zeigte sich, dass sich beispielsweise auch in der Region Alliers große Unternehmen niederlassen wollen, wofür aber die Politik für Investitionen in die Infrastruktur, Glasfaser- und dort vor allem Straßeninfrastruktur, sorgen muss. Die Strukturen auf dem Land sind viel fragiler als in der Stadt. Wenn ein Bäcker oder ein Arzt zusperrt, sind die Folgen für die Menschen auf dem Land ungleich gravierender, als in der Stadt, wo gleich ums Eck oder an der nächsten Straßenbahnstation der nächste Arzt oder Bäcker wartet. Im Spannungsfeld mit den urbanen Regionen ist es deswegen auch wichtig, die Randregionen mit guter Infrastruktur ans Zentrum anzubinden. „Wenn ländliche Räume nicht mit den Hauptverkehrsachsen verbunden sind, sind sie nicht wirtschaftlich attraktiv“, betonte Gérard Dériot, Senator der Region Auvergne-Rhone-Alpes. Zur Attraktivität eines Standorts gehören aber auch kulturelle Angebote, Naherholungsgebiete und die Anbindung an Hochschulen. Einig war man sich auch, dass Kommunalpolitiker und Unternehmer im engen Austausch stehen müssen, um das Lebensumfeld der Arbeitnehmer gemeinsam zu gestalten. Herausfordernd für viele Familien ist es oftmals auch, qualifizierte Jobs für den Lebenspartner zu bekommen. Die Chancen vieler Regionen und Gemeinden liegen in der interkommunalen Zusammenarbeit, die man besonders in Frankreich stärker in den Fokus rücken will.

> „Die Zukunft der ländlichen Räume **wird in den kommenden Jahren davon abhängen, ob sich die Bevölkerung auf die Veränderungen auch einlässt** und wie sich die Regionen weiterentwickeln wollen, ohne dabei ihre Identität zu verlieren.“

Auch in Frankreich steigt der Zuzug in die ländlichen Regionen. Umfragen zeigen, dass die meisten Franzosen am liebsten in Städten mit 5000 bis 20.000 Einwohnern leben wollen. Bürger, die es sich leisten können, ziehen von den Metropolen in kleinere Städte ans Land, ob als Wochenendhaus oder Hauptwohnsitz. Die neuen digitalen Arbeitsmöglichkeiten erlauben immer mehr Menschen das Arbeiten von zu Hause bzw. weniger Pendelverkehre in die Städte. Das fördert wiederum die Lebensqualität der Bürger und stärkt die ländlichen Regionen.

Es bedeutet aber auch, dass die Regionen im Bereich der Infrastruktur Vorreiter werden müssen, ganz besonders bei der digitalen Infrastruktur. „In Österreich ist allen politischen Entscheidungsträgern mittlerweile klar geworden, dass das digitale Netz auch flächendeckend kommen muss, denn damit hätten alle Regionen den gleichen Standortvorteil“, betonte Österreichs Gemeindebundpräsident Alfred Riedl am Kommunalkongress in Moulins. Denn damit würde man auch immer mehr Betriebe und auch öffentliche Stellen zur Dezentralisierung bewegen können, wodurch sich ihre Mitarbeiter lange Arbeitswege ersparen würden. Immer mehr Gemeinden in Österreich ziehen auch an einem Strang, wenn es um die interkommunale Zusammenarbeit bei Betriebsgebieten geht, wodurch sich zahlreiche Synergieeffekte ergeben.

In den nächsten Ausgaben des KOMMUNAL werden wir Ihnen einzelne Best-Practice-Beispiele vorstellen, die im Rahmen des deutsch-französischen Kommunalkongresses diskutiert wurden.

ALLE FOTOS // © MWÖ, Susanne Reiterer

KAROLINE EDTSTADLER IM GESPRÄCH

„SICHERUNGSHAFT MUSS EIN RICHTER GENEHMIGEN“

Sicherheitsstaatssekretärin Karoline Edtstadler nahm im KOMMUNAL-Gespräch Stellung zu Themen wie Sicherheit in den Gemeinden und Sicherheit für kommunale Mandatare. Richtig emotional wurde sie, als es um die EU-Wahl am 26. Mai ging. Ihr Appell: Geht's wählen!

Frau Staatssekretärin, was ist wichtiger: Der Schutz vor Terroranschlägen oder der Schutz vor staatlicher Überwachung?
KAROLINE EDTSTADLER: Man muss beides mit großer Umsicht bewerkstelligen. Die eigene Bevölkerung muss natürlich geschützt werden. Dazu gibt es den Artikel 5 der europäischen Menschenrechtskonvention, der das Recht auf Freiheit und Sicherheit garantiert. Das bedeutet einerseits die Gewährung von größtmöglicher Sicherheit für die Bevölkerung, andererseits aber auch die Gewährleistung von Sicherheit. ...

Derzeit wird das Thema „Sicherungshaft“ heftig diskutiert. Wie stehen Sie dazu?
Das Fall Dornbirn hat eindeutig gezeigt, dass es bei den Asylverfahren eine Lücke gibt. Wenn jemand in einem noch nicht abgeschlossenen Verfahren steckt, gibt es derzeit keine Möglichkeit, eine Haft zu verhängen.
Eine Schubhaft wäre rechtlich nicht möglich gewesen, auch wenn die Medien diese Option kolportiert haben. Eine Schubhaft kann nur dann verhängt werden, wenn eine aufenthaltsbeendende Maßnahme durchgesetzt werden soll. In diesem Fall war man aber mitten im Asylverfahren – und es gab auch keine Entscheidung, ob Schutz zu gewähren ist. ...
Wir sprechen hier von Personen, die illegal einreisen, über die vielleicht schon ein Aufenthalts- oder Einreiseverbot verhängt worden ist, ...

Müssen eigentlich mehrere Tatbestände zutreffen? Nur illegal einreisen ist vielleicht nicht ausreichend, um Haft zu verhängen.
Wer nur illegal einreist, wird nicht automatisch in Haft genommen. Es müssen mehrere Umstände zusammenkommen, die im Konglomerat darauf schließen lassen, dass diese Person eine Gefahr für die nationale Sicherheit oder die öffentliche Ordnung ist. Das gilt es zu definieren ...

Wer soll schlussendlich über die Verhängung der Sicherungshaft entscheiden? Im Gespräch war auch die Beiziehung von Psychologen ...
Es muss von der Behörde jedenfalls rasch entschieden werden können. Und bei allen Arten von Haft gilt in einem Rechtsstaat wie Österreich sowieso immer, dass ein Richter die Haft genehmigen muss.

Wie lange soll sich eine Sicherungshaft erstrecken können?
Wir haben uns bei einem Gipfel mit dem Bundeskanzler darauf geeinigt, dass die Haft längstens sechs Monate dauern darf (*in „Ausnahmefällen und bei anhaltender Gefährlichkeit“ kann die Haft auf 18 Monate erstreckt werden, wie Justizminister Moser Mitte März konkretisiert hat, Anm. d. Red.*). Sie wird auch in regelmäßigen Abständen überprüft werden. Das ist aber derzeit in Ausarbeitung und muss noch im Parlament diskutiert werden.

ZUR PERSON
Karoline Edtstadler ist ist seit Dezember 2017 Staatssekretärin im Bundesministerium für Inneres. Ihre Zuständigkeitsbereiche umfassen Zivildienst, Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung (auch mit den Aspekten Cybercrime und ländlicher Raum) sowie KZ-Gedenkstätte Mauthausen/Mauthausen Memorial und Kriegsgräberfürsorge. Sie leitet im Auftrag von Bundeskanzler und Vizekanzler die Taskforce Strafrecht. Von 2004 bis 2006 war sie in Henndorf am Wallersee (Salzburg) für die ÖVP Gemeinderätin.

Karoline Edtstadler im Gespräch mit Kommunalverlags-Chef Michael Zimper.

Der Fall Dornbirn hat auch gezeigt, wie es um die Sicherheit in Amtsgebäuden steht. Gibt es Empfehlungen für Gemeinden, wie sie mit dem Thema Sicherheit umgehen können, ohne die Bürgernähe zu verlieren?
Aus dem Innenministerium gibt es keine konkreten Empfehlungen für einzelne Gemeinden, wie sie damit umgehen können. Aber natürlich bieten wir polizeiliche Beratung an.
Generell muss man darauf achten, dass wir einen Mittelweg zwischen freiem und offenem Zugang der Bevölkerung zu Ämtern und der Sicherheit derer, die dort arbeiten, wählen. ... Dornbirn hat gezeigt, dass es auch für Beamtinnen und Beamte der Bezirksverwaltungsbehörde notwendig sein wird, mittels Zugangsbeschränkungen oder Notfallknöpfen und besseren Schulungen derjenigen, die dort arbeiten, für mehr Sicherheit zu sorgen. Und das, ohne aus jeder Behörde eine Festung zu machen.

Das Thema Sicherheit ist auch für Gemeinden wichtig. Eine Studie aus Deutschland belegt, dass mehr als zwei Drittel der Bürgermeister schon Erfahrungen mit Gewalt gemacht haben. Warum sollten sich Menschen heutzutage dieses Amt noch antun? Und kann man auch lokale Mandatare mehr schützen?
Da stellt sich die Frage, an welche Möglichkeiten wir denken. Ich bin seit einem Jahr Staatssekretärin und unglaublich froh, dass ich in einem Land dieses Amt ausüben darf, weil es für mich selbstverständlich ist, auch ohne Bodyguards allein auch in der Nacht auf die Straße zu gehen. Oder allein mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren. Alle Risiken werden aber niemals auszuschließen sein.
Und gerade Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die ganz nahe an den Menschen sind, was auch ihre Kernaufgabe ist, kann man nicht abschotten.

Vor einigen Jahren wurden zahlreiche Polizeiposten geschlossen. Damals gab es Befürchtungen, dass sich das negativ auswirkt. Haben sich diese Befürchtungen bestätigt?
Ganz klar kann man sagen, dass sich die Schließungen bewährt haben. Wir haben dadurch zwar größere Einheiten, aber auch mehr Polizei auf den Straßen. ... Die Kriminalitätsbekämpfung hat sich im Gegenteil gut entwickelt, wir haben eine höhere Aufklärungsquote, wir haben insgesamt weniger angezeigte Fälle – insofern war das das richtige Modell.

Sie haben Ihre Laufbahn als Gemeinderätin begonnen. Wie ist es denn dazu gekommen?
Ich wurde von der Gemeindevertretung gefragt, ob ich um ein „Kampfmandat" antreten möchte. Damals ging es um das zwölfte Mandat, und ich hab's errungen.

Was haben Sie an Erfahrungen aus der Kommunalpolitik mitgenommen?
Rückblickend kann ich sagen, dass die Politik auf allen Ebenen relativ gleich funktioniert. Das Wichtigste ist, mit den Leuten zu reden und auf ihre Bedürfnisse eingehen. Und man muss die Menschen dort abholen, wo es sie betrifft: In der Gemeinde die Gemeindebürger, auf höherer Ebene die verschiedensten Interessenvertretungen ...

Sie kandidieren bei der EU-Wahl Ende Mai. Welche Schwerpunkte wollen Sie denn in Brüssel setzen?
Das ist jedenfalls Sicherheitspolitik. Für mich gehört unbedingt eine konsequente Migrationspolitik dazu. Zum anderen geht es für mich um ein starkes Europa nach außen mit starken Mitgliedstaaten. Das ist für mich kein Widerspruch, denn wir können meiner Meinung nach nur stark nach außen sein, wenn wir den Mitgliedsstaaten und den Regionen Stärke und Selbstbewusstsein da und dort auch zurückgeben. ...

„Europa" ist noch nie so intensiv diskutiert worden. Brexit, die Ratspräsidentschaft, die Flüchtlingskrise – das sind alles klassische europäische Themen, die plötzlich spürbar, merkbar und diskutierbar geworden sind. Und sie betreffen die Menschen viel unmittelbarer als die Förderungen ...
Das ist ja das Thema! Auf den ersten Blick könnte man meinen, Gemeinderatswahlen und Wahlen zum Europäischen Parlament (26. Mai) haben überhaupt nichts gemeinsam. Gerade das Gegenteil ist der Fall, denn man wählt die Volksvertreter ganz persönlich. ...
Das ist deswegen so wichtig, weil wir in Österreich kaum mehr eine Gesetzgebung machen können, ohne dass Vorgaben seitens des EU-Gesetzgebers mitspielen. Darum ist es wesentlich, in dem Moment, wo diese Dinge auf europäischer Ebene beschlossen werden, dabei zu sein und die Interessen Österreichs zu vertreten. Macht man das nicht, kommt es zu diesem „Brüssel-Bashing" – und das kann zu Entwicklungen wie in Großbritannien führen, wo nach der Brexit-Abstimmung alle aufgewacht sind und schockiert waren, wie sowas passieren konnte.

Redaktionell gekürzt. Den Volltext finden Sie auf **https://kommunal.at/artikel/die-sicherungshaft-muss-ein-richter-genehmigen**

Lesen Sie, was Karoline Edtstadler zur Aktion „Gemeinsam.Sicher" sagt, was sie über „Sicherheitsgemeinderäte" denkt und was ihre Schwerpunkte für Europa sind.

FOTO/Vorname Nachname/Bildagentur

EU-WAHL 2019

„DIESE EU-WAHL WIRD **EINE RICHTUNGSWAHL**“

Noch knapp sieben Wochen bis zur EU-Wahl. Diesmal stellen wir Hanns Heide vor, der für die SPÖ kandidiert. Der langjährige Bürgermeister von Bad Ischl ist ein ausgewiesener Kenner der kommunalen Materie und ein Experte im Kulturbereich.

Herr Bürgermeister, wo liegt aus Ihrer Sicht die Bedeutung der EU-Wahl? Vor allem wenn Sie an die Wahlbeteiligung denken.

HANNES HEIDE: Es ist tatsächlich auffällig, dass bei den vergangenen EU-Wahlen die Beteiligung sehr gering war. In Oberösterreich waren es 45 Prozent, in meiner Heimatgemeinde Bad Ischl waren es vor fünf Jahren nur 38 Prozent, und das, obwohl die Wahl zum Europäischen Parlament eine ganz wichtige ist. Es ist nun einmal so, dass alles, was das Europäische Parlament beschließt, Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen hat. Das ist aber oft nicht im Bewusstsein.

Als Bürgermeister ist mir das ganz wichtig, weil ich das europäische Projekt für eines der wichtigsten und bedeutendsten in unserer Geschichte halte. Es hat dazu beigetragen, dass es auf unserem Kontinent zu Wohlstand und entsprechendem Fortschritt gekommen ist. Es ist eine ganz, ganz wichtige Wahl. ...

Ich gehe davon aus, dass es eine zusätzliche Motivation für die Bürgerinnen und Bürger, für die Wählerinnen und Wähler ist, zur Wahl zu gehen.

Vor einigen Wochen ist eine Untersuchung des Eurobarometers veröffentlicht worden, wonach mehr als 60 Prozent der Österreicher für das Projekt EU Zustimmung signalisieren. Wie geht das mit der geringen Wahlbeteiligung „unter einen Hut“?

Es wird eine der Hauptaufgaben der Politik sein, auf die Bedeutung der Wahl hinzuweisen. Es gibt ja auch schon Anzeichen, dass die EU-Wahl eine Richtungswahl sein wird. In unseren Nachbarländern gibt es Entwicklungen, die sehr kritisch zu sehen sind. Wenn der Rechtsstaat in Frage gestellt wird, wenn Gewaltentrennung, Pressefreiheit, kulturelle Freiheiten in Frage gestellt werden, sind das Themen, wo die WählerInnen entscheiden müssen, in welche Richtung sich diese Europäische Union entwickeln wird.

Es ist ein großes historisches Projekt. Deutschland und Frankreich, die über Jahrhunderte sowas wie Erzfeinde waren, haben sich in Europa gefunden. Ein Krieg zwischen diesen Partnern, wie er so oft stattgefunden hat, ist heute nicht mehr vorstellbar. Oder die Benelux-Länder, die vor 70 Jahren von den Nationalsozialisten überrannt wurden, haben ein demokratisches Selbstbewusstsein und bringen das auch in die EU ein.

Auch wenn man schaut, wo es nach dem Krieg Militärdiktaturen gab: Griechenland, Spanien, Portugal – heute alles starke Demokratien im Rahmen der EU, die ihren Beitrag leisten. Oder Irland, einst das Armenhaus Europas, ist heute ein prosperierendes Land.

Aus meiner Sicht kann es nicht sein, dass man versucht, das Rad der Zeit zurückzudrehen!

Vor allem die Länder im ehemaligen Ostblock versuchen, Entwicklungen in Gang zu setzen, die nicht im Sinne des europäischen Gedankens sind. Es kann auch nicht sei, dass die österreichische Politik sagt, wir nähern uns eher diesen

> „Es kann nicht sein, dass man versucht, **das Rad der Zeit zurückzudrehen.**“
>
> **Hannes Heide,** über nationalistische Tendenzen in Europa

ZUR PERSON

Hannes Heide (SPÖ) ist seit 2007 Bürgermeister von Bad Ischl. Er war unter anderem Geschäftsführer der Kulturplattform Bad Ischl (1994 – 2003) und lange Zeit Geschäftsführer der Lehar-Theater GesmbH.

Ländern an als jenen, die für eine konsequente Weiterentwicklung der Demokratie sind.

Was könnte oder sollte die EU und die Gesellschaft tun, um dieses Auseinanderdriften zu verhindern?
Ich merke in meinen Gesprächen mit den Menschen, dass es hier eine hohe Sensibilität gibt. Der Zuspruch zu diesen Entwicklungen ist nicht sehr hoch und es wird ganz wichtig sein, das auch zu thematisieren. Ich bin auch überzeugt, dass das, was in Großbritannien passiert ist, unter anderem zu der hohen Akzeptanz der EU in Österreich geführt hat.
Nach der Brexit-Entscheidung der Briten war ja bei uns auch kurz der Öxit in aller Munde. Innerhalb kürzester Zeit hat sich dann gezeigt, dass es so einfach nicht ist. Europa braucht sich untereinander, weil die großen europäischen Probleme nur gemeinsam zu lösen sind. Da spreche ich gerade und in erster Linie die Flüchtlingsproblematik an. In Italien hat man ja gesehen, was passiert, wenn man ein Land allein lässt. Es kann in so einem Fall zu Regierungsbildungen kommen, die nicht im Sinne eines vereinten Europas sind.

Ist die Migration ein Hauptauslöser für solche Entwicklungen? Vor einigen Monaten meinte unser ehemaliger Bundespräsident Heinz Fischer, dass „politische Systeme nach einer gewissen Zeit unter Abnützungserscheinungen" beziehungsweise „partielle Demokratiemüdigkeit" leiden könnten (siehe auch kommunal.at/artikel/demokratische-strukturen-entsprechen-einem-grundbeduerfnis, Anm. der Red.)**.**
Ich bin der Überzeugung, dass es einen Gegentrend zur Demokratiemüdigkeit gibt. Man merkt das bei Jugendlichen, die ja am wenigsten EU-skeptisch sind, die die EU am meisten befürworten. Die sind vielleicht auch diejenigen, die nach den Brexit-Diskussionen jetzt ganz sicher sensibilisiert sind und die – und darauf hoffe ich – jetzt zu den Urnen geht und ein entsprechendes Zeichen setzen. Es geht ja auch um ihre Zukunft.

Sollte man die Jungen verstärkt nach Brüssel bringen, damit sie einen Blick hinter die Kulissen machen können? Also schon in der Schule Europa kennenlernen.
Absolut. Alles, was das Geschichtsbewusstsein der Jugend fördert, ein Bewusstsein, dass nicht alles selbstverständlich ist, fördert, ist wichtig. Auch in den Schulen sollte viel mehr politische Bildung unterrichtet werden, das wäre für die Zukunft auch Europas ein wichtiger Schritt.

Die Migration ist einer der größten Diskussionspunkte in Europa. Vor allem die Dublin-Regelung wird von vielen infrage gestellt, weil gerade die Länder an den Rändern dann mit einer riesigen Belastung übrigbleiben. Sollte man die Dublin-Regel nicht überdenken?
Mein Wissensstand aus Gesprächen mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments ist der, dass es fixfertige Konzepte gibt und beschlussreife Anträge, die dafür sorgen würden, dass Europa die Flüchtlingsproblematik lösen kann. Ich habe allerdings den Eindruck, dass es politische Kräfte gibt – durchaus auch in Österreich –, die genau das nicht wollen, weil solange es eine Flüchtlingsproblematik gibt, kann man Menschen mobilisieren, kann man dieses Thema immer wieder in den Mittelpunkt bringen. Es passiert ja schon, allein um andere Themen zu übertünchen. Wenn man nach Ungarn schaut, da werden mit dem Thema Wahlen gewonnen, da verlassen auch tausende Ungarn das Land, weil es dort keine positive Entwicklung mehr gibt und keinen Wohlstand, der den Menschen zugute kommt. Letztlich war ja auch die Frage der Migration bei der Brexit-Abstimmung entscheidend, wo es sogar Übergriffe auf polnische Einrichtungen gegeben hatte. Das darf es in einem Europa im 21. Jahrhundert ganz sicher nicht geben.
Ich bin fest davon überzeugt, dass das Problem Migration und Flüchtlinge lösbar ist, wenn es eine gemeinsame Kraftanstrengung in Europa gibt.

Zwei Fragen zum Abschluss: Was werden Ihre Schwerpunkte im Europäischen Parlament sein und werden Sie weiter als Bürgermeister amtieren?
Das ist im Vorfeld ganz schwer zu sagen. Zuerst muss gewählt und das Ergebnis abgewartet werden. Ich komme klar aus der Kommunalpolitik und habe viel Erfahrung in der Regional- und Stadtentwicklung und ich kenne die Interessen der Kommunen nach zwölf Jahren im Amt gut. Ich kenne aber auch den Kulturbereich sehr gut, weil ich in diesem Bereich gearbeitet habe. Es gibt viele Themen, wo ich meine Kompetenzen einbringen könnte.
Auch mein Verbleib im Bürgermeisteramt hängt vom Wahlergebnis ab und welche Schwerpunkte nachher gesetzt werden. Letztlich hängt alles davon ab, wie die Wahl ausgeht.

Redaktionell gekürzt. Im Volltext auf **kommunal.at/artikel/diese-eu-wahl-wird-eine-richtungswahl**

Lesen Sie, was Hannes Heide zu Themen wie der **Rolle der Boulevardmedien** oder der Tatsache, dass die **Europäische Union spürbarer werden muss**, zu sagen hat.

FOTO/Vorname Nachname/Bildagentur

8. EUROPÄISCHES GIPFELTREFFEN DER REGIONEN UND KOMMUNEN

KLARE BOTSCHAFT: **VERLIERT NICHT DIE BODENHAFTUNG!**

In Bukarest kamen Mitte März europäische, nationale, lokale und regionale Entscheidungsträger aus ganz Europa zusammen, um über die Zukunft der Europäischen Union zu diskutieren. Wichtigste Frage: Wie können die Menschen von den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften besser in das europäische Projekt eingebunden werden?

TEXT // HANS BRAUN

Unter dem Motto „Europa erneuern“ diskutierten in Bukarest rund 1000 Politiker der EU, der Mitgliedstaaten, der Regionen, der Kommunen mit den Teilnehmern und erläuterten in Bukarest ihre Vision für die Stärkung von Demokratie, Bürgernähe und Solidarität in der Europäischen Union. Es ging um Themen wie den Start eines „Netzwerks regionaler und lokaler Hubs“ (Kontaktstellen), die eine bessere Überwachung, Bewertung und auch eine Verbesserung der Rechtsvorschriften der EU gewährleisten sollen. Und natürlich ging es auch um den Brexit, der in ganz Europa immer mehr Unsicherheit verbreitet.

Das Programm umfasste weiters Impulsreferate und thematische Debatten zu den Themen: „Sozialer Zusammenhalt und Integration in den Regionen und Städten“, „Regionen und Städte der EU für eine nachhaltige Zukunft“, „Territorialer Zusammenhalt für Bürgerzusammenhalt“, „Aktive Subsidiarität“ und „Stärkung der europäischen Demokratie“.

Einer der wichtigsten Schwerpunkte war die Frage, was die jungen Mandatare von Europa erwarten. Dazu waren 100 junge Kommunal- und Regionalpolitiker nach Bukarest eingeladen, um zur Debatte über die Zukunft Europas beizutragen. Die Jungpolitiker und -politikerinnen haben sich über die Zukunft Europas ausgetauscht und sind den Fragen nachgegangen, wie die EU einen ständigen Austausch mit jungen Kommunal- und Regionalpolitikern einrichten kann und was die Regionen, Städte, Parlamente und Parteien tun können, um das europapolitische Engagement junger Menschen zu fördern.

Die Schwirigkeiten sind enorm. Festgestellt wurde von jungen Politikern, dass die EU als eine Vision der Staaten entstanden ist – und die haben auf die lokalen und regionalen Vertreter manchmal vergessen. Oder wie es Bart Somers (der Weltbürgermeister des Jahres 2018 nahm an der Konferenz ebenfalls teil) formulierte: „Die Bürger müssen sich als Teil der Union sehen, sonst hat die EU keine Zukunft. Der Weg dort hin kann nur über eine Rechenschaftspflicht und Null Toleranz gegenüber Korruption führen.“ Ein Lösungsansatz wäre es, die Hilfe und Unterstützung, die von der EU kommt, auch sichtbar zu machen. Wie das gehen könnte, wird auf der Website **clebrateeuropeday.eu** beschrieben.

Klar wurde, dass bei Themen wie dem Brexit, der nachhaltgen Entwicklung und dem Klimawandel die EU am Scheideweg stehe und, so Sirpen Hertell aus Espoo: „Wir müssen richtig abbiegen“. Karl-Heinz Lambertz, Präsident der AdR, richtete gleich zu Beginn eine deutliche Warnung an die Regierungen der EU: „Verliert nicht die Bodenhaftung! Politik geht nicht ohne den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern. Ein Bürgermeister, eine Bürgermeisterin, ist genauso wichtig wie ein Mitglied einer Regierung oder der Kommission!“

Auf www.kommunal.at und in den kommenden Ausgaben berichten wir laufend detaillierter über die Themen der Konferenz.

Für den Gemeindebund in Bukarest dabei: Hannes Weninger, hier im Gespräch mit Regionalkommissarin Corina Crețu.

Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser in einem Panel zur demokratiepolitischen Weiterentwicklung der EU.

EIN BÜRGERMEISTER, EINE BÜRGERMEISTERIN IST IN DER EU **GENAUSO WICHTIG WIE EIN MITGLIED DER KOMMISSION ODER EINER REGIERUNG.“**

Karl-Heinz Lambertz, Präsident des AdR, stellt die Rolle der kommunalen und regionalen Politiker in der EU klar.

Der AdR

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) ist eine beratende Einrichtung der EU, die sich aus lokal und regional gewählten Vertretern aller 28 Mitgliedsländer zusammensetzt. Diese können über den Ausschuss Stellungnahmen zu EU-Rechtsvorschriften abgeben, die sich direkt auf ihre Regionen und Städte auswirken.
Der Ausschuss verschafft Regionen und Städten in der EU ein förmliches Mitspracherecht bei der Gesetzgebung in Europa. Dadurch ist gewährleistet, dass die Anliegen von regionalen und lokalen Behörden respektiert werden.
Die Europäische Kommission, der Rat der EU und das Europäische Parlament müssen den Ausschuss anhören, wenn sie Rechtsvorschriften in Bereichen formulieren, die lokale und regionale Gebietskörperschaften betreffen, zum Beispiel Gesundheit, Bildung, Beschäftigung, Sozialpolitik, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt, Verkehr, Energie und Klimawandel.

Mehr über den AdR auf **cor.europa.eu/de**

Rund 1000 überwiegend junge Gemeindemandatare aus ganz Europa trafen sich in Bukarest und diskutierten über eine „Neugestaltung Europas von unten und was die Rolle der Gemeinden dabei ist“ (oben). Gemeimsam mit ihnen formulierte der AdR die „Bukarester Deklaration“, die am Ende Klaus Ioannis, dem Präsidenten Rumäniens (hier bei seiner Rede), übergeben wurde.

Rechts: Aleksandra Dulkiewicz, die junge Bürgermeisterin Danzigs, AdR-Vizepräsident Markku Markkula aus Finnland, Klaus Ioannis und AdR-Präsident Karl-Heinz Lambertz aus Belgien bei der Übergabe der Deklaration.

Gastgeberin Gabriela Firea, Bürgermeisterin von Bukarest.

Rumäniens Premierministerin Viorica Dăncilă.

AdR-Präsident Karl-Heinz Lambertz aus Belgien.

BUNDESKONFERENZ DER FREIEN BERUFE ÖSTERREICHS (BUKO)

SELBSTSTÄNDIG UND **UNABHÄNGIG**

Zu den Freien Berufen zählen in Österreich neun Berufsgruppen. Und allen sind zwei Eigenheiten gemein: Sie haben ein breites Angebot für Gemeinden und sie sind in vielen Gemeinden „Mangelware“. Start einer etwas anderen Porträtserie in KOMMUNAL.

Das Spektrum der Freien Berufe ist groß. Zu den Freien Berufen zählen in Österreich die medizinischen Berufe ÄrztInnen, ApothekerInnen, ZahnärztInnen und TierärztInnen, die juristischen Berufe RechtsanwältInnen, NotarInnen, die technischen Berufe ZiviltechnikerInnen und PatentanwältInnen sowie die SteuerberaterInnen und WirtschaftprüferInnen.

Allen gemeinsam ist die umfassende und universitäre Berufsausbildung und die hohe Verantwortung für die Gesellschaft. Die VertreterInnen der Freien Berufe sind nur ihren PatientInnen oder KlientInnen verantwortlich und unterliegen der Verschwiegenheitspflicht.

In vielen Fällen übernehmen die Freien Berufe sogar Aufgaben, die eigentlich der Staat erfüllen müsste. Dazu gehören etwa – im Falle der ApothekerInnern – die Arzneimittelkontrolle oder auch – bei den NotarInnen– die Verwaltung des Grundbuchs.

Die Fragen der Zukunft. Aus der Tradition heraus arbeiten die Freien Berufe selbstständig – denken Sie an die Hausärztin auf dem Land oder den Zahnarzt mit kleiner Praxis und zwei Assistentinnen in der Stadt.

„Selbstständigkeit und Unabhängigkeit sind die Markenzeichen der Freien Berufe. Beides müssen wir unbedingt erhalten, **es sind Errungenschaften der freien Demokratie.“**

Thomas Horejs,
Präsident der BUKO

Doch die Berufsbilder ändern sich und auch die Ansprüche der nachkommenden Generation. Vor 20, 30 Jahren war es noch üblich, die Selbstständigkeit unter höchstem Zeitaufwand zu leben – etwa die selbstverständliche Nachtbereitschaft der Großtierärzte. Heute schauen junge Menschen stärker auf die Work-Life-Balance. 60-Stunden-Wochen sind oft nicht mehr erwünscht.

Zudem drängen Finanzinvestoren und Kapitalgesellschaften auf den Markt, die in großem Stil zum Beispiel Tierarztordinationen aufkaufen und in Riesenkliniken umwandeln. Jungen Menschen werden Teilzeitanstellungen angeboten, die oft gerne angenommen werden.

Zu sehen ist diese Entwicklung in Skandinavien und auch in Deutschland, wo eine große Kaffeerösterei mittlerweile Zahnarztketten betreibt. Diese Zahnkliniken werden nur in den großen Städten betrieben und dort, wo es sich wirtschaftlich auszahlt. Im Osten Deutschlands gibt es keine einzige Klinik.

Diese Entwicklung wollen wir in Österreich nicht! Die Freien Berufe sind in Österreich kleinteilig organisiert, mit kleinen Ordinationen oder Büros und in ganz Österreich und nicht nur in

KONTAKT

BUKO

Bundeskonferenz der Freien Berufe Österreichs

Bundeskonferenz der Freien Berufe Österreichs
Maria-Theresien-Straße 5/3/14,
1090 Wien, Tel.: 01 533 22 86
E-Mail Pressesprecherin:
sigrun.reininghaus@freie-berufe.at
Web: **freie-berufe.at**

Die ZahnärztInnen sind eine der neun Berufsgruppen der Freien Berufe. 90 Prozent der österreichischen ZahnärztInnen arbeiten selbstständig in einer kleinen bis mittleren Praxis.

Die Welt der Gesetze ist nicht mehr aus dem Alltagsleben herauszudenken. Die Berufsgruppen NotarInnen, RechtsanwältInnen und SteuerberaterInnen sorgen in den Gemeinden dafür, dass zum Beispiel der Kauf und Verkauf von Grundstücken geordnet abläuft.

Wien vertreten. In Österreich suchen wir nach alternativen Modellen für Berufseinsteiger bei den Freien Berufen. Nach Modellen wie Jobsharing einer selbstständigen Zahnarztpraxis, die auch für junge Menschen die Selbstständigkeit attraktiv machen. Damit auch in Zukunft in Österreich Freie Berufe in ihrer Selbstständigkeit und Unabhängigkeit in allen Gemeinden vertreten sind.

KOMMENTAR

BUKO-PRÄSIDENT
THOMAS HOREJS ÜBER
FREIE BERUFE AUF DEM LAND

Wir sind für Sie da. In ganz Österreich!

Zählen Sie zu den Glücklichen, die (noch) eine Hausärztin in ihrer Gemeinde haben, einen Tierarzt, eine Rechtsanwältin, vielleicht einen Notar? Wollen Sie auch künftig zum Zahnarzt Ihres Vertrauens unweit Ihres Wohnorts gehen können?

Die Bundeskonferenz der Freien Berufe Österreichs (BUKO) setzt sich dafür ein, dass die Freien Berufe – mit ihren Markenzeichen Selbstständigkeit und Unabhängigkeit – von der Politik und Öffentlichkeit wahrgenommen werden und auch in Zukunft für die Österreicherinnen und Österreicher arbeiten können.

Ich freue mich besonders über die Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Gemeindebund im Jahr 2019!

Die BUKO und den Gemeindebund verbindet vieles. Beide wollen wir, dass die ländlichen Strukturen erhalten bleiben, dass Sie in Ihrem Ort auch künftig einen Allgemeinmediziner, eine Zahnärztin und einen Steuerberater haben.

Und die Freien Berufe schaffen Arbeitsplätze vor Ort. In ganz Österreich beschäftigen wir 170.000 MitarbeiterInnen.

Last, but not least: der Allgemeinmediziner im Ort, die Zahnärztin im Dorfzentrum – sie sorgen ebenso wie der Wochenmarkt oder das Lebensmittelgeschäft dafür, dass die Gemeinde mit Leben erfüllt ist und nicht zur reinen Schlafstätte wird. Damit das Leben in der Gemeinde lebenswert bleibt!

office@freie-berufe.at
MR Dr. Thomas Horejs ist Präsident der Bundeskonferenz Freie Berufe Österreichs

DIE BUKO

Die Bundeskonferenz der Freien Berufe Österreichs (BUKO) ist der Dachverband der neun Freiberufskammern in Österreich

DER VEREIN

Die BUKO ist ein nicht-gewinnorientierter Verein, mit dem Ziel, die Interessen der Freien Berufe bestmöglich zu vertreten.

WIRTSCHAFTSFAKTOR FREIE BERUFE IN ÖSTERREICH

81.607 Mitglieder
60.000 Kleinunternehmen
170.000 Beschäftigte

NEPTUN WASSERPREIS 2019

INNSBRUCK IST ÖSTERREICHISCHE WASSERGEMEINDE

Im festlichen Ambiente des Wiener Odeon Theaters wurde Mitte März der Neptun Wasserpreis verliehen. Im Mittelpunkt stand das vielfältige Engagement von Österreichs Gemeinden und Städten sowie Auszeichnungen in drei Fachkategorien.

Seit 20 Jahren schärft der Neptun Wasserpreis das Bewusstsein für die hohe Bedeutung der kostbaren Ressource Wasser und unterstützt innovative Ideen zum schonenden Umgang mit dem kostbaren Nass. Der Titel „WasserGEMEINDE 2019“ ging heuer an die Stadt Innsbruck für ein Virtual Reality-Video zur Wasserversorgung der Stadt. Für das „WER WIE WASser Mitmachbuch“ erhielt die Marktgemeinde Lustenau den ersten Platz in der erstmals verliehenen Bildungskategorie. Der Neptun Wasserpreis wird vom Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT), der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW), dem Österreichischen Wasser- und Abfallwirtschaftsverband (ÖWAV) sowie den teilneh-menden Bundesländern getragen.

Innsbruck ist Österreichs „WasserGEMEINDE 2019“. Die Tiroler Landeshauptstadt überzeugte mit dem 360°-Filmprojekt „Die Reise des Innsbrucker Wassers“. Die Idee der Innsbrucker Kommunalbetriebe, Bewusstseinsbildung mithilfe von moderner Filmtechnik zu ermöglichen, setzte sich in Kombination mit der Entscheidung der Bundesjury gegen sechs andere Gemeindeprojekte durch.

Als WasserGEMEINDEN auf Landesebene wurden außerdem Lutzmannsburg (Burgenland), Wöllersdorf-Steinabrückl (Niederösterreich), Engelhartszell (Oberösterreich), Abtenau (Salzburg), St. Radegund bei Graz (Steiermark) und Dornbirn (Vorarlberg) ausgezeichnet.

WasserBILDUNG. Die Fachkategorie WasserBILDUNG wurde heuer zum ersten Mal ausgelobt. Eine Fachjury wählte aus 80 Einreichungen ein besonderes „Mitmachprojekt“ der Marktgemeinde Lustenau als Preisträger aus: Das „WER WIE WASser Mitmachbuch“ wurde bei der Preisverleihung mit dem ersten Platz ausgezeichnet.

Das 80 Seiten starke Mal- und Wissensbuch wurde von Lustenauer Kindern und Erwachsenen gemeinsam gestaltet. Wissenswertes zum Thema Wasser steht so auch für zukünftige Generationen auf lustige und ansprechende Weise zur Verfügung.

Im Rennen um den Hauptpreis setzte sich ein Projekt des Österreichischen Roten Kreuzes für den sicheren Umgang mit Abwasser im Katastrophenfall im Live-Saalvoting durch. Ein Feldlabor zur Fäkalschlammanalyse verhindert die Verbreitung von Seuchen und dämmt langfristige Umweltschäden ein.

Infos
Unter dem folgenden Link finden Sie detaillierte Informationen zu allen Siegerprojekten 2019:
www.neptun-wasserpreis.at/projekte/

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BMNT

DER „RAUS AUS DEM ÖL“-BONUS!

Nachhaltig besser heizen

Mit erneuerbaren Energien zu heizen trägt viel dazu bei, unser Klima zu schützen. Daher unterstützt das BMNT Gemeinden, Vereine, Betriebe und Privatpersonen beim Umstieg von einer Ölheizung auf ein alternatives Heizsystem sowie bei der thermischen Sanierung von Gebäuden, die älter als 20 Jahre sind.
Mit dem „Raus aus dem Öl“-Bonus wird der Ersatz eines fossilen Heizungssystems durch eine Holzheizung, Wärmepumpe oder hocheffiziente Nah-/Fernwärme gefördert. Auch beim Ersatz einer nichtfossilen Altanlage oder im Rahmen eines Neubaus kann eine Förderung beantragt werden. Die thermische Leistung der neu errichteten Anlage muss jedenfalls unter 100 kW liegen. Darüber hinaus gibt es im Rahmen der Sanierungsoffensive Fördermittel für thermische Gebäudesanierungen sowie Einzelmaßnahmen wie Dachsanierung oder Fenstertausch.

Infos
Infos zu Förderungen unter **bmnt.gv.at/foerderungen**

Infos zur Wahl des passenden Heizsystems für Ihr Gebäude unter **klimaaktiv.at/heizen**

Bundesministerium Nachhaltigkeit und Tourismus

Mit erneuerbaren Energien zu heizen, ist ein gutes Gefühl und trägt viel dazu bei, unser Klima zu schützen. Dieser Klimaschutz ist uns etwas wert. Daher fördert das BMNT den Umstieg von einer Öl-Heizung auf ein alternatives Heizsystem mit bis zu 5.000 €. Darüber hinaus können Sie bei Ihrem Bundesland weitere Förderungen für den Ausstieg aus Ihrer Öl-Heizung beantragen. Weitere Infos finden Sie unter **bmnt.gv.at/foerderungen.**
Wer bewusst lebt, lebt besser. Nachhaltig besser.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BMNT FOTO // BMNT / IKB / MArktgemeinde Lustenau (Wasserbuch-Foto)

GESTALTEN & ARBEITEN

FÖRDERUNGEN
Für E-Mobilität stehen Mittel zur Verfügung
Seite 56

DENKMALSCHUTZ
„Dialog zwischen Alt und Neu ist das Ziel“
Seite 70

KOMMUNALMESSE & GEMEINDETAG 2019
Ökonomie ist ein Gebot für Gemeinden
Seite 78

FUHRPARK & GERÄTETECHNIK

GEMEINDEN FAHREN & ARBEITEN „FLÜSTERLEISE“

Elektromobilität ist voll im Trend. Nicht nur kleine Alltagsautos werden von immer mehr Gemeinden eingesetzt, auch Nutzfahrzeuge für den Bauhof sind zunehmend elektrisch. Darüber hinaus wechseln immer mehr Gemeinden zu elektrischer Gerätetechnik: Die Vorteile wie leises Arbeiten und „viele Geräte mit einem Akku“ sind einfach nicht von der Hand zu weisen. Ein weiterer, nicht unwesentlicher Vorteil: Die Anschaffung elektrischer Fahrzeuge und elektrischer Geräte wird zunehmend gefördert.

ENERGIEWENDE IM FUHRPARKMANAGEMENT

E-MOBILITÄT AUCH **BEI NUTZFAHRZEUGEN VOLL IM TREND**

Elektrische Nutzfahrzeuge bieten für Gemeinden viele Chancen und Vorteile. Welche das sind, wurde auf einer Konferenz Ende Jänner ausgearbeitet.

TEXT // ANNA KÖNIG / REINHARD JELLINEK

Zuverlässig, leise, emissionsfrei und zunehmend auch wirtschaftlich – elektrisch angetriebene Nutzfahrzeuge spielen auch im kommunalen Bereich konsequent ihre Stärken aus. Nicht zuletzt können Gemeinden mit einem Elektrotransporter oder anderen Nutzfahrzeugen ein sichtbares Zeichen für den Klimaschutz setzen. Zudem bietet die #mission2030 „E-Mobilitätsoffensive“ attraktive Kostenzuschüsse.

EL-MOTION 2019: Experten- und Branchentreff mit Schwerpunkt auf E-Nutzfahrzeuge. Neben der wachsenden Zahl von E-Pkw kommen auch immer mehr Kleintransporter und sonstige kompakte Nutzfahrzeuge mit Elektroantrieb auf den Markt. Sie lassen sich ideal als Liefer- und Servicefahrzeuge einsetzen und bringen insbesondere im kommunalen Bereich eine deutliche Verbesserung der Luftsituation und der Lärmentwicklung.

Einen Überblick über aktuelle Entwicklungen auf dem elektrischen Nutzfahrzeugmarkt gab die neunte Ausgabe der EL-MOTION-Konferenz, die am 30. und 31. Jänner 2019 unter Beteiligung von klimaaktiv mobil stattfand. Begleitet von einer umfangreichen Ausstellung von verschiedenen Institutionen und Händlern, versammelten sich namhafte Expert/innen sowie Vertreter/innen der Hersteller und der Betreiber, um sich über den aktuellen Stand der Technik und konkrete Anwendungen zu informieren.

„Wird der Strom zum Laden der Fahrzeuge aus erneuerbaren Energiequellen produziert, **ist Mobilität nahezu ohne Emissionen und Schadstoffe möglich.**“

Der Erfahrungsaustausch zeigt: E-Mobilität ist eine zunehmend interessante Alternative für Nutzfahrzeuge, gerade auch für Städte und Gemeinden, für die das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT) mit klimaaktiv mobil attraktive Fördermodelle anbietet.

Die wichtigsten Erkenntnisse aus der Konferenz:

- Die Transformation zu elektrischen Antrieben ist auch am Nutzfahrzeugsektor keine Zukunftsvision, sondern Realität.
- Insbesondere bei E-Bussen und kleinen Nutzfahrzeugen sind bereits viele Serienmodelle verfügbar. Auch bei E-Transportern und Lkw bieten Hersteller mittlerweile viele unterschiedliche Modelle mit einem zulässigen Gesamtgewicht von einer bis 40 Tonnen.
- Durch den sauberen, geräuscharmen und abgasfreien Einsatz werden neue Einsatzbereiche erschlossen, z. B. im Innenraum oder am Wochenende und nachts.
- Erfahrungen aus der Praxis zeigen eine hohe Wirtschaftlichkeit von Elektrofahrzeugen über den gesamten Lebenszyklus.
- Durch spezifische Trainings für Fahrer/innen von E-Fahrzeugen, wie sie von klimaaktiv mobil angeboten werden, kann die erzielbare Reichweite deutlich gesteigert werden.
- Wird der Strom dazu aus erneuerbaren Energiequellen produziert, ist Mobilität nahezu ohne Emissionen und Schadstoffe möglich.

FOTO // © Stadtgemeinde Deutsch-Wagram // © Marktgemeinde Kundl

Übergabe des GOUPIL G4 an den Bauhofleiter von Deutsch-Wagram.

Gemeinden setzen auf Elektro-Mobilität. Die Anzahl der Gemeinden, die bereits auf elektrische Nutzfahrzeuge setzen, steigt immer weiter an. Nachfolgend werden zwei aktuelle Beispiele vorgestellt:

In **Deutsch-Wagram** übergab Bürgermeister Fritz Quirgst kürzlich ein neues Elektrofahrzeug an den Bauhofleiter. Das Modell GOUPIL G4 ist vielseitig einsetzbar, es soll beispielsweise zum Entleeren der Mistkübel, für den Grasschnitt und andere Transportarbeiten verwendet werden. „Das neue E-Fahrzeug stellt einen weiteren Schritt in Richtung Energiewende dar", freut sich Bürgermeister Quirgst über das umweltfreundliche Elektro-Leichtfahrzeug.

In der Marktgemeinde **Kundl** sind bereits zwei E-Nutzfahrzeuge im Einsatz: ein Nissan e-NV 200 und ein Fahrzeug des Modells „Boki" der Firma Reform.

Der Nissan e-NV 200 ist ein Lieferwagen mit Pritsche, der extra für die Bedürfnisse der Gemeinde umgebaut wurde und einen Pritschenwagen mit Verbrennungsmotor ersetzt. Der Nissan e-NV 200 hat einen hydraulischen Kipper, hohe Bordwände und ein Besenfach unter der Ladefläche und wird von der Müllentsorgung bis zum Liefern von Bühnenteilen für den Gemeindesaal universell eingesetzt. Die Nutzerinnen und Nutzer zeigen sich nicht nur aufgrund der zahlreichen Einsatzmöglichkeiten, sondern auch von der Reichweite begeistert. Der Nissan e-NV 200 kann ohne zu laden mehrere »

Das Modell „Boki" der Firma Reform der Marktgemeinde Kundl.

Tage im Ort eingesetzt werden. Bei Bedarf wird das Elektrofahrzeug an der Schnellladestation in der gemeindeeigenen Tiefgarage mit Ökostrom geladen.

Das zweite Elektro-Nutzfahrzeug in Kundl ist ein „Boki" der Firma Reform. Dabei handelt es sich um eine Spezialanfertigung, bei der zusätzlich auf der Ladefläche ein Wassertank mit elektrischer Pumpe angebracht ist. Das Fahrzeug wird vom Bauhof für die Betreuung der Verkehrsinseln, zum Blumengießen, aber auch als Lieferfahrzeug verwendet. Geladen wird der „Boki" an einer Ladestation im Bauhof. Mit einer maximalen Geschwindigkeit von 25 km/h fährt das Elektro-Leichtfahrzeug in Kundl aber auch mehrere Tage ohne zu laden.

Beratung und Förderung für Gemeinden. Die Praxiserfahrungen österreichischer Gemeinden mit der Umstellung auf Elektromobilität sind überaus positiv. Und auch die Bandbreite der verfügbaren E-Fahrzeuge – vom Elektro-Transportrad über das leichte Nutzfahrzeug bis zum E-Transporter – wird immer größer. Für Gemeinden bietet das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus über klimaaktiv mobil Beratungen bei der Umsetzung von klimafreundlichen Mobilitätsprojekten an. Vom Radverkehrsprojekt bis zur Fuhrparkumstellung stehen die ExpertInnen gerne Rede und Antwort.

Für die kommunale Fuhrparkumstellung sind in der #mission2030 E-Mobilitätsoffensive des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus, des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie gemeinsam mit den Wirtschaftspartnern (Automobilimporteuren, Zweiradimporteuren, Sportfachhandel) auch weiterhin attraktive Förderungen verfügbar. So gibt es etwa für E-Nutzfahrzeuge der Klasse N2 bis zu 20.000 Euro pro Fahrzeug als Förderung.

DI ANNA KÖNIG ARBEITET BEIM VERKEHRSPLANUNGSBÜRO KOMOBILE IN GMUNDEN, **MAG. REINHARD JELLINEK** IST EXPERTE FÜR MOBILITÄT BEI DER ÖSTERREICHISCHEN ENERGIEAGENTUR

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

BKS-BANK, DER PARTNER FÜR GEMEINDEN

ATTRAKTIVE FÖRDERUNGEN FÜR UMWELTFREUNDLICHE FAHRZEUGE

Als verantwortungsvoll wirtschaftende Bank setzen wir uns sehr intensiv mit dem Thema Nachhaltigkeit auseinander. Die derzeit geltenden Förderungen des Bundesministeriums erleichtern die Anschaffung von umweltfreundlichen Fahrzeugen. Konkret gefördert werden Pkws mit Elektro-, Brennstoffenzellen- und Plug-in-Hybrid-Antrieben sowie Range Extender für den betrieblichen Einsatz", so Michael Meschnark, Leiter der BKS-Leasing.

„Einreichen können Unternehmen, Gebietskörperschaften, Vereine und konfessionelle Einrichtungen. Die Höhe der Förderungen reicht bis zu 1500 Euro bei Elektroautos und bis zu 750 Euro für Plug-In-Hybrid-Fahrzeuge. Voraussetzung für die Förderung ist, dass seitens des Fahrzeughändlers ein E-Mobilitätsbonusanteil gewährt wird", informiert Meschnark.

Er und sein Team wissen über die unterschiedlichen Fördermöglichkeiten bestens Bescheid. „Wir unterstützen unsere Kunden bei der Antragserstellung und verstehen es, die Steuervorteile von Leasingformen optimal zu nutzen, um die Liquidität unserer Kunden langfristig sicherzustellen", so Meschnark, der mehr als drei Jahrzehnte im Leasinggeschäft tätig ist. Gemeinsam mit seinem Team bietet er individuelle Leasingfinanzierungen für Firmenfahrzeuge, Maschinen und Immobilien an.

BKS Bank

KONTAKT
BKS-Leasing Gesellschaft mbH
St. Veiter Ring 43
9020 Klagenfurt
Tel.: 0463-5858-0
E-Mail: **leasing@bks.at**
Web: **www.bks.at/unternehmen/leasing**

„Wir unterstützen unsere Kunden bei der Antragserstellung und verstehen es, die **Steuervorteile unterschiedlicher Leasingformen optimal zu nutzen.**"

Michael Meschnark, Leiter der BKS-Leasing

#MISSION2030 E-MOBILITÄTSOFFENSIVE STARTET DURCH

FÖRDERUNGEN FÜR **E-GEMEINDEFAHRZEUGE**

Knackpunkt für viele Anschaffungen ist natürlich die Finanzierung. Viele der Elektrofahrzeuge sind nämlich (heute noch) teurer als ihre rohstoffverbrauchende Cousins. Um diesen Nachteil auszugleichen, gibt es Förderungen.

Im Rahmen einer gemeinsamen Förderungsaktion des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT), des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie (bmvit) und der Autoimporteure wird in den Jahren 2019 und 2020 die Anschaffung von Pkw mit Elektro-, Brennstoffzellen- und Plug-In-Hybrid-Antrieben sowie Range Extender für den betrieblichen Einsatz unterstützt.

Die Unterstützung setzt sich zusammen aus einem „E-Mobilitätsbonusanteil" der Fahrzeugimporteure beim Ankauf des Fahrzeuges, welcher unabhängig von etwaigen zusätzlichen Nachlässen von Fahrzeugimporteuren gewährt wird, und einem „E-Mobilitätsbonusanteil" (E-Mobilitätsförderung) des Bundes aus Mitteln des BMNT.

Ab 1. März 2019 sind die Online-Registrieung sowie die formelle Einreichung von Förderungsanträgen möglich. Registrierungen können in Abhängigkeit der zur Verfügung stehenden Budgetmittel bis längstens 31. Dezember 2020 eingebracht werden. Nach erfolgreicher Registrierung muss innerhalb von 24 Wochen der Antrag gestellt werden. Bitte beachten Sie, dass die Rechnung zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht älter als sechs Monate sein darf.

Für die nächsten zwei Jahre steht ein Budget von insgesamt 93 Millionen Euro zur Verfügung, mit dem Gemeinden, Betriebe, Vereine und Privatpersonen bei der Anschaffung von E-Fahrzeugen und E-Ladeinfrastruktur unterstützt werden.

Die Förderungsmittel werden für alle Unternehmen und sonstige unternehmerisch tätige Organisationen bereitgestellt. Darüber hinaus können auch öffentliche Gebietskörperschaften, Vereine und konfessionelle Einrichtungen einreichen.

Was wird gefördert? Gefördert wird die Anschaffung von neuen Fahrzeugen mit Elektro-, Brennstoffzellen- bzw. Plug-in-Hybrid Antrieb sowie Range Extender zur Personenbeförderung (Klasse M1) bzw. zur Güterbeförderung (Klasse N1 und ≤ 2,0 Tonnen höchstzulässiges Gesamtgewicht).

Die vollelektrische Reichweite des Pkw muss mindestens 50 km betragen. Der Brutto-Listenpreis (Basismodell ohne Sonderausstattung) des Pkw darf 60.000 Euro nicht überschreiten. Bitte beachten Sie, eine Förderung von Fahrzeugen mit Elektroantrieb bzw. Plug-In-Hybrid Antrieb sowie Range Extender ist nur bei der ausschließlichen Verwendung von Strom aus erneuerbaren Energieträgern möglich.

Die Förderung beträgt 1500 Euro für E-Pkw mit reinem Elektroantrieb (BEV) und Brennstoffzelle (FCEV) bzw. 750 Euro pro Fahrzeug für Plug-In-Hybrid (PHEV) und Range Extender (REX, REEV); PHEV, REX, REEV mit Dieselantrieb sind nicht förderfähig.

Voraussetzung für den Erhalt der Förderung ist, dass seitens des Fahrzeughändlers beim Kauf des Fahrzeuges ein E-Mobilitätsbonusanteil in der Höhe von 1500 pro BEV, FCEV bzw. 750 Euro pro PHEV, REX, REEV gewährt wurde. Dieser Bonus muss gemeinsam mit dem Informationstext „E-Mobilitätsbonusanteil" in der Fahrzeugrechnung ausgewiesen werden und wird vom Netto-Listenpreis ergänzend zu den üblichen gewährten Rabatten in Abzug gebracht.

> **„Förderungsmittel stehen auch öffentlichen Gebietskörperschaften**, Vereinen und konfessionellen Einrichtungen offen."

Wie verläuft der Förderungsprozess? Nachdem Sie Ihren Antrag vollständig eingereicht haben, durchläuft er einen Beurteilungs- und Genehmigungsprozess. Nach positiver Genehmigung erfolgt die Auszahlung der Förderung üblicherweise innerhalb von in der Regel acht Wochen nach dem Einlangen Ihrer vollständigen Antragsunterlagen bei der KPC. Mit dem Auszahlungsschreiben kommt der Förderungsvertrag zustande. Sie erhalten damit einen Aufkleber, der am geförderten Pkw gut sichtbar anzubringen ist.

Auf **www.meinefoerderung.at** können Sie jederzeit den aktuellen Status Ihres Projektes einsehen.

Hinzuweisen ist darauf, dass auch im Anschluss an die Auszahlung der Förderungsmittel, über die Behaltedauer der Fahrzeuge von vier Jahren, die im Vertrag geregelten Pflichten wie u. a. der Nachweis über den Bezug von Strom aus ausschließlich erneuerbaren Energieträgern sowie Informations- und Aufzeichnungspflichten zu erfüllen sind. Die Einhaltung derselben wird stichprobenartig kontrolliert.

Förderung gibts auch für Photovoltaik-Anlange. Seit 1. März sind die Online-Registrierung sowie die formelle Einreichung von Förderungsanträgen möglich. Registrierungen können in Abhängigkeit der zur Verfügung stehenden Budgetmittel bis längstens 30. November 2019 eingebracht werden. Nach erfolgreicher Registrierung muss innerhalb von 12 Wochen der Antrag gestellt werden.

Zu beachten ist, dass das Lieferdatum der Anlage nicht vor dem 1. März 2019 liegen darf. Pro Photovoltaikanlage kann nur ein Förderungsantrag gestellt werden. Weiters kann auch nur pro Standort ein Förderungsantrag gestellt werden.

Einen Antrag können natürliche und juristische Personen stellen. Neben Privatpersonen können das auch Betriebe, Vereine, konfessionelle Einrichtungen etc. sein. Allerdings gelten für Land-/ForstwirtInnen besondere Bestimmungen.

Das **Förderangebot für Gemeinden** im Detail

bis **200** Euro pro **E-FAHRRAD**
* (mindestens 10 Stück)

bis **400** Euro pro **(E-)TRANSPORTRAD***

bis **700** Euro pro **E-ZWEIRAD**
(L1e)*

bis **1000** Euro pro **E-ZWEIRAD**
(L3e)*

bis **3000** Euro pro **E-PKW***

E-NUTZFAHRZEUG N2 mit einer zulässigen Gesamtmasse von > 3,5 t bzw. ≤ 12 t Förderhöhe: bis **20.000** Euro pro Fahrzeug

E-NUTZFAHRZEUG N3 mit einer zulässigen Gesamtmasse von > 12 t
Förderhöhe: bis **50.000** Euro pro Fahrzeug

E-KLEINBUS M2 mit einer zulässigen Gesamtmasse von ≤ 5 t
Förderhöhe: bis **20.000** Euro pro Fahrzeug

E-BUS M3 bis 39 Personen
Förderhöhe: bis **40.000** Euro pro Fahrzeug

E-BUS M3 für mehr als 39 Personen bis max. 120 Personen
Förderhöhe: bis **60.000** Euro pro Fahrzeug

E-BUS M3 für mehr als 120 Personen
Förderhöhe: bis zu **100.000** Euro pro Fahrzeug

DC SCHNELLLADESTATION für Nutzfahrzeuge ≥ 150 kW Abgabeleistung (nur in Kombination mit Ankauf von E-Nutzfahrzeug bzw. E-Bus
Förderhöhe: bis **20.000** Euro pro Ladestelle

* beinhaltet den Anteil der Automobilimporteure, der Zweiradimporteure bzw. des öst. Sportfachhandels

WEITERE INFOS

Weitere Förderungen für leichte E-Nutzfahrzeuge, E-Leichtfahrzeuge, E-Ladeinfrastruktur etc. finden Sie unter **www.umweltfoerderung.at.** Voraussetzung für alle Förderungen im Bereich E-Mobilität ist der Einsatz von Strom aus erneuerbaren Energieträgern. Die Förderhöhe ist mit 30 Prozent der förderfähigen Kosten begrenzt.
Das klimaaktiv mobil Beratungsprogramm „Innovative klimafreundliche Mobilität für Regionen, Städte und Gemeinden“ berät und unterstützt Sie kostenlos bei der Projektentwicklung und Fördereinreichung.

KONTAKT

klimaaktiv mobil Beratungsprogramm „Innovative klimafreundliche Mobilität für Regionen, Städte und Gemeinden“
DI Anna König, komobile Gmunden GmbH
Tel.:+43 (0)7612 70 911 – 13,
Mail: **mobilitaetsmanagement@komobile.at**

EMISSIONSFREIE NUTZFAHRZEUGE

DIE **SCHWEIZERMESSER** UNTER DEN KOMPAKTLADERN

Kompaktlader sind vielseitig einsetzbare Alleskönner und ein häufig benutztes Einsatzwerkzeug auf den heimischen Bauhöfen. Die zunehmende Elektromobilität macht auch vor diesen Fahrzeugen nicht halt.

Straßenbau, Landwirtschaft, Winterdienst, Verkehrsflächenreinigung – die Einsatzmöglichkeiten für Kompaktlader sind vielfältig. Wer sich darunter wenig vorstellen kann: Kompaktlader sind kleine Baufahrzeuge und zählen zu den Radladern. Abseits des kommunalen Einsatzes sind sie vor allem als Hoflader beliebt. Grund dafür sind ihre kompakten Ausmaße. Sie weisen ein verhältnismäßig niedriges Gewicht sowie geringe Abmessungen auf. Zusätzlich besitzen entweder ein Raupen- oder ein Radlaufwerk. Mit letzterem haben sie eine noch höhere, als die ohnehin schon bemerkenswerte Wendigkeit. Die Flexibilität von Kompaktladern erschöpft sich jedoch nicht nur in ihrem geringen Wendekreis, ihre Beliebtheit resultiert insbesondere aus ihrer Wandelbarkeit, denn die Hersteller haben sie mit auswechselbaren Anbaugeräten ausgestattet, die im Laufe der Zeit eine immer größere Bandbreite an Einsatzmöglichkeiten bot.

Das Paradebeispiel für diese Vielseitigkeit sind die Kompaktlader der Marke AVANT TECNO. Der finnische Hersteller ist Spezialist für kompakte Multifunktionslader und hat sich im Laufe der Jahre ein ansehnliches Renomeé in diesem Marktsegment erarbeitet. Auf einen AVANT-Kompaktlader passen um die 200 (!) verschiedenen Anbaugeräte: Fräsen, Hammer, Schaufeln, Bohrer, Gabeln, und, und, und ... Die Liste soll an dieser Stelle nicht in ihrer Vollständigkeit angeführt werden. Die kleinen Alleskönner sind quasi die Schweizermesser unter den Kompaktladern und stehen bei ihren Benutzern hoch im Kurs. Der Einsatzreichtum dieser Mini-Radlader ist jedenfalls Grund dafür, dass auch zahlreiche österreichische Gemeinden Modelle dieses Typs in ihrem Fuhrpark haben. Gottfried Muck, seines Zeichens Bürgermeister der Marktgemeinde Sierndorf, bestätigt gegenüber KOMMUNAL die hohe Zufriedenheit seiner Mitarbeiter mit dem Gerät. Natürlich benötigt die Gemeinde nicht sämtliche 200 Anbaugeräte, die breite Auswahl aus den teils hochspezifischen Werkzeugen erlaubt es aber, exakt jene anzuschaffen, die für die eigenen Aufgaben am besten geeignet sind. Gut ein Dutzend davon hat die Gemeinde in Verwendung.

> „Die Frage lautet nicht, ob elektrisch betriebene Lader am Bauhof Einzug halten werden, **sondern wann.**“

Das gleiche Feedback erhält Kommunal auch vom Bauhofleiter der Stadtgemeinde Weitra, Gerhard Leutner. Auch von den dortigen Gemeindemitarbeitern wird der Kompaktlader intensiv genutzt – mit einer zweistelligen Zahl an unterschiedlichen Anbaugeräten. Die Beurteilung der Kompaktlader fällt in praktisch allen Bereichen sehr positiv aus. Die einzige Kritik, die bei sämtlichen Rückmeldungen aus den Kom-

Der elektrisch betriebene Kompaktlader AVANT e6 ist das erste Modell auf dem Markt, dessen Motor von einen Lithium-Ionen-Akku versorgt wird.

Elektrisch betriebene Kompaktlader sind auch in Innenräumen ohne Gesundheitsgefahr einsetzbar.

munen zu hören war: Aufgrund des Knickgelenks tun sich in einer der Gemeinden manche Mitarbeiter, die das Gerät nur sporadisch fahren, mit der für sie ungewohnten Lenkung schwer. Zusammenfassend sind zwei Dinge festzustellen: Erstens: das Schweizermesser ist in Österreichs Gemeinden weit verbreitet und wird eifrig genutzt. Zweitens: die eingesetzten Modelle haben zumeist einen Dieselantrieb. Das muss nicht mehr lange so sein, denn mittlerweile gibt es wirtschaftliche und leistungsmäßig zufriedenstellende Alternativen mit Elektroantrieb.

Bereits im Jahr 2014 präsentierte Weidemann als erster Hersteller einen elektrisch betriebenen Kompaktlader namens eHoftrac. Bei diesem werden mittels Akku zwei Elektromotoren betrieben, die wiederum die Hydraulikpumpe für das Laden und Fahren betrieben. Damals handelte es sich noch um einen Säure-Blei-Akku. Ab 2017 wurde dieser durch eine AGM-Batterie ersetzt, bei der der Elektrolyt in einem Glasfaser-Vlies gebunden wird.

Auf der gleichen Technologie basierte auch das erste Kompaktlader-Modell mit elektroantrieb von Avant. Mittlerweile haben die Finnen ein neues Modell auf den Markt gebracht, dessen Akku auf Lithium-Ionen-Technologie basiert, also der gleichen Technik, wie sie auch in Mobiltelefonen und anderen Elektrofahrzeugen eingesetzt wird. Der Avant e6 ermöglicht dadurch kürzere Ladezeiten, eine längere Einsatzdauer, und ist zudem unproblematisch zu laden, da er ein integriertes Ladegerät für 220V-Steckdosen besitzt. Mit seinen Leistunsdaten wird der e6 zu einem realistischen und ernstzunehmenden Ersatz für die herkömmlichen Kompaktlader mit Verbrennungsmotoren.

Die Vorteile der emissionsfreien Baumaschinen- und Fahrzeuge liegen auf der Hand. Nicht nur wirtschaftliche Aspekte, wie die Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen, sondern vor allem auch die gesundheits- und umweltfreundlichen Argumente sind stark. Die batteriebetriebenen Lader sind besonders für Anwendungen in Innenbereichen geeignet, wo es nur eine eingeschränkte oder überhaupt keine Belüftung gibt. Sie können bei voller Leistung ohne Emissionen betrieben werden und der Bediener sowie die Arbeiter sind keinen gesundheitsgefährdenden Abgasemissionen ausgesetzt. Ein weiterer Vorteil einer batteriebetriebenen Maschine ist der äußerst geringe Lärmpegel. Die Frage lautet nicht, ob elektrisch betriebene Lader auf dem Bauhof Einzug halten werden, sondern wann. Im Sinne der Bauhofmitarbeiter hoffentlich bald.

MS 500i: MIT POWER DURCH DEN WINTER

MOTORSÄGEN-TECHNIK, DIE FREUDE MACHT

Der Winter ist oft kalt und lang. Daher ist es wichtig, dass die Natur gut gerüstet ist, um diese unwirtliche Jahreszeit zu überdauern. Auch Gemeinden und ihre Mitarbeiter stehen vor der großen Herausforderung, Naturflächen zu bewirtschaften. Mit dem richtigen Equipment gelingt dies schneller und einfacher.

Egal, ob für große Bäume oder kleine Äste, die STIHL MS 500i macht die Arbeit einfacher.

Schneeflocken fallen vom Himmel und der gesamte Wald ist weiß bedeckt. So schön der Anblick auch sein mag, sind die sprichwörtlich angezuckerten Bäume das Stichwort für Forstwirtschaftsmeister Josef Laier, um im Wald nach dem Rechten zu sehen. Gerade bei starken Windböen ist ein zuverlässiger und funktionierender Winterdienst der Grundstein für die Sicherheit der Gemeinde. „In den Waldgebieten sind durch die Schneelast viele Bäume gebrochen. Die Bestände werden momentan so gut es geht geerntet, um noch mehr Schäden durch den Borkenkäfer zu vermeiden. Die noch halbwegs gesunden Bäume werden stehen gelassen und später geerntet, denn momentan ist der Holzmarkt gesättigt“, erklärt Josef Laier, Forstwirtschaftsmeister in Niederösterreich.

Pflege für die Natur. Um Waldarbeiten und vor allem dicke Bäume und Äste auch im Winter zu bewältigen, wird eine Motorsäge, wie die STIHL MS 500i, benötigt. Eine Weltneuheit am Markt: Mit nur 1,24 Kilogramm pro Kilowatt gehört sie zur besten ihrer Leistungsklasse. Die Technologie ist einzigartig. „Bei einer Motorsäge ist für uns vor allem die einfache Handhabung wichtig. Gerade im Wald erleichtert uns eine kompakte und leichte Motorsäge die Arbeit. Zudem muss diese auch unabhängig von Höhe und Umgebungstemperatur ein ausgezeichnetes Startverhalten garantieren, um gerade im Winter bei jeder Temperatur einsatzbereit zu sein“, weiß Laier.

Motorsägen leicht gemacht. „Mit der MS 500i ergeben sich einige Vorteile für Forstarbeiter im täglichen Einsatz. Da der Motor ohne Vergaser auskommt, gewährt er gute Zugänglichkeit zum Purger und somit einfachstes Starten unter allen Einsatzbedingungen – auch zum Abstellen muss nur die Stopp-Taste gedrückt werden. Die Motorsäge bereitet uns somit richtig Spaß, da diese nicht nur sorgfältig, sondern auch schnell arbeitet – gerade in Gemeinden mit viel Waldbestand ein wesentlicher Pluspunkt“, erklärt der Profi. Die STIHL Motorsäge ist somit ein zuverlässiger Begleiter, der sämtliche Waldarbeiten mühelos bewältigen kann. Und wenn diese erfolgreich vorgenommen wurden, freuen sich nicht nur Bewohner der Gemeinde, sondern auch Tiere und Natur. Die neue Motorsäge MS 500i wird im April im österreichischen Fachhandel erwartet.

MEHR INFOS
STIHL bietet professionelle Lösungen für professionelle Anwender. Für mehr Informationen oder eine Produktpräsentation helfen die STIHL Experten weiter:
Harald Steinbrecher,
harald.steinbrecher@stihl.at.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

STIHL®

FOTOS // Stihl

REICHLUNDPARTNER

SORRY,

DA IRREN SIE SICH ABER ...

... WENN SIE MEINEN, KÄRCHER

IST ZU TEUER.

KÄRCHER

makes a difference

DIE REGION ALS SCHAUPLATZ VON ENERGIEINNOVATIONEN

GEMEINDEN UND IHRE **ENERGIEZUKUNFT**

Die Mission Innovation Austria Week vom 6. bis 10. Mai 2019 im Südburgenland bringt innovative Energietechnologien ganz nah an die Bürger und Bürgerinnen.

Immer mehr Menschen interessieren sich dafür, selbst zu Energieproduzenten zu werden. Ist dann zum Beispiel die eigene Fotovoltaik- Anlage einmal auf dem Dach, stellt sich rasch die Frage: „Wie bringe ich die Energie aus meiner Anlage eigentlich in mein Haus?“, oder in Zukunft auch: „in mein Elektroauto?“ Auf den ersten Blick erscheint die Frage unsinnig, ist doch die Anlage ohnehin auf dem Dach. Bei genauerem Hinsehen stellt sich aber heraus, dass oft zu der Zeit wo Energie produziert wird, gar niemand daheim ist, um die Energie zu nutzen, oder das Elektroauto gerade unterwegs ist. Die eigene Batterie könnte hier vielleicht Abhilfe schaffen, ist aber oft dann doch noch eine Preisfrage. Bürgermeister und Gemeindevertreter finden sich vielleicht mit der Frage nach Einkaufsgemeinschaften für Batterien konfrontiert oder mit der Frage, ob es nicht möglich wäre, eine große Batterie für alle zu haben.

Hier tut sich eine Zwickmühle auf. Einmal angenommen man würde versuchen, diesen Wünschen nachzukommen. Was ist dann mit den Bürgern und Bürgerinnen, die in Mehrfamilienhäusern leben oder schlicht und einfach nicht die Möglichkeit haben, eine eigene Energieanlage zu realisieren?

Andererseits – was wäre, wenn es möglich wäre, die Energie aus einer Anlage, sagen wir zum Beispiel auf dem Gemeinde- oder Schuldach, gemeinsam zu nutzen? Oder was wäre, wenn man die Energie einfach vom Nachbarn beziehen könnte, wenn der sie gerade nicht braucht? Was, wenn man die nicht gebrauchte Energie einfach in einer „Energiebank“ einlegen könnte und wenn man sie wieder benötigt bekommt man sie wieder heraus, ohne zusätzliche Kosten? Oder wie wäre es, wenn die Anlage auf einem Mehrfamilienhaus die Elektroautos aller Bewohner laden könnte und die Kosten würden automatisch abgerechnet? Wie wäre das, wenn man die Energie aus der gemeinsamen oder eigenen Anlage oder aus der Energiebank auch dann in sein Auto tanken könnte, wenn man gerade irgendwo unterwegs ist? Oder ist das alles Utopie?

Bei der ersten „Mission Innovation Austria Week 2019“, die vom 6. bis 10. Mai in Stegersbach und Oberwart im Burgenland stattfindet, treffen sich österreichische und internationale Innovationsführer, Vordenker und Gestalter der Energielösungen von morgen. Präsentiert werden relevante Projektergebnisse und innovative Lösungen. Diskutiert werden technologische Trends und politische Herausforderungen. Wichtig ist den Veranstaltern, dass die Gemeinden und Regionen nicht nur mehr über die technischen Möglichkeiten und Zukunftslösungen erfahren. Sie sollen auch ihre Vorstellungen aktiv in den Entwicklungsprozess mit einbringen können und geeignete Umsetzungspartner dafür finden. Insbesondere am **Mittwoch, den** 8. Mai 2019, sind daher im Rahmen der Mission Innovation Austria Week interessierte **GemeindevertreterInnen und BürgerInnen eingeladen, gemeinsam mit ExpertInnen zu diskutieren,** welche Herausforderungen zu meistern sind, um zu einer erfolgreichen Energie-Vorzeigeregion zu werden. Das Programm zeigt auf, was alles in den Regionen nutzbar wäre. Das „Innovationslabor act4.energy“ wird vor Ort präsentieren, welche Technologien schon heute Realität sind.

Alle Infos zu den Veranstaltern, dem Programm und wo Sie Tickets bestellen können, unter kommunal.at/artikel/die-region-als-schauplatz-von-energieinnovationen

BÜRGERMEISTER/IN FÜR BÜRGERMEISTER/IN

Unter dem Titel „BürgermeisterIn für BürgermeisterIn – **Energie als Top-Thema der Kommune erfolgreich einsetzen**“ werden am 8. Mai Beispiele und Strategien von Gemeinden vorgestellt, bei denen Energie-Innovationen zum Erfolg wurden. Entlang von mehreren konkreten Beispielen werden BürgermeisterInnen ihren Zugang präsentieren und Anregungen für neue innovative Zugänge aufzeigen. Für den Gemeindebund wird unter anderem **Präsident Alfred Riedl** teilnehmen. Der Themenblock „**Energy Communities – Eine Chance für Kommunen, Energieunternehmen und Technologieanbieter oder eine neue Blase?**“ zeigt die neuen Möglichkeiten auf, die durch das Konzept der Energy Communities und Energiegemeinschaften für Gemeinden, Energieunternehmen und Technologieanbieter entstehen.

Die Digitalisierung macht auch vor den Kommunen nicht halt. Bei einem Impulsvortrag im Block „**Das Silicon Valley in Österreich – Impulsvortrag und Start-up-Präsentationen**“ von Prof. Christoph Wecht von der New Design Universität werden „Radikal neue Rollen für Kommunen, Energiewirtschaft und Technologieanbieter durch die Digitalisierung“ beleuchtet. Junge Start-ups werden in einer Pitch-Session präsentieren, wie sie die Energiezukunft mitgestalten können.

REICHLUNDPARTNER

RICHTIG IST:

JETZT € 1.297,– SPAREN!

Bisher **€ 7.577,–**
exkl. MwSt.

€ 6.280,–
exkl. MwSt.
IVS Sauger 100/55 M

Artikelnummern: IVS Sauger 100/55 M: 1.573-722,
Zubehör-Set: 2.869-109, Fernbedienung: 2.273-001

Kärcher steht für langlebige Top-Qualität zu fairen Preisen.
Mehr noch: Zum Superklasse-Industriesauger IVS 100/55 M gibt's jetzt das Zubehör-Set und die Fernbedienung ohne Aufpreis gratis dazu. Ideal zur Beseitigung großer Mengen gesundheitsgefährdender Stäube. Robust, zuverlässig und für den täglichen Dauerbetrieb. Jetzt zum super Set-Preis!
Mehr auf www.kaercher.at/industriesauger

KÄRCHER

makes a difference

HUSQVARNA PROFESSIONAL TESTTAGE 2019

VON PROFIS – FÜR PROFIS

Professionelle Anwender haben hohe Ansprüche an die Technik. Bei Husqvarna sollen sie diese auch haben. Bereits zum dritten Mal veranstaltet Husqvarna Österreich daher die Pro Days. Im Fokus steht dabei das Kennenlernen und Ausprobieren der hochwertigen Geräte.

Mitarbeiter von Gemeinden haben bei den „Pro Days" die einmalige Gelegenheit, das Husqvarna Profisortiment auf Herz und Nieren zu testen sowie sich Tipps und Tricks aus erster Hand zu holen.

Der erste Pro Day findet am 11. April in der Gartenbauschule Ritzlhof in Oberösterreich statt. Zwei Wochen darauf übersiedelt die Tour nach Wien in die HBLFA Schönbrunn. Das Husqvarna Professional Team wird jeweils von 10 bis 15.30 Uhr vor Ort sein und gerne beratend zur Seite stehen. Grünflächen-Profis wie Mitarbeiter von Gemeinden, selbstständige Grünflächenpfleger oder professionelle Landschaftsgestalter haben hier die einmalige Gelegenheit, das Husqvarna Profisortiment auf Herz und Nieren zu testen sowie sich Tipps und Tricks aus erster Hand zu holen.

Einer für alle(s) – Der Husqvarna Akku. Speziell im Akku-Sortiment dürfen sich die Besucher auf ein besonders umfangreiches Sortiment freuen. Die Vorteile von akkubetriebenen Geräten liegen ganz klar auf der Hand: Die Akku-Geräte sind äußerst leise, vibrationsarm und dennoch extrem leistungsstark. Außerdem haben sie ein niedriges Gewicht, sind einfach zu bedienen und verursachen keine Emissionen. Eine Investition, die Gesundheit und Budget gleichermaßen schont. Das Husqvarna Akku-System bietet optimale Flexibilität bei höchster Effizienz. Alle handgeführten Husqvarna Akku-Geräte können mit demselben Akku-System in verschiedenen Leistungsklassen (Wh) der BLi-Serie betrieben werden. Dies bedeutet für Sie minimalen Kostenaufwand bei maximalem Komfort. Durch das Schnellladesystem und die langlebigen Akkus sind sie jederzeit einsatzbereit. Eben ein System von Profis – für Profis.

Mit der Flotte vernetzt. Neben den verlässlichen Akku-Produkten wird aber auch das neue Flottenmanagement von Husqvarna präsentiert. Mit Fleet Services haben Sie alle Ihre Geräte stets im Überblick – und das vom Handy, Tablet oder Computer aus. Lassen Sie sich von unserem Professional Team die Vorteile von Husqvarna Fleet Services anhand von praktischen Beispielen zeigen.

Pro Days 2019

11. April
Gartenbauschule Ritzlhof, Haid bei Linz

25. April
HBLFA Schönbrunn, Wien

27. August
LFS Klessheim, Wals bei Sbg.

29. August
Stift Stams, Tirol

Messen 2019

24. April
Gartentech, Wien

15.-16. Mai
Astrad, Wels

27.-28. Juni
Kommunalmesse, Graz

8.-10. Oktober
Austrofoma, Forchtenstein

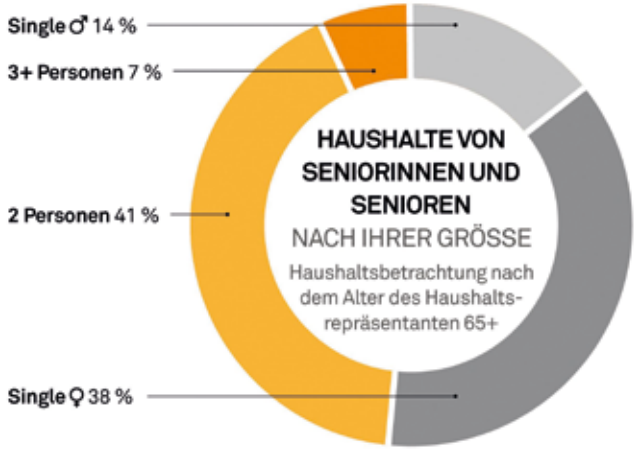
ANMELDUNGEN
unter:
www.husqvarnaprofi.at
oder per Mail an
profi@husqvarnagroup.com

Husqvarna
READY WHEN YOU ARE

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Österreich steuert auf eine „graue Wohnungsnot“ zu

Österreich steuert auf eine „graue Wohnungsnot“ zu, ist eine Schlüsselaussage des ersten Marktberichts von Silver Living, dem Branchenführer für freifinanziertes Betreutes Wohnen. Gemeint ist damit, dass sich Senior/innen ihre Wohnung nicht mehr leisten können. In der Altersgruppe 60plus leben rund 2,2 Millionen Menschen in Österreich. Bis 2029 werden es 530.000 mehr sein. Mehr als die Hälfte dieser Senioren lebt in Single-Haushalten, weitere über 40 Prozent leben in Partnerschaft, nur sehr wenige in größeren Familien.
„Der Verbleib in der erreichten Wohnform bis ins hohe Alter wird für künftige, vor allem weibliche Ruheständler nicht mehr haltbar sein“, prognostiziert Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Amann, Geschäftsführer vom Institut für Immobilien Bauen und Wohnen. „Sinkende Pensionen, steigende Mieten, teure Umbaukosten: Viele Seniorinnen und Senioren werden sich aus ökonomischen Gründen kaum noch ihre Wohnung leisten können.“ Eine regelrechte Umzugswelle bei älteren Menschen unter Ausnutzung des „Betreuten Wohnens“ ist vorprogrammiert. Österreich steht somit mit einem geschätzten Investitionsbedarf in altersgerechtes Wohnen von rund 14,5 Milliarden bis 2029 vor einer großen Herausforderung.



COPYRIGHT: © Silver Living

Mehr Infos unter:
www.silver-living.com

Der Fuso Canter steht Ihnen bei jedem Arbeitseinsatz zur Seite. Ganz egal ob als 4x2 oder 4x4. Durch die hohe Nutzlast und den aufbaufreundlichen Rahmen können wir eine außergewöhnliche Flexibilität für Ihre individuellen Anforderungen schaffen. Anspruchsvolle Fahrsituationen meistert der Canter spielend durch den geringen vorderen Überhang der Kabine. Beim 4x4 sorgen die hohe Bodenfreiheit und der Böschungswinkel für souveränes Manövrieren im Gelände. Egal welche Anforderungen Sie an den Canter stellen, er wird sie für Sie meistern. Erleben Sie jetzt den Canter bei einer Probefahrt.

* Preisvorteil gültig bis 31.12.2019. Allradbonus exkl. MwSt. wird vom empfohlenen Listenpreis abgezogen. Nur für Fahrzeuge mit ab Werk montiertem Aufbau. Der Listenpreis exkl. MwSt. für den Fuso Canter 6C18 4x4 ohne Aufbau beträgt € 54.060,–.
5 Jahre oder 200.000 km Garantie auf Baugruppen im Aktionszeitraum bis 31.12.2019. Gültig, wenn allfällige Reparaturen im Rahmen des Wertpaketes bei einem autorisierten österr. Fuso Canter Servicepartner durchgeführt werden und ab Inbetriebnahme, wenn die vom Hersteller vorgeschriebenen Wartungsarbeiten und Unfall- inkl. Karosserie-Instandsetzungen termingerecht nach Herstellervorschrift erledigt werden.

www.fuso-trucks.at

FUSO

MEHRGESCHOSSIGER WOHNBAU MIT HOLZ

INNOVATIV, ÖKOLOGISCH **UND GAR NICHT TEURER**

Der Bedarf an leistbarem Wohnraum steigt. Holz ist nicht nur beliebter Baustoff fürs Einfamilienhaus, sondern eignet sich auch hervorragend für den Einsatz bei Wohnbauten mit mehreren Stockwerken.

Technische Innovationen haben Holz zu einem Hightech-Werkstoff gemacht. Zu stabförmigen Bauelementen gesellen sich heute flächige dazu. Moderne Holzbausysteme, die die Vorteile verschiedener Bauweisen kombinieren, erlauben einfaches, modulares Bauen, das auch nach oben keine Grenze kennt. Die serielle Fertigung und der hohe Grad der Vorfertigung ermöglichen ein rasches und für Anwohner störungsarmes Bauen.

Erfahrungen aus bereits umgesetzten Holzwohnbauten mit 3 bis 6 Stockwerken zeigen, dass diese Gebäude nicht aufwändiger oder teurer sind als konventionelle, meist aus Ziegel oder Beton errichtete Wohnbauten. Im Gegenteil: Bauen mit Holz ist sicher, schnell und wirtschaftlich. Die ökologischen Vorteile gibt's als Draufgabe noch dazu: Wohnbauten aus Holz zu bauen hilft aktiv, die Treibhausgasemissionen des Bausektors zu reduzieren und damit das Klima zu schützen.

Nutzen und Mehrwert für die Gemeinde. Auch öffentliche Bauträger und Gemeinden haben die Vorteile des Baustoffes Holz erkannt. Holz ist in vielen Gemeinden die Basis für Wertschöpfung und Wohlstand. Wer sich für den Baustoff Holz entscheidet, handelt ökonomisch und ökologisch richtig. Er schafft und sichert umweltfreundliche Arbeitsplätze in einem waldreichen Land. Wer mit Holz baut, ist Vorbild für seine Nachbarn und auch für künftige Generationen und schafft für die Bewohner gesunde und behagliche Lebensräume.

„**Ausschlaggebend für uns waren** die rasche Bauzeit, die hohe Vorfertigung und die geringe Lärmentwicklung und Treibhausgasbelastung für die Umwelt."

Wolfram Sacherer, Vorstandsvorsitzender Wohnbaugruppe Ennstal

Für Bürgermeister, Bauentscheider und Planer, die sich für das Bauen mit Holz interessieren, bietet beispielsweise proHolz Steiermark einen besonderes Service an: die kostenlose Holzfachberatung.

- Unterstützung bei der Ideenfindung durch Exkursionen zu beispielgebenden Holzbau-Realisierungen
- Vernetzung mit holzerfahrenen Architekten, Planern und Handwerksbetrieben, aber auch Bauverantwortlichen und Nutzern
- Beratung hinsichtlich bautechnischer Eigenschaften, neuartiger Holzwerkstoffe und Bauweisen
- Öffentlichkeitsarbeit in Form von Kommunikationsberatung und -arbeit für umgesetzte Holzbauten

Beispiele für gelungenen Wohnbau mit Holz. Mittlerweile beweisen vier sechsgeschossige Wohnbauten der „Hummelkaserne" in Graz, dass man mit Holz ressourcenschonend und auch hoch bauen kann – so hoch wie noch nie zuvor im österreichischen Wohnbau. Darüber hinaus bietet das Material trotz kompakter und effizienter Bauweise hohe atmosphärische und wohnräumliche Qualität. So bilden etwa die Holzfassaden der Baukörper durch ihre unterschiedlich wirkende Färbung und Maserung einen starken Kontrast zur ansonsten von konstruktiven und brandschutztechnischen Parametern bestimmten Bauweise. Hier wird am Rande eines der europaweit größten Stadtentwicklungsgebiete – Reininghaus – das Holz

Die Wohnungen der „neuen" Hummelkaserne in Graz.

Bauherr: Wohnbaugruppe Ennstal, ENW – Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft, Graz
Planung: sps architekten
Ausführender Holzbaubetrieb: Kaufmann Bausysteme
Anzahl der Wohnungen: 92 (gefördert)
Nutzfläche: 6.600 m²
Bauweise: Holzmassivbau (Decken und Wände), Stahlbeton (Untergeschoss und Stiegenhäuser)
Bauzeit: 18 Monate
Fertigstellung: 2018
Ort: Graz

Maisonettewohnung in St. Radegund.

Bauherr: Die Frohnleitner, Gemeinnütziges Steirisches Wohnungsunternehmen
Planung: Hohensinn Architektur
Ausführender Holzbaubetrieb: Lieb Bau Weiz
Anzahl der Wohnungen: 14 (1. Bauabschnitt)
Fertigstellung: 2014
Ort: St. Radegund bei Graz

zum Blickfang und Spannungsgeber. Das Projekt wurde 2012 mit einem Architekturwettbewerb entschieden. Mit dem Bau dieser 92 geförderten Wohnungen leistete man Pionierarbeit für den mehrgeschossigen urbanen Holzbau. Zudem waren die Baukosten genauso hoch wie bei einer konventionellen Bauweise. Schon im Wettbewerb musste die Einhaltung des Kostenrahmens garantiert werden. Zur Wirtschaftlichkeit tragen nicht zuletzt die kurzen Bauzeiten im Holzbau bei. Hier wurde alle zwei Tage ein Geschoss errichtet.

Ein anderes Beispiel zeigen die 14 Maisonettewohnungen in Massivholzbauweise in St. Radegund bei Graz auf. Maisonettewohnungen sind eigentlich kleine Häuser, die geschickt die sanfte Hanglage ausnutzen und eines am anderen stehen. Unten ist Platz für zwei Autos, darüber sind ein in der Fassade liegender Balkon und der Zugang zum eigenen Garten, dann folgen Küche und Wohnraum und unterm Giebel die Schlafräume: Eine Aufteilung ebenso effizient wie praktisch, und doch wirken die vier Wohngebäude einladend und komfortabel. Eine attraktive Rolle spielt das silbrig verwitternde Holz der Fassaden, das in Kontrast zu den Holzoberflächen im Inneren und an den Balkonen steht.

KONTAKT
ZUR KOSTENLOSEN HOLZFACHBERATUNG:

proHolz Steiermark,
Reininghausstraße 13a, 8020 Graz
T +43 316/587850-0
Mail: **office@proholz-stmk.at**
Web: **www.proholz-stmk.at**

QUELLEN

1.) Zuschnitt, Zeitschrift über Holz als Werkstoff und Werke in Holz: Ausgabe 71: „Wohnbau mit System", September 2018

2.) Bauen für Menschen und Klima: Hrsg. proHolz Steiermark, Jänner 2019

3.) www.holzistgenial.at/blog/wohnbau-aus-holz-warum-nicht/

BUCH

„BAUEN FÜR MENSCHEN UND KLIMA"

Holz als Baumaterial hat in der Steiermark eine jahrhundertelange Tradition. Zugleich kam es in den letzten Jahren zu weitreichenden Innovationen wie z. B. die Entwicklung von Brettsperrholz.

Dieses hat unter anderem den architektonisch anspruchsvollen Geschosswohnungsbau in Holz im größeren Maßstab erst möglich gemacht.
Das Buch zeigt die Vielfalt des Baustoffs Holz, die heute in der Steiermark vorhanden ist.

„Bauen für Menschen und Klima"
Holzbau in der Steiermark;
Hrsg.: proHolz Steiermark, Verband der steirischen Holz- und Forstwirtschaft, Jänner 2019

142 Seiten mit 40 Projektbeispielen und detaillierten Abbildungen

ISBN 9 783200 061217
Preis: Euro 27,50 brutto exkl. Versandkosten

Erhältlich bei proHolz Steiermark

Smart Waste
Österr. Kommunalmesse
Messezentrum Graz
Stand H21-H22
27. – 28. Juni 2019

INTELLIGENTE MÜLLTONNE

SMARTE LÖSUNGEN FÜR MEHR BÜRGERSERVICE!

Saubermacher entwickelt mit Hilfe digitaler Technologien innovative (Entsorgungs-)Leistungen für Gemeinden. Die Einwohner und Betriebe profitieren von maßgeschneiderten Angeboten, höherer Transparenz und einer enkeltauglichen Umwelt.

Ralf Mittermayr, Sprecher des Vorstands bei Saubermacher, informiert über die aktuellen Entwicklungen.

Ralf Mittermayr ist Vorstandssprecher bei Saubermacher.

Die schlaue Mülltonne mit Hightech-Sensor mittig an der Deckelunterseite platziert (links), sowie der Wertstoffscanner (rechts).

Kommunal: Was verbirgt sich hinter dem Begriff Smart Services?
Ralf Mittermayr: Saubermacher entwickelt mit Hilfe digitaler Technologien neue Kundenservices. Daher „Smart Services". Seit einiger Zeit gibt es die Service-App Daheim und das Saubermacher-Gemeindeportal. Neu sind die schlauen Mülltonnen und der Wertstoffscanner. Seit einem halben Jahr läuft der Testbetrieb.

Kommunal: Intelligente Mülltonnen? Was ist das genau?
Mittermayr: Das sind Mülltonnen, die mit einem Hightech-Sensor ausgestattet sind. Der Sensor erkennt mittels komplexer Verfahren, wie voll der Behälter ist, und verfügt über eine Brandmeldefunktion. Das ist für Müllsammelstellen besonders interessant.

Kommunal: Was macht der Wertstoffscanner?
Mittermayr: Der Wertstoffscanner ist eine im Müllsammelfahrzeug verbaute Apparatur, die die qualitative Zusammensetzung des Abfalls erkennt. Jeder Haushalt erhält direktes Feedback über die eigene Trennqualität. Die Gemeinde bekommt einen Gesamtüberblick. Das Konzept ist weltweit einzigartig.

Kommunal: Was bringt das der Gemeinde?
Mittermayr: Die Gemeinde profitiert von effizienteren und flexibleren Services mit mehr Transparenz. Gleichzeitig kann sie den BürgerInnen und Betrieben bedarfsgerechte Entsorgungsleistungen anbieten. Das direkte Feedback und die Transparenz verbessern die Mülltrennmoral wesentlich.

Kommunal: Wo sind die Smart Services im Einsatz?
Mittermayr: 225 Gemeinden in Österreich und Slowenien setzten auf die Daheim-App. Seit dem letzten Jahr testen wir in den Gemeinden Feldkirchen b. Graz und Riegersburg sowie der Stadt Villach unsere intelligenten Mülltonnen und den Wertstoffscanner.

Kommunal: Wie geht's weiter?
Mittermayr: Der Testbetrieb läuft noch bis Juni. Wir stellen die Ergebnisse exklusiv bei der Österreichischen Kommunalmesse vor. Ich danke allen Partnergemeinden und TeilnehmerInnen herzlich, dass sie so großartig bei unserem Pilotprojekt mitwirken. Wir haben echte Pioniere mit an Bord!

KONTAKT

E-Mail:
marketing@saubermacher.at
www.saubermacher.at

40 JAHRE Saubermacher für eine lebenswerte Umwelt

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

FUHRPARKMANAGEMENT

RAIFFEISEN-LEASING SETZT AUF PUBLIC PRIVATE PARTNERSHIPS

Raiffeisen-Leasing Fuhrparkmanagement unterstützt seine Kunden bei der Erneuerung, Erhaltung und beim Management von Fuhrparks und ist verlässlicher Partner bei Zukunftsprojekten im Bereich Public Private Partnerships. Als Pionier im Bereich E-Mobilität und Ökoflottenmanagement setzt sie sich für die Förderung von Klimaschutz und Nachhaltigkeit ein.

Flexibilität & Sicherheit

Um beim Fuhrparkmanagement maximale Flexibilität zu ermöglichen, bietet Raiffeisen-Leasing verschiedene Module an, die miteinander kombiniert werden können. Kernleistung ist dabei das Operatingleasing. Bei diesem Abrechnungsmodell trägt Raiffeisen-Leasing Fuhrparkmanagement das Risiko des tatsächlichen Kostenverlaufs.

PPP – Nachhaltige Zukunftsprojekte

Als nachhaltige Zukunftsprojekte sieht Raiffeisen-Leasing Public Private Partnerships (PPP). Der Vorteil bei Großprojekten der öffentlichen Hand liegt hierbei in der vollen Kostentransparenz und professionellen Abwicklung.

PPP-Modelle geben allen beteiligten Partnern die Möglichkeit, ihre spezielle Expertise einzubringen – so geschehen beim Bildungscampus Nordbahnhof, zusammen mit Granit und Siemens, oder beim nö. Landeskindergarten „Mistelbach NORD“. Das Kindergartengebäude wurde in Zusammenarbeit der Stadtgemeinde Mistelbach, dem Land Niederösterreich, WRS Energie- und Baumanagement GmbH und Raiffeisen-Leasing errichtet. Raiffeisen-Leasing war Finanzierungspartner für das Projekt und hat der Stadtgemeinde Mistelbach Kosten- und Termingarantie geboten.

Der Bildungscampus Nordbahnhof ist ein PPP-Modell mit Beteiligung von Raiffeisen-Leasing.

CTX CONTAINEX

Raum zum Wohlfühlen!

Ihre Vorteile:

- Flexible Raumlösungen für Kindergärten / Schulen / Sportvereine / Jugendzentren
- Wärmedämmung mit modernsten Materialien
- Attraktives Preis-Leistungsverhältnis
- Beratung vor Ort

Anwendungsbeispiele:

- Gruppenräume
- Aufenthalts- und Sozialräume
- Umkleideräume und Garderoben

RAUM sofort CONTAINEX www.containex.com

Kontaktieren Sie uns

Telefon: +43 2236 601-0 • E-Mail: ctx@containex.com

www.containex.com

PARTNER DER BBG BUNDESBESCHAFFUNG

SANIERUNG & DENKMALSCHUTZ, TEIL 2

„DIALOG ZWISCHEN ALT UND NEU IST DAS ZIEL“

In KOMMUNAL 3/2019 war der allgemeine Zugang zu Sanierung unter Denkmalschutz Thema. Im Grunde kommt es darauf an, so früh wie möglich die historische Bedeutung des Objekts abzuklären – und dafür gibt es sogar eine Förderung.

TEXT // HANS BRAUN

Die Gebundenheit der Gemeinden an Normen ist einer der Punkte, an der sich die Nutzung eines denkmalgeschützten Gebäudes entscheidet. Derzeit findet hier aber eine interessante Entwicklung statt, wie Bernd Euler-Rolle im Interview erzählt. „In der Welt der Normen und auch der OIB-Richtlinien zieht mehr und mehr die Erkenntnis ein, dass es eine Art Ausgleich zwischen den Anforderungen und dem, was der Bestand ermöglicht, geben muss.“ So sind für die OIB-Richtlinien Entwicklungen im Gange, die von einer Neufassung mit besonderer Berücksichtigung der Bestandsbauten sprechen. Und auch bei Normen gibt es seit 2018 ein Agreement, wonach bei jenen Bauten, wo es voraussichtlich Berührungspunkte mit dem Denkmalschutz geben wird, jeweils Präambeln eingefügt werden, wonach das Normenziel auch auf andere Weise erreicht werden kann. „Hier kann es künftig auch andere Zugänge geben – wie beispielsweise die ‚Standards der Baudenkmalpflege‘ des Bundesdenkmalamts.“ Euler-Rolle betont zwar, dass die Normen dadurch nicht außer Kraft gesetzt werden, hofft aber auf eine leichtere Gesprächsbasis mit den Handlungsträgern. Beispielsweise hat das „Dialogforum Bau“ diese Entwicklung bereits aufgegriffen.

Immer wieder die Frage nach den Grenzen des Möglichen. Das Beispiel Hallstatt zeigt auf, dass Denkmalschutz für die Entwicklung einer Gemeinde auch als Hemmschuh gesehen wird. Auch wenn Hallstatt, wie Euler-Rolle präzisiert, nicht nur wegen des Status als Weltkulturerbe ein Problem hat, sondern auch aufgrund des Naturschutzes oder der Topografie, stellt sich die Sache dennoch anders dar. „Wir würden Ja sagen zu einer Weiterentwicklung eines historisch gewachsenen Objekts oder eines Ensembles, einem Weiterschreiben des Vermächtnisses. Nicht aber zu einem Zerstören und neu Aufbauen.“ Er vergleicht das Problem mit den Jahresringen eines Baums. Das Wesen ist, so Euler-Rolle, auf der Substanz aufzubauen ohne zu verlieren – ein Zugang, der auch in Hallstatt bei einzelnen Projekten geglückt ist.

„Unsere Budgetmittel sollen **in beträchtlichem Maß für Expertise sorgen.“**

Bernd Euler-Rolle, Fachdirektor und Leiter der Abteilung für Konservierung und Renovierung im Bundesdenkmalamt

Zu alternativen Lösungen für alte Gebäude kann man auch für Themen wie Brandschutz – generell das Erreichen eines modernen Sicherheitsniveaus – im Gebäude, des barrierefreien Zugangs zum Objekt oder der Nutzung einzelner Räume oder Wohnungen innerhalb des Gebäudes gelangen.

Von Fall zu Fall entscheiden und: Vergleiche sind nicht zulässig. Angesprochen auf Fälle, wo schmale mittelalterliche Straßen zu eng für Gehsteige sind (auch dafür gäbe es eine Norm), kommt Euler-Rolle wieder darauf zu sprechen, dass Denkmalschutz eben eine Materie ist, die stark auf Einzelfallentscheidungen basiert. Wenn die Straße zu eng ist, könnte man eine Begegnungszone andenken. „Aber man muss immer bedenken, dass eine Lösung nur bedingt auf andere Gegebenheiten anwendbar ist.“ Was an einem Ort geht, muss nicht woanders funktionieren, weil es wie bei den Juristen Einzelfallentscheidungen sind.

Gerade das macht aber eine gelebte Errungenschaft fraglich: Gerade die Gemeinden lernen viel voneinander. Das Schlagwort vom Rad, das nicht jeder neu erfinden muss, gilt bei der Sanierung oder Renovierung unter Denkmalschutzvorgaben offenbar nicht. Wie ist es aber mit Objekten, die im Grunde Ruinen sind? Wieso kann man nicht wie in Wien am Stephansplatz auch in

FOTOS // © Lore Nitsche // shutterstock/Erich Fend

Moderne Normen und die Gegebenheiten in vielen Altstädten passen oft nur schwer zueinander – Renovierungen oder Sanierungen sind hier praktisch immer Einzelfallentscheidungen.

anderen Gemeinden mitten im alten Ensemble ein „Haas-Haus“ hinstellen? Euler-Rolle: „Zwei Antworten: Wenn ein Objekt der Vergangenheit einmal seine Bedeutung hat, es für etwas steht – aus unterschiedlichsten Gründen (Kriterien dazu auf der Website bda.gv.at) –, dann steht das im Vordergrund und nicht der Vergleich mit etwas vermeintlich besseren wie beispielsweise einem architektonischen Entwurf. Und als ‚das alte‘ Haas-Haus in den 50er-Jahren abgebrochen wurde, war die Architektur der Nachkriegsmoderne noch nicht im Fokus des Denkmalschutzes – heute wäre das möglichweise anders.“

Was soll jetzt eine Gemeinde machen, wenn sie ein altes Gebäude im Ortszentrum kaufen will, weil sie damit einen Beitrag zur Ortsbildgestaltung oder Ortskernbelebung leisten will? Wäre so ein Projekt, das von der Finanzierung und Umsetzung her eher kurzfristig über die Bühne gehen müsste, zu beschleunigen?

„Eine Beschleunigung wäre möglich. Jedenfalls liegen die Fälle, wo das schwer ist, im einstelligen Prozentbereich. Aber es liegt in der Natur der Sache, dass dort dann die Aufmerksamkeit hinfällt. Aber wenn der Dialog offen ist und auch alternative Lösungen nicht von vornherein abgelehnt werden, lassen sich fast überall Lösungen finden.“

Wirklich schwierig ist es aber beispielsweise auf der Ebene der Pfarren, die ja auch als Gremien handeln, ähnlich wie ein Gemeinderat.

DENKMALSCHUTZ

1,37%

Das Thema Denkmalschutz betrifft „nur“ 1,37 Prozent des Baubestands in Österreich. In absoluten Zahlen klingt das anders, nach den Zahlen der Statistik Austria gab es 2011 rund 2,2 Millionen Gebäude – 1,37 Prozent wären dann rund 30.000 Gebäude.

Diskussionen über Ausnahmeregelungen für Denkmale in Baunormen und die Standards der Baudenkmalpflege sind hier **goo.gl/iAxy2j** und hier **goo.gl/pFmQ7g** nachzulesen.

Mehr Infos und Broschüren auf **bda.gv.at**

Wenn sich so ein Gremium schon untereinander – oft schwer genug – auf einen Weg für ein Projekt eingeschworen hat und dann kommt der Denkmalschutz und muss bremsen, steht oft das Projekt an der Kippe. „Auch deswegen“, so Euler-Rolle, „ist der frühe Kontakt oder besser der frühe Austausch so wichtig.“

Das bedeutet aber nicht, dass jede Gemeinde für jedes Objekt eine bauhistorische Untersuchung (auch dafür gibt es auf bda.gv.at eine Broschüre zum Nachlesen, wobei man hier aber, so Euler-Rolle, definitiv im „High-End-Bereich“ ist) durchführen oder in Auftrag geben muss. Sinnvoll ist aber der Kontakt zu einer Landesstelle für eine gemeinsame Begutachtung als ein erster Schritt, um Möglichkeiten auszuloten.

Planungskosten sparen Baukosten – und es wird auch gefördert. Erstbesprechungen unter Beteiligung des Denkmalamtes sind übrigens kostenlos. Ein Bürgermeister beispielsweise kann sich an die jeweils zuständige Landesabteilung (Links auf bda.gv.at) wenden und einen Termin vereinbaren. Üblicherweise werden dabei aber auch Planer und Architekten dabei sein, womit sich die Kosten- und Zeitspirale zu drehen beginnt, so unser Einwand. Euler-Rolle: „Da reden wir von Prozessen, die sich immer weiter verdichten. Nach dem ersten Termin wird sich dann im zweiten oder dritten Schritt möglicherweise die Notwendigkeit einer Analyse ergeben. Im Übrigen gilt ja, je besser ich ein Objekt kenne, die statischen Eigenschaften und so weiter, desto weniger Überraschungen warten.“

Das Bundesdenkmalamt fördert speziell diese bauhistorischen Untersuchungen aus eigenen Mitteln. „Unsere Budgetmittel sollen schließlich in beträchtlichem Maß auch für Expertise sorgen“, so Euler-Rolle, „was besonders für bauhistorische Untersuchungen, manchmal aber auch für restoratorische Voruntersuchungen gilt. Wer weiß schon, ob unter der ‚17. Schicht‘ Tünche an der Wand sich eine gotische Wandmalerei befindet.“

Im Grunde bleibt für Gemeinden beim Sanieren und Renovieren von Baubestand in (historischen) Ortszentren eines wichtig: Den Denkmalschutz so früh wie möglich an Bord holen. Diese Vorgangsweise kann viel Geld sparen. Und dazu lohnt sich ein Besuch auf der neuen Website des Bundesdenkmalamtes.

SCHATTENSEITEN DER DIGITALISIERUNG

DISHARMONIEN IM MUSIKBUSINESS

MusikerInnen können mit ihren Songs kaum noch Geld verdienen. Denn die meisten Verkäufe sind Downloads und die bündeln sich bei Streamingdiensten, wie etwa Spotify, Apple oder Amazon, die ihren Interpreten aber kaum etwas dafür bezahlen.

Sascha Weisz, aka Megablast, ist internationaler DJ und hat sich als zweites Standbein in Ibiza ein Studio eingerichtet, wo er hochwertige Musik produziert und abmischt.

Während die Abgeltung bei Rundfunksendungen schon seit 50 Jahren gesetzlich geregelt ist, wird eine analoge Beteiligung an digitalen Übertragungen auf die lange Bank geschoben. Die Initiative der österreichischen Ratspräsidentschaft, ein EU-weites Recht auf Leistungsschutz zu etablieren, ist vorerst gescheitert – nicht zuletzt am Widerstand der Onlinegiganten. Dennoch wird weitergekämpft. „Wir verlangen eine halbe-halbe-Teilung der Einnahmen aus allen Online-Verwertungen“, sagt Peter Paul Skrepek, Musiker und Interessenvertreter.

Anfang der 2000er-Jahre setzten Filesharing-Companies wie Napster, Kazaa & Co. den ersten schmerzhaften Stich in den „Corpus Musicus“. Sie mussten zwar ihr Geschäft bald wieder bleiben lassen, doch dann lief vieles über Youtube, und heute werden die meisten Songs über sogenannte Streamingdienste downgeloadet und gehört. Und diese Dienste sind der zweite Stich: denn sie zahlen so gut wie gar nichts.

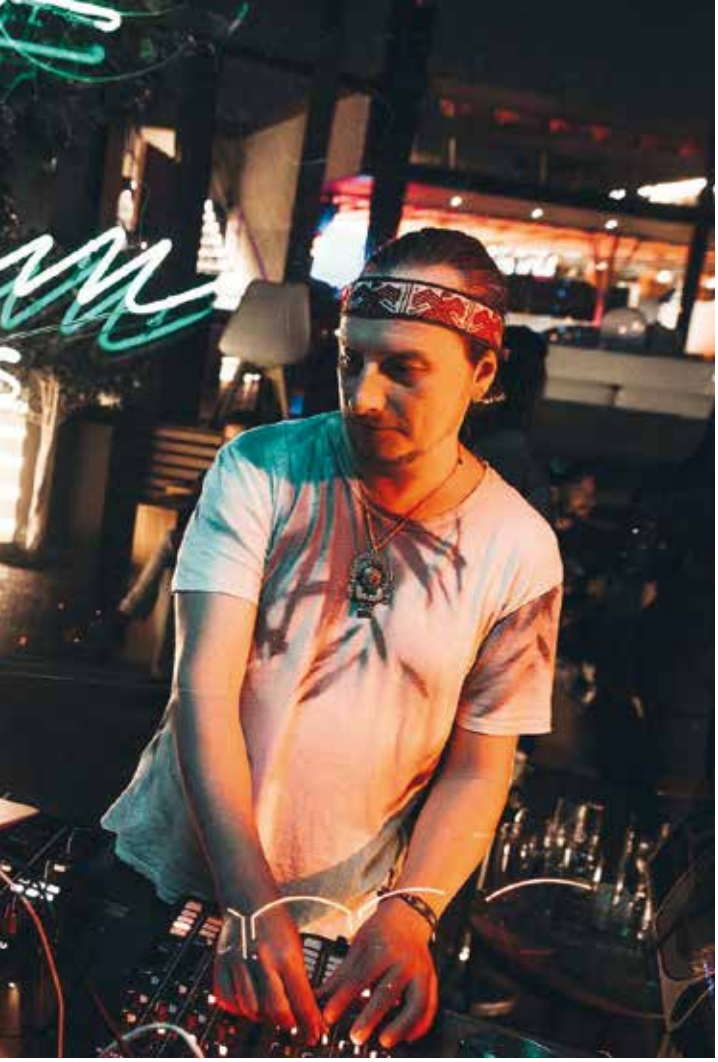
Musiker sind im gemeinsamen Netzwerk stärker als allein. Phill Kullnig hat sich beispielsweise ein Studio in Wien eingerichtet, das sich Musical Collective (musical-collective.com) nennt; es ist kein übertrieben teures, aber ein sehr gutes Studio. Und das betreibt er gemeinsam mit seinem Partner Jens Timber. Sein Ziel ist es, ein Netzwerk aufzubauen, in dem alle, die Musik machen wollen, mit vereinten Kräften auftreten. Denn draußen auf dem Platz des Wettbewerbs stürmen sowieso alle nur für sich.

Dazu fördert Musical Collective auch junge Musiker. Verlangt wird vom musikalischen Kollektiv lediglich, dass die Bands eine gewisse Qualität mitbringen. Phill Kullnig ist übrigens Vokalist und im Elektro-Pop-Genre unterwegs. Neben der Studioarbeit hat er noch etwas aufgebaut: Er tüftelt für Firmen auch an Jingles (kurze, einprägsame Melodien) oder Werbungen und macht Radioansagen. Das ist naturgemäß ein Spagat. Denn eigentlich sollte er sich auf seine Musik konzentrieren. Doch das geht sich finanziell nicht aus. „Ich muss mich um das Marketing und um eventuelle Förderungen für Alben oder Videos kümmern. Und um alles andere eben auch“, sagt Phill Kullnig.

Musik ist nicht nur ein Mittel zum Zweck. Neben den schlechten Konditionen im Download- und Verkaufsgeschäft überschwemmen auch Billigproduktionen den Musikmarkt. Es sei zwar nicht nötig, dass zigtausend Euros in ein Studio investiert werden. „Aber wenn es ums

AUS ERSTER HAND

Boris Bukowski ist ein Urgestein des österreichischen Austro-Pops. Der Steirer und promovierte Jurist hat Hits wie „Trag meine Liebe wie einen Mantel“ oder „Kokain“ geschrieben und ist seit knapp 50 Jahren im Musik-Business tätig – als Sänger und Produzent. Man könnte meinen, dass so eine Größe adäquat bezahlt wird für seine Werke. Doch weit gefehlt. Boris Bukowski: „Ich habe eine Abrechnung für das Lied Kokain bekommen, das ist 30.000-Mal gestreamt worden. Und dafür habe ich 6,40 Euro erhalten.“



Mischen der Tracks geht, dann wird der Unterschied deutlich. Man kann zu Hause produzieren. Aber in den großen Clubs, da hört man die Qualität. Und Mixing und Mastering muss man lernen, das kann der Computer nicht", sagt Sascha Weisz, den man in der DJ-Szene als Megablast kennt und der im Vorjahr seine Plattenteller in Marokko, Peru, Dubai und Ibiza drehte.

Mit 16 Jahren hörte Sascha Weisz zum ersten Mal Hip-Hop. Und der hat ihn seither nicht mehr losgelassen. Er machte Ferienjobs, um sich das Musik-Hobby zu finanzieren. Und kurze Zeit später gewann er einen Wettbewerb bei FM4, als Home-Producer, wofür er seinen ersten Plattenspieler erhielt. Schönheitsfehler hieß seine erste Band, doch er ist immer mehr in Richtung Elektronik gekommen. „Qualität ist mir wirklich wichtig. Ich will keine Low-Budget-Produktion machen. Es wäre leichter, aber ich kann das nicht. Schön wäre es, wenn es weniger um Ego und Business ginge, sondern um Leidenschaft, damit das Endergebnis gut wird", sagt Sascha Weisz.

Redaktionell gekürzt. Dieser Beitrag ist im younion-Mitgliedermagazin „younited", Ausgabe Frühling 2019, erschienen. Als PDF ist er auf. younion.at/cms/C01/C01_4.6/service-fuer-dich/mitgliedermagazin?d=Touch erhältlich.

FUHRPARK

MOBIL MIT DER BBG

Die österreichischen Gemeinden haben einen starken Partner auf Ihrer Seite, gerade wenn es um Einkauf geht.

Das fängt bei Beschaffungen für die Gemeindeverwaltung an, geht über den Einkauf für freiwillige Feuerwehren und hat Potenzial für Schulen und Kindergärten, bis hin zur Erhaltung der Infrastruktur.

Wussten Sie, dass durch die Beschaffung aus BBG-Rahmenverträgen beispielsweise beim Kauf eines Kommunaltraktors je nach Ausstattung bis zu 9500 Euro pro Stück gespart werden können? Würden alle Kommunen das Angebot nutzen, wären dies bis zu 20 Millionen Euro! Einen weiteren Vorteil beim Abruf über die BBG bietet die Vergaberechtssicherheit. So entschied man sich im Tiroler Achenkirch vor eineinhalb Jahren, den für den Bauhof benötigen Traktor über die BBG zu beschaffen.

Durch den regen Austausch mit Kommunen wissen die Einkaufs- und Vergaberechtsexperten der BBG, auf welche Bedürfnisse sie achten müssen. So gelingt es als Lösungspartner, ein bedarfsgenaues Paket zu schnüren. Neben den passenden Produkten werden auch die nötigen Dienstleistungen, wie beispielsweise die Wartung, die Versorgung mit Ersatzteilungen sowie Schulungen, angeboten.

Im Fuhrpark der BBG finden österreichische Kommunen folgende Lösungen:

- Traktoren inkl. Anbaugeräte (GZ 2801.02906)
- Baggermaschinen (GZ 2801.02950)
- Geräteträger (GZ 2801.02997)
- Lkw, Anbaugeräte und Aufbauten (GZ 2801.02733)
- Mannschaftstransportfahrzeuge für Feuerwehren (GZ 2801.02949)
- Hilfslöschfahrzeuge (2801.02211) und weitere Feuerwehrfahrzeuge
- alternativbetriebene Kraftfahrzeuge (GZ 2801.02734)
- Reifenmanagement (GZ 2801.02485)
- Tankkartensysteme (GZ 3099.01658)
- Parkraumüberwachung (GZ 2501.03002)

„Das Preis-Leistungs-Verhältnis und die Abwicklung durch die BBG waren für Achenkirch von Vorteil, **insbesondere da keine eigene Ausschreibung erforderlich war.**"

Hubert Rainer,
Bauhofleiter

BBG
BUNDESBESCHAFFUNG

TIPP
Nützen Sie unseren e-Shop und besuchen Sie unsere „virtuelle Garage". Entdecken Sie unser kommunalspezifisches Produktportfolio in den Themenwelten „Kommunal". Mehr Informationen unter **www.bbg.gv.at.**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

PROFESSIONELLES BEWERBERMANAGEMENT

TIROLER STÄDTE UND GEMEINDEN SETZEN AUF KOMMUNOS

Die GemNova, und mit ihr die Städte und Gemeinden Tirols, setzen ab sofort bei der Personalsuche auf die österreichische Bewerbermanagement-Software kommunos.

Die GemNova ist eine 100-Prozent-Tochter des Tiroler Gemeindeverbandes, die Dienstleistungen für Gemeinden erbringt, um sie in ihrer täglichen Arbeit finanziell zu entlasten, und um ihnen Rechtssicherheit zu bieten.

Seit Mitte März verlassen sich die Tiroler Kommunen auf die kommunos-Software, die den gesamten Personalsuch- und -auswahlprozess im kommunalen Umfeld abbildet – mit allen spezifischen Anforderungen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Mit der webbasierten Software, die man nicht installieren muss, werden

- Stellenanzeigen erstellt,
- auf den eigenen (in die Webseiten integrierten) Stellenportalen veröffentlicht,
- Kandidaten verwaltet,
- Entscheidungsträger (Bürgermeister, (Stadt-)Amtsleiter, Personalbeirat …) in den Recruiting-Prozess eingebunden und
- gemeinsam transparente und objektive Entscheidungen getroffen.

Der Geschäftsführer der GemNova, Alois Rathgeb erklärt die Gründe dafür: „Gemeinden und Städte sind mit Personalentscheidungen und dem Recruiting sehr oft überlastet. Wir wollen Tiroler Gemeinden und Städten daher ein qualitativ hochwertiges Service beim Personalmanagement bieten. Deshalb sind wir eine Zusammenarbeit mit kommunos eingegangen. Wir können jetzt den gesamten Recruting-Prozess übernehmen und damit Gemeinden und Städte erheblich entlasten."

Warum die Entscheidung auf kommunos fiel? „Es war uns sehr wichtig, dass wir eine österreichische Lösung verwenden, und der regionalen Wertschöpfung Rechnung getragen wird. Außerdem bietet kommunos das umfassendste Angebot, das wir den Städten und Gemeinden bieten können. Damit können die Kommunen den gesamten Recrutingprozess an die GemNova outsourcen und somit effizienter arbeiten. Da kommunos absolute Rechtsicherheit gewährleistet, kommt es so zu einem hochwertigen Ergebnis."

Alois Rathgeb, Geschäftsführer der GemNova, ist von kommunos begeistert: „Die Software schafft eine win-win-win Situation für die Gemeinde, den Bewerber und die GemNova selbst!"

Die Gemeinden haben zu jeder Zeit Einsicht in den Ausschreibungsprozess und können diesen auch mitgestalten. Einschränkungen oder weniger Kontrolle im Vergleich zu früher besteht für die Gemeinden nicht, im Gegenteil. Auch für die Bewerber bedeutet kommunos einen Fortschritt, weshalb Rathgeb von einer Win-win-win-Situation spricht: „Einerseits für die GemNova selbst, da wir durch die Zusammenarbeit mit kommunos effizienter arbeiten können, für die Gemeinden, da diese entlastet werden, und auch für den Bewerber, da wir jetzt erstmals die Möglichkeit zur Onlinebewerbung bieten."

Die rasante Verbreitung der Software ist keineswegs auf Tirol beschränkt. Seit dem Start von kommunos im September 2018 vertrauen bereits zahlreiche Kommunen österreichweit auf das professionelle Bewerbermanagement-Tool, das speziell für Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände entwickelt wurde.

WERDEN SIE AKTIV!

Wollen auch Sie die Vorteile von kommunos nutzen? Melden Sie sich unter **office@kommunos.at** oder telefonisch unter **0732-738341** – gerne beraten wir Sie zu Ihrem passenden kommunos-Abo! Weitere Informationen zu kommunos finden Sie unter **www.kommunos.at**

KOMMUNOS

ZEITERFASSUNG

MOBILE ZEITERFASSUNG: SICHERHEIT GEHT VOR

Mobile Anwendungen bringen im Arbeitsleben mehr Flexibilität. Wie Unternehmen diese sicher mit dem Firmennetzwerk verbinden, erklärt Dr. A. Bloom, Leiter Produktmanagement bei Interflex Datensysteme.

Das Smartphone ist in den letzten Jahren zu einem festen Bestandteil unseres Lebens geworden. Dies gilt auch für die Zutrittskontrolle und die Zeiterfassung. Interflex bietet mit dem System IF-6040 Zeit eine Lösung, die weit über die reinen Zeitbuchungen von „Kommen“ und „Gehen“ hinausgeht. So können Mitarbeiter etwa von unterwegs Zeitkonten abfragen, Fehlzeiten nachtragen oder Urlaubsanträge stellen, die Vorgesetzte auf dem selben Weg genehmigen.

Prinzipiell gibt es drei Möglichkeiten, diese Kommunikation sicher zu gestalten. Man unterscheidet zwischen einem Virtual Private Network (VPN), der serverzertifikatsbasierten Kommunikation und der clientzertifikatsbasierten Kommunikation. Letztere kommt aus Kostengründen selten in Frage. Ein Virtual Private Network verbindet das Mobiltelefon und das Unternehmensnetzwerk. Dabei überträgt ein VPN-Tunnel den Datenverkehr vom Mobilgerät verschlüsselt ins Firmennetz. Der Benutzer loggt sich einmal auf dem Laptop oder Smartphone ein und startet dann den VPN Client durch Eingabe von Benutzername und Passwort. So ist eine sichere Kommunikation für alle Applikationen auf dem Mobilgerät möglich.

Die serverzertifikatsbasierte Kommunikation ist neben VPN die weiter verbreitete Methode, um sicher über ein unsicheres Medium wie das Internet zu kommunizieren. Das Geheimnis dabei lautet: Zertifikatsbasierte Kommunikation. Dreh- und Angelpunkt der Kommunikation sind „Signierte Zertifikate“ oder „Öffentliche Zertifikate“. Diese werden von einer „Root CA“ gegen eine Gebühr ausgestellt. Diese Signatur bestätigt, dass man mit dem Adressaten spricht, mit dem man auch wirklich sprechen will. Die Authentifizierung und Verschlüsselung übernimmt das System im Hintergrund, sodass für den Nutzer kein zusätzlicher Aufwand entsteht.

MEHR INFORMATIONEN

Interflex Datensysteme GmbH / Allegion
Frau Wencke Sarrach, Marketingleitung
Zettachring 16, 70567 Stuttgart

+49 (0) 711 1322-144
+49 (0) 711 1322-188
Wencke.Sarrach@allegion.com
www.interflex.de

Gratis-Kindergartenmarterialien: „Kennst du die zehn Gartenfreunde?“

Mit dem Materialien-Set aus der Serie „Kleine Hände für den Tierschutz“ – speziell für den Kindergarten – können Kinder zwischen vier und sechs Jahren den behutsamen und verantwortungsvollen Umgang mit kleinen Lebewesen üben. Unter dem Titel „Kennst du die zehn Gartenfreunde?“ erwerben die Kinder Grundkenntnisse über die Insektenvielfalt im naturnahen Garten. Ganz nach dem Motto „Tiere sind kein Spielzeug“ wird zudem erstes Tierschutzwissen vermittelt.
Mit einer einleitenden Geschichte, erzählt vom Fantasiewesen WELL-KA-HU-KA-MEER-PLOPP, beginnt die spannende Entdeckungsreise in die Welt der Krabbeltiere. Insgesamt werden im Materialien-Set zehn Tiere vorgestellt: Schnecke, Hummel, Marienkäfer, Biene, Regenwurm, Raupe, Spinne, Feuerwanze, Ohrwurm und Ameise. Mittels Bildkarten und Steckbriefen lernen die Kinder Wissenswertes zu diesen Nützlingen.
Darüber hinaus können sie anhand von Spielen und speziell angeleiteten Fragen bzw. Bastelanleitungen mit allen Sinnen in die Welt dieser kleinen Bewohner eintauchen. Ergänzt wird die multisensorische Erfahrung mit einem Aktionsauftrag an die Kinder. Mit dem Tier-Zwei- und zwei-Spiel-Paare und dem Poster-Puzzle können die Kinder das Erfahrene spielerisch festigen und nochmals die Tiere anschauen und benennen. Tierschablonen runden das Kindergarten-Set ab.
Das Material kann ohne Vorkenntnisse eingesetzt werden. Alle genannten Krabbeltiere kommen im naturnahen Garten, in der Wiese oder am Waldrand vor und sind leicht zu erkennen.

MULCH2MASTER
PATENTIERTES MÄHSYSTEM
- DAS ORIGINAL -

MADE IN GERMANY

Mulchmaster Profimäher

- verschiedene Modelle mit 46 cm oder 53 cm Schnittbreite
- Markenmotoren von Briggs&Stratton Serie 850 190 ccm/3,3 kW oder Yamaha mit 3,5 kW@2800 U/min
- auch mit Akku-Antrieb: 82 V/5 Ah leicht, leise und abgasfrei

MWS Schneidwerkzeuge GmbH & Co. KG · An der Asbacher Str. 5 · D-98574 Schmalkalden · Tel.: +49 (0) 3683 642 290

Das Set beinhaltet eine Mappe im Format A4 mit Begleitheft (20 Seiten), Bildkarten, Schablonen, Zwei-und zwei-Spiel-Paaren (Memory) und Poster-Puzzle.
Zielgruppe: Kinder von 4 bis 6 Jahren (flexibel und ohne Vorkenntnisse einsetzbar).
Zu beachten ist, dass innerhalb Österreichs **maximal fünf Materialien-Sets** pro Adresse **kostenlos** (exklusive Porto) **bestellt werden können**! Prinzipiell sollte ein Kindergarten-Set für eine Gruppe/Klasse ausreichend sein.

www.tierschutzmachtschule.at/kleine-haende-fuer-den-tierschutz

40.000

Insektenarten (von insgesamt 46.000 Tierarten) sind in Österreich beheimatet

60%

dieser (wirbellosen) Tiere sind nachtaktiv und vor allem durch die zunehmende Lichtverschmutzung bedroht

40%

aller Insektenarten sind innerhalb der kommenden Dekaden vom Aussterben bedroht

Dr. Christian Koch, Abteilungsleiter öffentliche Finanzierungen

BESTE FINANZIELLE LÖSUNGEN FÜR IHRE GEMEINDE:
ICH BIN FÜR SIE DA.

HYPO NOE
Mit Sicherheit unsere Bank.

Diese Marketingmitteilung wurde von der HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG, Hypogasse 1, 3100 St. Pölten, erstellt und dient ausschließlich der unverbindlichen Information. Die Produktbeschreibung erfolgt stichwortartig. Irrtum und Druckfehler vorbehalten. Stand 1/2019. **Werbung** Eine Information der HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG.

KOMMUNALMESSE UND GEMEINDETAG 2019

ÖKONOMISCH HANDELN IST GEBOT FÜR GEMEINDEN

„Nachhaltigkeit“ setzt sich aus mehreren Faktoren zusammen. Wichtig ist das Zusammenwirken wirtschaftlicher, politischer, sozialer und kultureller Faktoren. Also ökonomische, ökologische und soziale Gegebenheiten. Darunter fällt beispielsweise auch die Berücksichtigung der unterschiedlichen Gebräuche einer Region. Aber was bedeutet das in Bezug auf Österreichs Gemeinden?

Eine erste systematische ökonomische Theorie stammt von Aristoteles, für den zielgerichtetes Handeln in der Ökonomie (griechisch oikos für „Haus, Besitz“ und griechisch nomos, deutsch „Gesetz“; „nach Gesetzen wirtschaften“) legitim ist. Aristoteles unterschied zwischen der Verwendung der materiellen Mittel für das gute Leben und dem (naturgemäßen oder naturwidrigen) Erwerb dieser Mittel. Auch das Mittelalter kannte bereits einige ökonomische Darstellungen. Thomas von Aquin behandelte in seinem zwischen 1265 und 1273 entstandenen Hauptwerk Summa theologica auch ökonomische Fragestellungen. Er stufte Landwirtschaft und Handwerk höher ein als den Handel, Gewinnstreben darf nicht den Schwächeren oder die Allgemeinheit schädigen. Kernstück bildete seine Lehre vom gerechten Preis.

Als Geburtsstunde der Wirtschaftswissenschaft in der heute verstandenen Form als Forschungsdisziplin mit eigenständigen Theoriegebilden wird häufig das Jahr 1758 genannt, in welchem der französische Arzt François Quesnay sein Hauptwerk „Tableau économique“ veröffentlichte. Der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung 64-jährige Gelehrte verstand die Abhängigkeiten von Geld- und Güterströmen als Kreislauf. Auch der Schotte Adam Smith wird als Begründer der modernen Wirtschaftswissenschaft angesehen. Er veröffentlichte 1776 sein Buch „Der Wohlstand der Nationen“ und kritisierte dort den bis dahin zumeist vorherrschenden Merkantilismus. Sein weitverbreitetes Werk fand in Großbritannien und den USA große Anerkennung und vermittelte erstmals die Idee einer neuen Wissenschaftsrichtung zur Untersuchung des wirtschaftlichen Handelns.

Unter dem Eindruck der Industrialisierung im 19. Jahrhundert entwickelten Karl Marx und Friedrich Engels die marxistische Wirtschaftstheorie. Die Klassische Nationalökonomie wurde,

FOTO // Superikonoskop //

KOMMUNALMESSE 2019
www.diekommunalmesse.at

beginnend gegen Ende des 19. Jahrhunderts, abgelöst durch die Neoklassische Theorie, die die moderne Volkswirtschaftslehre bis heute prägt. Über mehrere Jahrzehnte – bis in die 1960er- und 1970er- Jahre – dominierten allerdings die Veröffentlichungen von John Maynard Keynes die Diskussion. Und seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gewinnen zunehmend die Ideen des wirtschaftlichen Liberalismus Verbreitung. Als einer der bedeutendsten Ökonomen dieser Richtung gilt Milton Friedman.

Wie das die Gemeinden betrifft und was das mit der Kommunalmesse zu tun hat? Die Antwort auf die erste Frage liegt auf der Hand. Die Gemeinden sind diejenigen, die Veränderungen gerade bei Wirtschaftssystem zuallererst spüren. Karl-Heinz Land, Visionär und Insider der digitalen Transformation, hat im Interview mit KOMMUNAL (Ausgabe 12/2018, zu finden auf **kommunal.at/artikel/digitalisierung-als-chance-fuer-den-planeten-erde**) gemeint, dass wir die „Ökonomie neu denken müssen". Das »

Das Programm des 66. Österreichischen Gemeindetages

Der 66. Österreichische Gemeindetag findet am 27. und 28. Juni 2019 in der Messe Graz statt.

MITTWOCH, 26. JUNI 2019

14:00 – 17:00 Uhr
Pre-Check-in zum 66. Österreichischen Gemeindetag (am Donnerstag und Freitag jeweils ab 08.00 Uhr Check-in Möglichkeit).

ab 18:00 Uhr
Der IMPULS Award wird in feierlichem Rahmen am Vorabend der Kommunalmesse 2019 in Graz verliehen. Ort und Zeit werden noch bekanntgegeben.

DONNERSTAG, 27. JUNI 2019

9:00 – 17:00 Uhr
KOMMUNALMESSE

10:00 Uhr
Offizielle Eröffnung des 66. Österreichischen Gemeindetages und der Kommunalmesse und Fachtagung des Gemeindetages

14:00 Uhr
Fachtagung des Fachverbands leitender Gemeindebediensteter

19:30 Uhr
Galaabend des 66. Österreichischen Gemeindetages

FREITAG, 28. JUNI 2019

9:00 – 13:00 Uhr
KOMMUNALMESSE

9:30 Uhr
Haupttagung 66. Österreichischer Gemeindetag

12:30 Uhr
Messerundgang & kulinarischer Ausklang

STAND Februar.2019. Änderungen vorbehalten. Termine können sich noch verchieben.

ECKDATEN DER KOMMUNALMESSE

15.000
Quadratmeter Ausstellungsfläche in der Halle A der Messe Graz sowie dem Freigelände.

200+
Aussteller aus allen gemeinderelevanten Bereichen werden ihre Innovationen ausstellen.

6000
Besucher werden an beiden Messetagen erwartet

LINKS ZUM THEMA

diekommunalmesse.at

gemeindetag.at

FOTO // ©MCG, Krug

Am 66. Österreichischen Gemeindetag (Stadthalle Graz) und der Kommunalmesse 2019 (Halle A und Freigelände) erwartet die Besucher neben dem traditionsreichen Programm viele Fachtagungen und Expertenvorträge sowie mehr als 200 Aussteller auf mehr als 15.000 m² Ausstellungsfläche und Freigelände.

Experiment „soziale Marktwirtschaft“ ist seiner Meinung nach gescheitert. Jetzt müssten wir über die nächste Stufe, die ökosoziale Marktwirtschaft nachdenken. „Ökologie und Ökonomie müssen im Einklang mit den Menschen und den Bedürfnissen des Menschen stehen.“ Dass so ein Umbruch auch mit Unsicherheit und Angst einhergeht, liegt auf der Hand. „Die klare Forderung oder Reaktion darauf muss sein, dass die Politik den Menschen Sicherheit geben muss. Zum Beispiel durch ein bedingungsloses Grundeinkommen.“

Damit kommen wir zur Frage, was das mit der Kommualmesse zu tun hat. Was bedeutet Ökonomie, Soziales und Ökologie in Bezug auf Österreichs Gemeinden in der Umsetzung von nachhaltigen kommunalen Vorhaben und der täglichen Arbeit in diesen drei Bereichen? Und wie kann die österreichische Wirtschaft die Realisierung von nachhaltigen Projekten oder Produkten unterstützen und vorantreiben? Antworten darauf bekommen die Besucher der Kommunalmesse von den mehr als 200 Ausstellern der Messe, die mit ihren Produkten die Welt ein Stück nachhaltiger gestalten. Antworten geben auch die Vertreter von Firmen, die auf den bekannten Open-Space-Vorträgen im Rahmen der Messe ihre Innovationen vorstellen, mit denen Gemeinden für ihre Bevölkerung das Leben lebenswerter machen können.

Und die Gemeindemandatare und Kommunalpolitiker beiderlei Geschlechts, die im Rahmen von Fachtagungen und in persönlichen Gesprächen mit den Ausstellern diskutieren, können die Richtungen aufzeigen, in die weitere Entwicklungen gehen könnten.

Wir kommen wieder. Dass diese Art der Vernetzung funktioniert, zeigen die Reaktionen aus dem vergangenen Jahr. „Als Experten im Bildungsbereich war die Kommunalmesse für uns eine gute Möglichkeit, uns mit Persönlichkeiten aus unterschiedlichen Gemeinden in ganz Österreich zu vernetzen. Die Gemeinden als Schulerhalter spielen in der Anschaffung und Ausstattung der Schulen eine wichtige Rolle, in der wir sie laufend begleiten möchten, um digitale Bildung voranzutreiben. Dafür war die Kommunalmesse die ideale Plattform“, so **Sunny Gansch** von der McWERK GmbH.
Oder **Gernot Hofstetter** von der nfon GmbH: „Wir waren zum ersten Mal bei der Kommunalmesse, um unsere NFON Cloud-Telefonanlage zu präsentieren. Die Messe bietet für uns den idealen Rahmen für gute Gespräche mit kommunalen Ansprechpartnern. Auch die Organisation im Vorfeld und die Betreuung vor Ort liefen optimal. Daher haben uns bereits entschieden, auch heuer wieder dabei sein!“

LINKS ZUM THEMA

diekommunalmesse.at

gemeindetag.at

Der Beschaffungsprozess für Gemeinden kann auch ganz einfach funktionieren.

Durch die unkomplizierte Bestellung aus unserem umfangreichen Sortiment und dem sicheren Kauf auf Rechnung. **KOMMUNALBEDARF.AT** ist der Online Marktplatz mit über 500.000 Artikeln für den kommunalen Bedarf. Erstellen Sie ein kostenloses Kundenkonto und sichern Sie sich mit dem **Willkommenscode HALLO2019** einen Rabatt von 10 % auf Ihre erste Bestellung.

Einfach. Alles. Beschaffen. **KOMMUNALBEDARF.AT**

2. GLASFASER-FINANZIERUNGS-ENQUETE

„UNSER ZIEL IST DIE **GIGABIT-GESELLSCHAFT**“

„Neue Kooperationsmodelle zwischen privaten Geldgebern und der öffentlichen Hand sind der einzig gangbare Weg, um der Gigabit-Gesellschaft zum Durchbruch zu verhelfen.“

Die Versorgung mit Glasfaser-Infrastruktur muss als Daseinsvorsorge betrachtet werden, so eine der Kernbotschaften bei der 2. Glasfaser-Finanzierungs-Enquete. Vor allem für den ländlichen Raum ist sie eine wesentliche Voraussetzung für das tägliche Leben. „Der Backbone ist in Österreich bereits auf Glasfaserleitungen umgebaut worden, aber außerhalb der städtischen Gebiete mangelt es noch an der schnellen Glasfaser“, erklärte Igor Brusic, Netz-Experte in der aggfa. Als Backbone bezeichnen Experten den Kernbereich eines Netzes, der kleinere Teilnetze verbindet. Vergleichbar sei das mit einer Autobahn, an der Bundes- und Landesstraßen angebunden sind.

30 Millionen Euro für Infotech aus Oberösterreich. Wie im Zuge der Glasfaser-Finanzierungs-Enquete bekannt wurde, erhält das rasch wachsende oberösterreichische Breitbandunternehmen Infotech für den weiteren Glasfaser-Netzausbau ein Darlehen in der Höhe von 30 Millionen Euro. „Dabei handelt es sich um die erste internationale Projektfinanzierung für Breitband und Glasfaser in Österreich“, gab Steffen Leiwesmeier, Head of Financing Digital Infrastructure bei der Hamburg Commercial Bank, im Rahmen der Finanzierungs-Enquete bekannt. Mehr als 30 Gemeinden im Innviertel sind im Projekt „Cybercity“ eingebunden und versorgen im Endausbau 20.000 Haushalte und Geschäftskunden mit Breitband-Anschlüssen. Leiwesmeier bezeichnete dies als Nukleus für weitere erfolgreiche Roll-outs in Österreich:

„Außerhalb der städtischen Gebiete **mangelt es noch an der schnellen Glasfaser.**“

Igor Brusic, Netz-Experte in der aggfa

„Hier haben vielen Hände erfolgreich zusammenwirkt – angefangen von der Infotech, den Landes- und Bundesbehörden, der Hamburg Commercial Bank bis zu kompetenten Beratern.“

Trennung von Infrastruktur, Betrieb und Dienstleistung ist notwendig. „Eine flächendeckende Glasfaser-Infrastruktur wird nur gemeinsam von öffentlicher Hand und privaten Investoren zu stemmen sein“, attestierte Thomas Hillebrand, Senior Advisor von PwC. Die Lösung des Problems könnten sogenannte Public-Private-Partnership-Modelle (PPP) sein. „Es gibt kein perfektes Finanzierungsmodell für alle drei Ebenen. Deshalb ist die klare Trennung von Infrastruktur, Betrieb und Services notwendig, weil dadurch unterschiedliche Laufzeiten und somit unterschiedliche Typen von Investoren angesprochen werden“, ergänzte Hillebrand. Die Markt- und Baurisiken der Glasfaser-Infrastruktur könnten durch Einbindung der Gemeinden, Entwicklung von geeigneten Garantiemodellen und Initiativen der öffentlichen Hand sowie der EU entschärft werden. Allen voran braucht es aber eine professionelle Koordination und klare Zuständigkeiten auf allen Ebenen.

EU-Regularien erfordern beträchtliches Know-how. Grundsätzlich ist die Finanzierung von Glasfaserinfrastruktur unter Investoren gefragt,

FOTO // © CMG-AE

„Die Nutzung der Netze muss im Sinne eines Open Access-Modells **zu gleichen Bedingungen an Betreiberunternehmen angeboten werden.**“

Mag. Nicolaus Drimmel, Jurist im Österreichischen Gemeindebund

weil sie eine Art Monopol darstellen. Allerdings sind kleinteilige und langsam wachsende Netze über den Kapitalmarkt nicht finanzierbar, weil Anleger Groß-Projektfinanzierungen bevorzugen. „Die Einhaltung von EU-Regularien wie zum Beispiel das Beihilfenrecht und die Maastricht-Konformität erfordert einen großen Aufwand und ein beträchtliches Know-how“, analysierte Stefan Resch, Director Projektfinanzierungen bei PwC Österreich. „Die Nutzung der Netze muss im Sinne eines Open Access-Modells zu gleichen Bedingungen an Betreiberunternehmen angeboten werden. Für die Gemeinden im ländlichen Raum wird sich an der Finanzierungsfrage dadurch grundsätzlich nichts ändern, sodass auch andere Möglichkeiten der Finanzierung und Förderung in Betracht gezogen werden müssen“, forderte Nicolaus Drimmel, stv. Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes. Open Access-Modelle bieten Endkunden den Vorteil, aus einer Vielzahl von Anbietern und Diensten wählen zu können.

IM NÄCHSTEN **KOMMUNAL** *

Wasser & Kanal

Die Siedlungswasserwirtschaft und die Wasserver- sowie die Abwasserentsorgung gehören zu den Themen in der kommunalen Welt, die mit den meisten Emotionen behaftet sind. Besonders in Zeiten des Klimawandels, wo Teile Österreichs unter anhaltender Trockenheit leiden, bekommen Aspekte wie „Sammelbehälter" und „Qualitätskontrolle" zusätzliches Gewicht. Auch die Frage nach einem zweiten Kreislauf für das sogenannte „Graue Abwasser" kocht trotz aller Risiken immer wieder hoch.

KOMMUNAL 05/2019 erscheint am 3. Mai 2019

* Themen und Termine können sich aufgrund aktueller Entwicklungen ändern.

REPORT

Unsere Dörfer sind unternehmerisch

Die Schaffung von Arbeitsplätzen, der Erhalt der Lebendigkeit in den Gemeinden sowie die Nahversorgung sind die wichtigsten Leistungen von selbstständigen Unternehmern am Land, wie die zweite Auflage des ADEG Dorfleben-Reports® zeigt. Die in Kooperation mit dem Österreichischen Gemeindebund erstellte Publikation gibt Antworten auf aktuelle Fragen rund um Unternehmertum und Selbstständigkeit im Rahmen des Dorflebens in Österreich. „Obwohl die Dorfbewohner mit ihrem Wohnort und dessen Lebendigkeit fast stets zufrieden sind, ist das bunte Leben in den Dörfern kein Automatismus. Für die Zukunft bedarf es sowohl wirtschaftlicher als auch sozialer Voraussetzungen", interpretiert Politikwissenschafter Peter Filzmaier die Ergebnisse des Reports.

„In allen österreichischen Gemeinden ist die lokale Wirtschaft, der Betrieb ums Eck, eine wesentliche Standortfrage für ein blühendes Dorfleben. Dafür brauchen wir flächendeckende digitale Infrastruktur, die Land und Stadt eng miteinander verbindet", betont Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl.

adeg.at/

BEST PRACTICE
IN ALLER KÜRZE

Förderpaket für erneuerbare Energien

Der Ausbau erneuerbarer Energien ist eine der zentralen Maßnahmen, um die Ziele der **Klima- und Energiestrategie #mission2030** der Bundesregierung zu erreichen. Der Klima- und Energiefonds setzt daher seine Ausbauprogramme in Kooperation mit dem BMNT fort.
Vor allem **land- und forstwirtschaftliche Betriebe** haben große Dachflächen und einen hohen Stromverbrauch – ideale Voraussetzungen für den Einsatz von Photovoltaik. Gefördert werden mit einem Gesamtbudget von rund 3,4 Millionen Euro neu installierte, im Netzparallelbetrieb geführte Photovoltaik-Anlagen. Einreichen können alle österreichischen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe. Mehr auf **www.pv-lw.klimafonds.gv.at.**

„Bei diesem Preis haben sich **Angebot und Nachfrage getroffen.“**

Johannes Gungl, RTR-Chef, zeigte sich Anfang März mit der 5G-Frequenzversteigerung zufrieden. Der Staat nimmt dadurch 188 Millionen Euro ein.

45.455

Ehen wurden 2018 in Österreich geschlossen. Das ist ein leichtes Plus von 1,1%, dazu kommen

450

eingetragene Partnerschaften. Der Rückgang hier von 14,9% ist vor dem Hintergrund der Zulässigkeit gleich-geschlechtlicher Ehen ab 1. 1. 2019 zu sehen.

QUELLE: Statistik.at

Schwimmende Kleinsthäuser sind zwar nicht die Lösung allfälliger Raumprobleme, aber sie können Wohnungsnot lindern.

Wohnraum „schwimmende Mikrohäuser“

In Wien gibt es zwei Hausboote, technisch gesehen schwimmende Mikrohäuser. Sie ermöglichen ein minimalistisches Leben auf wenigen Quadratmeter und das mitten auf der Donau. Das erste Wiener Hausboot ist am Hafen gemeldet und 32 Quadratmeter groß. Seit 2009 hat es einen fixen Standplatz auf der Donau. Es verfügt wie eine gewöhnliche Wohnung über WC, Dusche, Küche sowie Wohnraum.

Derzeit kann man diese Mikrohäuser nur kaufen, nicht mieten. Je nach individuellen Anforderungen kostet ein Quadratmeter in der Anschaffung um die 1200 Euro. „Es ist sehr exklusiv“, beschreibt Sascha Haas, Geschäftsführer des Unternehmens TechMetall in Floridsdorf, laut einem Bericht auf orf.news.at, „aber langfristig sind die Nebenkosten gering.“

Kopenhagen hat so ein Mikrohausprojekt für Studentinnen und Studenten bereits umgesetzt.

Der „Urban Rigger“ im Hafen von Kopenhagen besteht aus sechs alten Schiffscontainern, die zu zwölf Wohnungen umfunktioniert wurden. Entstanden ist es, da Wohnraum in Kopenhagen teuer und knapp ist. Die Miete beläuft sich auf etwa 400 Euro.

Mehr Infos unter:
wien.orf.at/news/ oder
www.urbanrigger.com

FOTOS // URBAN RIGGER/Morten Jerichau // shutterstock // RTR/© David Bohmann

BLACK OUT !
MIT UNSEREN STROMERZEUGERN SIND SIE GERÜSTET
TOOLBOX
www.sg-toolbox.com
MOSA

LAND & LEUTE

BAYERN
Bürgermeisterinnen-Treffen
Seite 90

SMART STREET
„Ist das was für meine Gemeinde?“
Seite 92

KOMPROMISSLOS
Mehr Sicherheit für Kinder
Seite 96

Judith Schilling-Grabher ist Bürgermeisterin von Bildstein. Die weitgereiste Vorarlbergerin ist ein Teamplayer und konsensorientiert. Zusammen mit den Gemeinderäten (allesamt der Einheitsliste) stellt sie sich den kommenden Aufgaben.

NAME: **JUDITH SCHILLING-GRABHER**

ALTER: **53**

GEMEINDE: **BILDSTEIN**

EINWOHNERZAHL: **766** (1. JÄNNER 2018)

BÜRGERMEISTERIN SEIT: **13. APRIL 2015**

PARTEI: **BILDSTEINER LISTE**

FOTO / Gemeinde Bildstein

NAHAUFNAHME JUDITH SCHILLING-GRABHER

DIE POLYGLOTTE **SACHPOLITIKERIN**

TEXT // ANDREAS HUSSAK

Einmal tief einatmen. Der Blick gleitet vorbei an den historischen Gebäuden, deren geschichtsträchtige Schönheit seit Jahrhunderten die Gläubigen erfreut. Sie pilgern zu jener Basilika, die inmitten dieser alten Höhensiedlung thront. Von hier oben sieht man die tausenden Lichter der dicht besiedelten Küste, während am Horizont der Sonnenuntergang über dem Meer pures Urlaubsfeeling aufkommen lässt.

Nein, die Rede ist nicht von einem Ort in Italien oder Spanien. Diese Stimmung vermittelt ein Ort in Österreich. Gut, das Meer, genauer gesagt das Schwäbische Meer, kann man auch Bodensee nennen, und die dichtbesiedelte Küste ist das Rheintal mit dem Ufer um Bregenz. Die Wallfahrtskirche ist allerdings eine richtige Basilika und wurde erst vergangenes Jahr von Papst Franziskus in den Rang einer „Basilica minor“ erhoben. Der Ort heißt Bildstein und ist das Zentrum eines Streusiedungsgebietes, das die gleichnamige Gemeinde bildet. Er befindet sich auf einem Bergrücken des Bregenzerwaldgebirges, das an dieser Stelle eine scharfe Grenze zum unmittelbar anschließenden flachen Rheintal bildet. Die Bürgermeisterin von Bildstein ist Judith Schilling-Grabher, und das seit bald vier Jahren. Ihr Aufstieg begann allerdings schon wesentlich früher, und das im wörtlichen Sinne, denn ursprünglich stammt sie von da unten, vom Ufer, aus Höchst.

Dort war schon ihre Mutter Gemeinderatsmitglied und Jahrzehnte lang politisch engagiert. Politisches war in Schilling-Grabhers Elternhaus immer präsent, und das hat die nunmehrige Bürgermeisterin schon von klein auf geprägt. Als sie 2010 nach Bildstein zog, fragte sie der damalige Bürgermeister, ob sie nicht in die Gemeindepolitik eintreten wolle, und so kam es, dass sie Gemeindevertreterin und Mitglied in diversen Ausschüssen wurde. Den Prüfungsausschuss leitete sie als Obfrau. In den folgenden fünf Jahren sammelte sie durch diese Aufgaben wertvolle Erfahrungen in der Gemeindepolitik. Gleichzeitig absolvierte die Wirtschafts-Fachfrau auch noch ihr Managementstudium. Freizeit blieb ihr daher kaum, und als sie der Bürgermeister fragte, ob sie sich vorstellen könne, sein Amt zu übernehmen, „war für mich überhaupt kein Thema“.

> „BASIEREND AUF FUNDIERTEN GRUNDLAGEN **FÄLLT ES LEICHT, ENTSCHEIDUNGEN ZU TREFFEN.**“

Die Option bestand jedoch weiterhin, und nach einem längeren Reifungsprozess von über zwei Jahren, in dem sie sehr genau abgewogen hat, wie das mit der Vereinbarkeit von Amt und Familie aussieht, und nachdem sie das Studium erfolgreich mit dem »

Die Pfarr- und Wallfahrtskirche Bildstein ist dem Fest Mariä Heimsuchung geweiht und besitzt überregionale Bedeutung. 2018 wurde sie von Papst Franziskus zur Basilica minor erhoben.

Oben: Die Gemeinde Bildstein besteht aus einer Reihe von Streusiedlungen. Der Ortskern befindet sich rund um die Wallfahrtskirche auf 659 m Seehöhe. Unten: Malerisch thront das Gemeindeamt von Bildstein gegenüber der Basilika über dem Rheintal.

Masterabschluss beendet hat, „hab' ich mich schlussendlich dann doch dazu entschieden. Auch weil mich meine Familie unterstützt hat – insbesondere mein Mann, der noch mehr Teile der Familienarbeit noch mehr übernommen hat. Diese Notwendigleit war uns schon bewusst, da es doch sehr viele Abend- und Wochenendtermine wahrzunehmen gibt."

Vorbehalte, weil nun eine Frau Bürgermeisterin sein würde, gab es – in Vorarlberg leider keine Selbstverständlichkeit (Stichwort: Egg) – keine: „Überhaupt nicht, man hat mich sehr positiv bewertet,und die Bevölkerung war diesbezüglich sehr offen. Sie haben mich da ja auch schon gekannt. Anders als zu dem Zeitpunkt, zu dem ich hierher gezogen bin, aber auch damals waren sie offen für Neues", lässt Schilling-Grabher nichts über ihre Bürger kommen.

Mit Menschen umgehen kann sie gut. Diese Erkenntnis hat Schilling-Grabher schon in ihrem früheren Arbeitsleben in der Privatwirtschaft gemacht, als sie in einem großen Textilunternehmen tätig war: „Da wie dort hat man Kontakt mit den verschiedensten Menschen. ‚An der Front zu sein', der direkte Kontakt, das hatte ich privatwirtschaftlich und jetzt genauso auch im Amt. Das ist das Gemeinsame und der Punkt, der mich immer begleitet hat." Mit unterschiedlichsten Charakteren umzugehen lernte die heutige Bügermeisterin bei ihren früheren Auslandstätigkeiten. Drei bis vier Jahre arbeitete sie im Ausland und hat dabei verschiedenste Länder kennengelernt: „Ich habe für einen Reiseveranstalter gearbeitet, von Amerika bis Asien in zahlreichen Ländern. In Europa vor allem in Spanien und Bulgarien, quasi jedes halbe Jahr war ich in einem anderen Land. Das war eine sehr prägenede Phase in meinem Leben, privat wie auch beruflich. Und es war eine tolle Zeit!"

So ungebunden Schilling-Grabher damals war, so ortsverbunden ist sie heute. Bildstein ist ihre Heimat geworden. Diese Heimat will sie gestalten, und zu tun gibt es genug, wobei ihr Entscheiungen grundsätzlich nicht schwer fallen. „Für mich ist es immer wichtig, fundierte Grundlagen und Informationen zu haben, um eine Entscheidung zu treffen. Basierend darauf fällt es dann leicht, sie fachlich und sachlich zu erklären."

Seit vier Jahren ist sie mittlerweile Bürgermeisterin. Die Frage, was in dieser Zeit ihr größter Erfolg war, möchte sie jedoch nicht beantworten, denn „ich habe das Amt immer als Arbeit im Team gesehen, und sehe das auch jetzt so. Ich alleine kann ja nicht viel tun. Ich kann Anstöße geben und Dinge in die Wege leiten, aber ohne Vorstand oder die Gemeindevertretung wären Projekte undenkbar. Beschlüsse sind gemeinsame Entscheidungen und gemeinsam zu fassen." Stolz ist sie dennoch auf einiges, etwa die Gründung der Finanzverwaltung. „Wir haben ja sehr viele Kooperationen mit anderen Gemeinden zusammen. Das war eine wichtige Entscheidung."

„Solange es eine Einheitsliste gibt, **gibt es reine Sachpolitik und keine Parteipolitik.**"

FOTOS/www.felder-images.com; Reinhard Müller; Gemeinde Bildstein

Von Bildstein aus bietet sich ein atemberaubender Ausbilck auf das Rheintal und den Bodensee.

FOTO / Tobias Gmeiner

Gut ist auch die Einführung des Pilotprojekts Anrufbus, ebenfalls zusammen mit acht anderen Gemeinden, der sehr gut angenommen wird. „Das ist ein Zusatz an Flexiblilität für die Bevölkerung in den Abendstunden.“ Generell ist es eine Herausforderung, die Infrastruktur am Laufen zu halten, „denn wir sind nun einmal eine relativ kleine Gemeinde mit wenig finaziellen Mitteln.“

Bildstein ist auch eine Zuzugsgemeinde. „Wir haben in den letzten drei Jahren einen Bevölkerungszuwachs von über 100 Personen verzeichnet. Allein letztes Jahr über 50. Das ist für uns sehr viel. Wir müssen uns um die Schule kümmern, den Kindergarten, schauen, dass der Nahversorger da bleibt – und um alles, was man für eine familiengerechte, freundliche Gemeinde so braucht, von der Jugend bis zu den Senioren.“

Davon abgesehen stehen noch einige weitere Aufgaben an: „Das nächstgrößere Projekt ist die Erstellung des Kanalkatasters“, erzählt Schilling-Grabher. „Das ist sicher ein Projekt, das über zwei Jahre dauern wird. Wir haben es jetzt einmal in der Gemeindevertretung beschlossen und auch in der Eröffnungsbilanz. Allerdings sind momentan die Preise leider so hoch, dass wir relativ schwierig an Angebote kommen. Vom Land ist es bis zu einer gewissen Frist vorgeschrieben. Fakt ist, wir müssen einen Kanalkataster erstellen, das ist ein größerer Posten. Dann gibt es die neue Raumplanungsnovelle, die ab 1. 3. in Kraft trat, und durch die es auch zu Veränderungen kommt. Wir müssen das räumliche Entwicklungskonzept spätestens bis 2022 überarbeiten – mit Bürgerbeiteilungung etc. Das wird sicher auch etwas Umfangreiches werden“, gibt die Bürgermeisterin einen Ausblick auf kommende Aufgaben. „Und eine Herasusforderung ist natürlich auch leistbares Wohnen. Das ist ein großes Thema in ganz Vorarlberg. Die Preise sind inzwischen astronomisch.“

Die Bildsteiner werden auch diese Probleme meistern. Das Arbeitsklima im Gemeinderat ist gut. Die Bildsteiner Liste hat 12 Mandate, andere Parteien sind nicht vertreten. „Gottseidank ist es so. Das ist sehr positiv“, meint Schilling-Grabher. „Solange es eine Eineitsliste gibt, macht es für mich Sinn, weil es reine Sachpolitik und keine Parteienpolitik gibt. Sachthemen kann man besprechen, und auch wenn man unterschiedlicher Meinung ist, ist das konstruktiv. Die Kommunikation ist sehr wertvoll, und schlussendlich finden wir den Konsens. Ich finde es nur positiv!“

DAS AMT UND SEINE TRÄGER

Sie tragen die politische Hauptverantwortung für die Lebensqualität in den 2098 Gemeinden Österreichs. Ihren Bürgerinnen und Bürgern gelten sie je nach Blickwinkel als Reibebaum oder Respektsperson, Geldbeschaffer oder -verteiler, machtlos oder machtbewusst. KOMMUNAL fragt nach: Wie ticken unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister? Was treibt sie an? Wie interpretieren sie ihr Amt zwischen Erwartungsdruck, rechtlichen und budgetären Rahmenbedingungen? In Kooperation mit dem Verein Zukunftsorte porträtiert KOMMUNAL in einer losen Serie Gemeindeoberhäupter, die ihre Kommune nicht nur verwalten, sondern gestalten und ihre Visionen umsetzen wollen.

BÜRGERMEISTERINNEN-TREFFEN IN BAYERN

„2050 HABEN WIR DANN **50 PROZENT**“

Bayern ist in vielerlei Hinsicht Österreich ganz ähnlich. Leider auch bei der Anzahl der Bürgermeisterinnen. Mit neun Prozent gibt es zwar um ein Prozent mehr Frauen an der kommunalpolitischen Spitze, das reicht aber auch den Bayern noch nicht.

TEXT // CARINA RUMPOLD

2020 wählen die bayerischen Gemeinden. Das dritte Bürgermeisterinnentreffen der bayerischen Bürgermeisterinnen – organisiert von Cornelia Hesse, Direktorin im Bayerischen Gemeindetag, stand daher vor der Frage, welche Ansätze es braucht, um mehr Frauen in die Kommunalpolitik zu bekommen. Einig waren sich die rund 70 anwesenden Bürgermeisterinnen (auch unter Beteiligung von zwei österreichischen, einer Südtiroler Ortschefin und des Österreichischen Gemeindebundes), dass die geringe Beteiligung von Frauen an den politischen Entscheidungsstrukturen auch ein Demokratiedefizit ist. „Wir wollen durch solche Veranstaltungen wie heute erreichen, dass mehr Frauen motiviert werden, zu kandidieren“, so Hesse bei der Eröffnung.

Motiviert ist sie: 1996 gab es in Bayern noch 2,2 Prozent, und jetzt sind es schon neun Prozent Bürgermeisterinnen im Freistaat. „Wenn wir in diesem Tempo weitermachen, dann haben wir 2050 erst 50 Prozent erreicht“, stellte sie provokativ fest und erntete bedauerndes Nicken bei den anwesenden Ortschefinnen.

Frauen, die nichts fordern. Damit es nicht so lange dauert, bis die Kommunalpolitik weiblicher wird, hat sich eine sehr hochkarätige Runde an Vortragenden im Starnberger Landratsamt eingefunden, um ihre Sichtweisen und Erkenntnisse aus den unterschiedlichsten Richtungen einzubringen. Am 11. März kam Caroline Trautner, Staatssekretärin im bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales, anstelle der kurzfristig verhinderten bayerischen Staatsministerin Kerstin Schreyer. Anhand der Lucrezia Borgia zeigte sie, wie es ist, wenn sich zu Frauen nur Männer äußern: Außer der oftmals verheirateten Papsttochter war sie nämlich auch erste Gouverneurin einer Handelsstadt und eine gewiefte Unternehmerin. Trautner rief die anwesenden Bürgermeisterinnen auf, schon jetzt aktiv auf Frauen zuzugehen und sie anzusprechen. „Ganz nach Simone de Beauvoir: Frauen, die nichts fordern, werden beim Wort genommen, denn sie bekommen auch nichts. Daher fordere ich Frauen auf, Chancen nicht aufgrund der Selbstzweifel verstreichen zu lassen“, so die Staatssekretärin.

„Frauen, die nichts fordern, werden beim Wort genommen, denn sie bekommen auch nichts.“

Caroline Trautner, Staatssekretärin im bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

Wirtschaft arbeitet an „Diversity“. Ansätze aus der Wirtschaft brachte Claudia Scheerer, die Leiterin der Unternehmenskommunikation der Versicherungskammer, ein. Auch in der Wirtschaft gilt immer noch: Umso höher die Führungsebene, desto weniger Frauen finden sich. In der Versicherungskammer, die in Deutschland zu den zehn größten Versicherungsunternehmen gehört, wird die Teilung der Führungsaufgabe praktiziert: Hier haben beispielsweise zwei Frauen, die in Teilzeit arbeiten, eine Füh-

FOTOS // ©Gemeindebund // Stephan Doelle; Landratsamt Starnberg

Rund 70 Bürgermeisterinnen aus allen Teilen Bayerns waren bei der zweitägigen Veranstaltung anwesend. Der einzige Mann auf dem Foto ist übrigens der stellvertretende Landrat Georg Scheitz.

rungsposition inne. „Das war zwar am Anfang gerade für die Mitarbeiter etwas gewöhnungsbedürftig, aber mittlerweile funktioniert es“, erklärt Scheerer. Weitere Modelle sind Generationen-Tandems und ein „Reverse-Mentoring“ – ein Mentoring von Trainees für Führungskräfte.

Frauen auch im Sprachgebrauch sichtbar machen. Neue Sichtweisen auf das Gender-Thema brachten auch die Vorträge am 12. März: Prof. Dr. Eva-Maria Graf, Professorin für Angewandte Sprachwissenschaft an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, zeigte anhand praktischer Beispiele, dass wir uns unserer eigenen Zuschreibungen bewusst sein müssen, um sie auch zu überwinden. Kritisch stellte sie auch die Frage auf, ob es überhaupt ein „undoing gender“ geben kann. Klar war aber schon, dass man durch eine bewusst genderneutrale Sprache auch Gruppen ansprechen kann, die sich bisher von einer einseitigen Sprachgestaltung nicht angesprochen fühlten: Wer nur von Kindergärtnerinnen schreibt, wird auch nur von Frauen Bewerbungen bekommen. Ähnlich verhält es sich beispielsweise bei technischen Berufen mit Frauen.

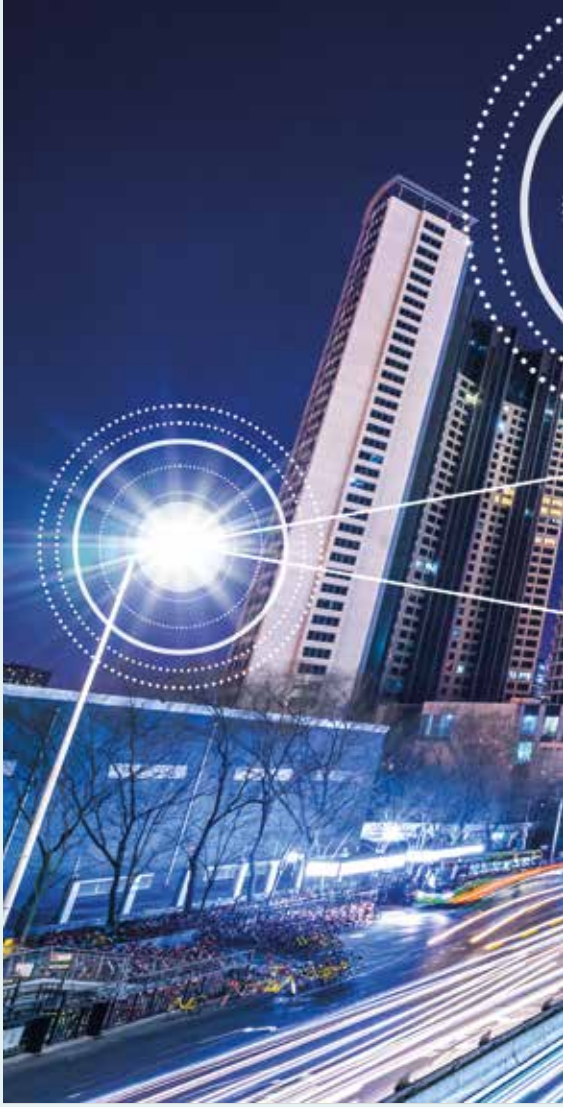
Landtagspräsidentin persönlich vor Ort. Eine besondere Auszeichnung erfuhr die Veranstaltung auch von Ilse Aigner, der früheren Bundeslandwirtschaftsministerin und heutigen bayerischen Landtagspräsidentin, die sich viel Zeit für die Fragen der Bürgermeisterinnen genommen hat. „Wir feiern heuer 100 Jahre Frauenwahlrecht. Dieses Jubiläum macht deutlich, dass wir viel erreicht haben, aber noch nicht alles“, so Aigner vor den rund 70 Bürgermeisterinnen. Sie als Praktikerin hält rechtliche Vorgaben zur Herstellung einer gerechteren Aufteilung von politischen Ämtern für nicht umsetzbar. Aus ihrer Sicht zeigen bereits SPD oder die Grünen im bayerischen Landtag, dass man die Parteien hier viel stärker in die Pflicht nehmen müsste – Stichwort Reißverschlussprinzip. Aus ihrer Sicht bietet sich die kommunale Ebene als Tätigkeitsfeld für Frauen geradezu an: „Wir wissen, dass sich Frauen gerne an konkreten Projekten engagieren und ihnen die reine Sammlung von Funktionen oder Ämtern nicht nahe liegt. Die Kommunen sind jene Ebene, in der das am direktesten möglich ist. Das müssen wir den Frauen in unseren Gemeinden und Regionen klar machen.“ Sie selbst versucht auch in ihrem direkten Umfeld Frauen für den Einstieg in kommunale Ämter zu begeistern.

Fehlende Attraktivität der Politik kein reines Frauenproblem mehr. Dass das nicht so einfach ist, wissen auch die Bürgermeisterinnen, die sich ihrer Rolle als Vorbilder durchaus bewusst sind. Eine der Hemmschwellen für viele junge Familien, sich ehrenamtlich zu engagieren, ist die starke Beanspruchung im Alltag. „Heute müssen beide arbeiten gehen, um sich das Leben zu finanzieren, daneben steigen auch die Anforderungen an die Betreuung und Ausbildung der Kinder. Da bleibt kaum noch Kraft, sich anderweitig zu engagieren. Das ist nicht nur ein Problem der Frauen“, bringt es eine Teilnehmerin auf den Punkt.

Ein Ansatz ist, Frauen stärker zu motivieren, in die gewachsenen Karrierestrukturen für Politiker zu gehen. Ein anderer Ansatz, wäre aber auch, nicht zu überlegen, die Menschen in die bestehenden Strukturen zu bringen, sondern vielmehr die Strukturen so zu adaptieren und offen zu machen, dass sie wieder attraktiv für die Menschen werden: Das bedeutet, Sachpolitik in den Vordergrund rücken, auszuprobieren, die politische Verantwortung auf mehrere Schultern zu verteilen oder gewisse Pflichten zu entschlacken und diesem Betätigungsfeld auch wieder mehr Wertschätzung zukommen zu lassen. Denn am Ende gestalten diese von uns gewählten Personen unser direktes Lebensumfeld.

FRIDA – MEHR FRAUEN IN DIE KOMMUNALPOLITIK

Prof. Dr. Barbara Thiessen von der Hochschule Landshut stellte gemeinsam mit ihrer wissenschaftlichen Mitarbeiterin Mina Mittertrainer – ganz nach dem Motto, dass man auch die Frauen, die in der zweiten Reihe aktiv sind, nicht hinter dem Vorhang verstecken darf – ein wissenschaftliches Projekt zur Steigerung der Frauen in der Kommunalpolitik vor. Dabei werden bestehende Mentoring-Programme analysiert, qualitative Interviews und Diskussionen mit Kommunalpolitikerinnen geführt, mit dem Ziel, am Ende eine Handreichung zur gendersensiblen und familienfreundlichen Sitzungsgestaltung und Kommunikationskultur zu erarbeiten.



SMART STREET UND DIE ENTSCHEIDENDE FRAGE:

„IST DAS AUCH WAS FÜR **MEINE GEMEINDE?**“

Wie „Smart Street“ bei Gemeindevertretern ankommt, darüber diskutierten Gemeindevertreter aus drei Bundesländern bei einem von Gemeindebund und SSGM durchgeführten Workshop.

Ende Februar wurde ein Initial-Workshop von der Initiative SSGM (Smart Safe & Green Mobility) im niederösterreichischen St. Valentin organisiert und abgehalten. Dr. Walter Leiss, Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes, führte gemeinsam mit Ing. Alexander Meissner, Präsident der SSGM und Geschäftsführer der FONATSCH-Lichtmasten GmbH, durchs Programm. Teilnehmer aus Gemeinden Niederösterreichs, der Steiermark und Kärntens waren der Einladung gefolgt und diskutierten mit den Initiatoren sowie Experten und Spezialisten aus sieben Unternehmen, welche Einzelteile und System-Bausteine einer Smart Street entwickelt und marktreif gemacht hatten.

Alexander Meissner machte zu Beginn klar, dass aus Sicht der Lebensqualität der Menschen, der Wirtschaftlichkeit und der neuen digitalen Entwicklungen kein Weg an der Modernisierung unserer Straßen vorbeiführt. „Ganz gleich ob die Menschen zu Fuß, mit dem Rad, dem Auto, öffentlich oder sonst wie unterwegs sind, es muss allen Verkehrsteilnehmern zukünftig eine optimale und zeitgemäße Fortbewegung ermöglicht werden. Mein Verein setzt sich für die Förderung und Verbreitung der dafür erforderlichen innovativen Technologien ein.“

Die Bestandteile einer Smart Street. Ein Überblick über die Bausteine, sogenannte „Features“ einer Smart Street: Es geht um Verkehrsleittechnik, also verkehrsflussgerechte Schaltung von Ampeln und Signalanlagen. Um Verkehrsdichtemessung, Parkplatzmanagement, es geht um bedarfsgerechte Beleuchtung wie Licht-Management mit Energieeffizienzsteigerung und Notbeleuchtung. Eine Smart Street muss auch durch Mini-Photovoltaik oder Mini-Windenergie oder Anschluss an erneuerbare Energie einen Beitrag zur Energie-Autarkie leisten. Es wird Ladestationen für E-Bikes, E-Cars, aber auch alle tragbaren Computer und Mobiles geben. Video-Überwachung, Polizei/SOS-Notrufanlagen und Lautsprecher gehören dazu, sowie Geschwindigkeitsmessung/Radar. Informationsmöglichkeiten via WLAN, Info-Panels, Touristeninfos, Umwelt/Wetter-Dateninfo und Fahrgast-Infos ergänzen das Komplettangebot. Programmierbar wären auch Parkplatz-Apps und E-Car-Lade-Apps. Angedacht sind sogar Park- und Aufladeplätze für Drohnen.

WESENTLICHE FUNKTIONEN EINER SMART STREET

- Verkehrsleittechnik; Verkehrsflussgerechte Schaltung von Ampeln; Verkehrsdichtemessung, Parkplatzmanagement etc.
- Beleuchtung: Lichtmanagement mit Energieeffizienzsteigerung & Notbeleuchtung
- Beitrag zur Energie-Autarkie
- Ladestationen für E-Bikes, E-Cars, aber auch alle tragbaren Computer und Mobiles
- Video-Überwachung, Polizei/SOS-Notruf-Anlagen und Geschwindigkeitsmessung
- Informationsmöglichkeiten via WLAN, Info-Panels, Touristen-Infos, Umwelt/Wetter-Daten-Info und Fahrgast-Infos
- Programmierbar wären auch Parkplatz-Apps und E-Car-Lade-Apps.
- Angedacht: Park- und Aufladeplätze für Drohnen

Am Puls der Zeit. Nach der Klärung dieser Bausteine und Grundlagen kam man rasch auf die für die Kommunen wichtigen Themen wie zum Beispiel Infrastruktur und Bündelung der einzelnen Bereiche zu sprechen. Details zu den einzelnen Möglichkeiten wie beispielsweise Kommunikation, Sicherheit, Beleuchtung, Energieautarkie und Inbetriebnahme, Wartung

FOTOS // © Verein SSGM // Shutterstock

Die Teilnehmer am Workshop verbrachten einen Tag intensiven Diskutierens.

Dr. Walter Leiss, Generalsekretär Österreichischer Gemeindebund und Ing. Alexander Meissner, Präsident des Vereins SSGM.

WAS SMART STREETS BEDEUTEN

- Neue „denkende" Verkehrsadern für Smart Cities und Smart Regions
- Patentierte Digitalisierung des Straßenverkehrs
- Der multifunktionale „mast have" bringt Fließ-Verkehr, Sicherheit, Klimaschutz, Energieeffizienz, Bequemlichkeit & Einsparungen
- Österreichs Lichtmasten-Erzeuger Nr.1, Fonatsch führt Konsortium hochrangiger Technologie-Unternehmen an

und Betrieb usw. wurden dann direkt von den Spezialisten präsentiert.

Auch in der Mittagspause wurde noch angeregt diskutiert und gefachsimpelt. Ein wichtiges Thema, nämlich Finanzierung, stand am Nachmittag auf dem Programm. Natürlich kam auch der Bürger und seine Bedürfnisse in der Diskussion nicht zu kurz. Wie man diesen am besten einbindet, um eine vernünftige und vor allem nutzbare Infrastruktur zu errichten.

Die einhellige Meinung der Workshop-Teilnehmer war: „Eine tolle Initiative und ein wertvoller Workshop zur aktiven Vernetzung von Technik und Anwender, ausführenden Unternehmen und Gemeinden. Vordenken und Innovation werden hier großgeschrieben! Ihr trefft genau den Puls der Zeit."

Dank der Reaktionen der Teilnehmer geht es nun an die Integration und Aufarbeitung der Themen, um bei Folgeterminen den Teilnehmern noch mehr Input geben zu können. Das wollen die beteiligten Unternehmen Congaia, Exterior, Fonatsch, L.U.X., Microtronics, Unwired, Taurus, Siemens und Zumtobel auch tun. „Unser guter Mix und Teamgeist sprechen für sich – gemeinsam wollen wir Österreich fit für die Zukunft machen."

Starke Impulse aus dem Workshop in Schlagworten:

Planung ist wichtig.
Das Thema in seiner Gesamtheit ist sinnvoll.
Große Möglichkeiten durch Vernetzung.
Aufzeigen eines Pionierweges.
Brauchen die Zusammenarbeit Kommune und Wirtschaft: Beim Begriffe Smart City und Smart Street ist noch viel Aufklärungsarbeit notwendig.
Dass man Einzellösungen zu einem zusammenführen kann.
Guter Austausch mit der Kommune und den Experten in der Kommune ist nötig.
Der Verein ist wichtig für die Umsetzung für alle.
Uns interessieren auch die rechtlichen Aspekte und die Finanzierung bzw. Förderungen.
Problemsituationen sammeln um den Einsatz in der Praxis zu verbessern.
Nutzen für die Gemeinde noch besser ausarbeiten (Verkehrszählung, ...).
Zielgruppenszenarien definieren. Leitfaden bez. Leerverrohrung. Idee: Zusammenschluss von (kleinen) Gemeinden bei Projekten (ev. klein-regionsübergreifend).
(Auszug aus den Aussagen des Workshops)

31. BÜRGERMEISTERTAG IN WIESELBURG

GLASFASERNETZE SIND DIE **LEBENSADER DER REGIONEN**

„Alle Regionen brauchen gleiche Lebensverhältnisse und digitale Infrastruktur. Das ist die wesentliche Grundvoraussetzung, die es schnell auszubauen gilt.“ Und das ist auch die Kernaussage des 31. Bürgermeistertages in Wieselburg.

Für Arno Abler – ehemals Bürgermeister von Wörgl in Tirol, heute Breitbandserviceagentur Tirol – ist die Digitalisierung ein Grundbedürfnis der Daseinsvorsorge. Abler appellierte in seinem Vortrag, das 5G-Netz sinnvoll in die Gemeindeinfrastruktur zu integrieren. Für Martin Wachutka von der Fiber Service Oberösterreich ist eine Grundvoraussetzung für den Breitbandausbau das Miteinander in den Gemeinden. „Der Ausbau digitaler Netzwerke kann nur funktionieren, wenn alle zusammenarbeiten und langfristig planen.“

Gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land. Im Anschluss an die Vorträge der Experten diskutierten Gemeindebund-Präsident Bürgermeister Alfred Riedl, der auch Obmann-Stellvertreter des Vereins „Regionen. Österreich“ ist, und Landeshauptfrau-Stellvertreter Stephan Pernkopf gemeinsam mit den Bürgermeistern über ihre Anliegen in Sachen Digitalisierung. Für Präsident Riedl war dabei klar, dass „die Stadt das Land braucht und das Land die Stadt. Es geht nur gemeinsam, deswegen müssen wir alle in Räumen und nicht in Gemeindegrenzen denken. Nur so schaffen wir geleichwertige Lebensbedingungen für alle Menschen in allen Gemeinden in unserem Land.“ LH-Stellvertreter Pernkopf ergänzte, dass „Bund, Land und Gemeinden vor Jahrzehnten eine wichtige gemeinsame Kraftanstrengung geschafft haben und Wasser-, Strom- und Kanalnetze bis in die letzten Dörfer gebaut haben. Diese Infrastrukturen rechnen sich bis heute nicht und trotzdem haben sich alle dazu bekannt.“ Beim Ausbau der digitalen Infrastruktur müssen Bund, Länder und Gemeinden an einem Strang ziehen und in allen Regionen koordiniert vorgehen.

Der Direktor des Francisco-Josephinums und Nationalratsabgeordneter Alois Rosenberger, Landeshauptfrau-Stellvertreter Stephan Pernkopf, Gemeindebund-Präsident Bürgermeister Alfred Riedl und Generalsekretär im BMDW Michael Esterl.

BÜRGERMEISTERTAG IN WIESELBURG

30 Jahre lang wurde der Bürgermeistertag in Wieselburg vom legendären Vordenker und Kämpfer für den „Ländlichen Raum“, Nationalratsabgeordneten a. D. Sixtus Lanner, ausgerichtet. Nachdem Lanner 2018 seinen Rückzug als Veranstalter verkündet hatte, stellte sich die Frage, ob der bei Gemeindevertretern beliebte Bürgermeistertag weiter stattfinden wird. Heuer hat der Verein „Regionen.Österreich“ zum ersten Mal den Bürgermeistertag organisiert.

Die Attraktivität des ländlichen Raumes hängt wesentlich von der Nutzung neuer Möglichkeiten der Digitalisierung ab. Schnelles Internet schafft Arbeit vor Ort, verhindert Abwanderung und vernetzt abgelegene Regionen mit den urbanen Zentren – kurz gesagt: Digitale Infrastruktur ist ein wesentliches Element der Daseinsvorsorge.

Die österreichischen Gemeinden sind aber auch heute schon Innovationsmotoren, wenn es um Digitalisierung geht. „Zahlreiche Beispiele, wie der Digitale Bauakt, elektronische Zutrittssysteme oder Sprachassistenten zeigen, dass gerade in den Gemeinden viele innovative Ideen geboren und auch ausprobiert werden, die dann beispielgebend für alle Gemeinden sein können. Ich bin überzeugt, dass die ländlichen Regionen mit einer flächendeckenden digitalen Infrastruktur ausgezeichnete Zukunfts- und Überlebenschancen haben“, betonte der Gemeindebund-Präsident.

Mehr auf gemeindebund.at/glasfasernetze-sind-lebensadern-der-regionen/

FOTO // ©Regionen Österreich

FAMILIENMINISTERIN BEGRÜSST 500. PARTNER IM NETZWERK „UNTERNEHMEN FÜR FAMILIEN

„FAMILIENFREUNDLICHKEIT IST WETTBEWERBSVORTEIL“

Im Rahmen einer Pressekonferenz im Bundeskanzleramt begrüßte Familienministerin Juliane Bogner-Strauß das oberösterreichische Unternehmen FACC als 500. Partner im Netzwerk „Unternehmen für Familien“.

FOTO // BKA/Aigner

FACC-CEO Robert Machtlinger mit Familienministerin Juliane Bogner-Strauß im Bundeskanzleramt.

Unternehmen für Familien ist ein österreichweites Netzwerk aus familienfreundlichen Unternehmen, Institutionen und Gemeinden, die Familienfreundlichkeit als zentralen Standort- und Wettbewerbsfaktor, aber auch als gesellschaftliche Aufgabe erkannt haben und ein Zeichen für mehr Familienfreundlichkeit in Österreich setzen wollen. Es freut mich daher umso mehr, als 500. Partner ein weltweit führendes Industrieunternehmen wie FACC im Netzwerk begrüßen zu dürfen, einen weiteren wirklich tollen Botschafter für dieses so wichtige Thema“, betont Familienministerin Juliane Bogner-Strauß.

Die FACC mit Sitz in Ried im Innkreis ist ein Weltmarktführer in Design, Entwicklung und Fertigung von komplexen Komponenten und Systemen für Luftfahrzeuge und Triebwerke. Das oberösterreichische Industrieunternehmen bietet zahlreiche familienfreundliche Maßnahmen im Betrieb an, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für ihre rund 3500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erleichtern sollen.

Auch zahlreiche Gemeinden engagieren sich bereits im Netzwerk „Unternehmen für Familien“, zeigen ihre familienfreundlichen Maßnahmen im Rahmen ihrer Partnerpräsentation und unterstreichen damit die Wichtigkeit von Familienfreundlichkeit als Standortfaktor.

Neue digitale Best Practice-Plattform. Um den Netzwerk-Gedanken von analog auch auf digital zu übertragen, präsentiert die Familienministerin die erweiterte, serviceorientierte Plattform www.unternehmen-fuer-familien.at.

Auf der Plattform wird eine umfassende Sammlung an familienfreundlichen Maßnahmen präsentiert, und zahlreiche Best Practice-Beispiele von Partnern des Netzwerks veranschaulichen, wie vielfältig familienfreundliche Lösungen in der Praxis umgesetzt wurden. Partner des Netzwerks haben uneingeschränkten Zugriff auf alle Inhalte der Seite, können ihre Partnerpräsentation individuell gestalten und direkt mit anderen Partnern in Kontakt treten. „Mit dieser Plattform wollen wir das familienfreundliche Engagement unserer Partner vor den Vorhang holen, den Community-Gedanken weiter stärken und hoffentlich noch viele weitere Unternehmen, Institutionen und Gemeinden dazu motivieren, ebenfalls den Weg Richtung Familienfreundlichkeit einzuschlagen“, so die Familienministerin.

MEHR INFOS
Alle Informationen zum Netzwerk gibt es auf **www.unternehmen-fuer-familien.at**

UNTERNEHMEN FÜR FAMILIEN

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

KFV FORDERT MEHR SICHERHEIT FÜR KINDER IM STRASSENVERKEHR

„KEINE KOMPROMISSE BEI **VERKEHRSSICHERHEIT FÜR KINDER!“**

Alle drei Stunden verunfallt ein Kind auf Österreichs Straßen, alle zwei Tage stirbt dabei ein Kind oder wird schwerst verletzt.

Die Unfallzahlen zeigen deutlich: In den vergangenen fünf Jahren konnte im Bereich der Kinderunfälle im Straßenverkehr keine essenzielle Reduktion erreicht werden. „Maßnahmen zu setzen. die eine Verbesserung der Sicherheitssituation für diese besonders gefährdete Gruppe von Verkehrsteilnehmern erreichten, ist besonders wichtig. Wenn es um das Leben von Kindern geht, gibt es keine Kompromisse.“, betont KFV-Direktor Dr. Othmar Thann.

Unfallzahlen zeigen Handlungsbedarf. Im Jahr 2017 verunglückten 2788 Kinder (bis 14 Jahre) auf Österreichs Straßen. Bei diesen Unfällen wurden 8 Kinder getötet, 289 Kinder schwer und 2491 Kinder erheblich verletzt. Im Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2017 verunglückten 42 Prozent der Kinder als Mitfahrer im Pkw, 27 Prozent als Fußgänger und 19 Prozent als Radfahrer. Auffallend dabei ist: der überwiegende Teil der Kinder gerät unverschuldet in die Unfallsituation – in drei von vier Fällen sind sie nicht die Hauptunfallverursacher. Die Unfallzahlen, aber auch die Ängste der Kinder selbst zeigen einen deutlichen Handlungsbedarf: Befragt man Kindern nach Ihren Wünschen an die Erwachsenen, sind Antworten wie „bitte langsamer fahren“ oder „Zebrastreifen beachten“ keine Seltenheit. Auch Erwachsene sehen, spontan bei Erhebungen befragt, dass die größten Unfallgefahren für Kinder mit Abstand am häufigsten im Straßenverkehr/bei Verkehrsunfällen zu finden sind.

FOTO // shutterstock/ Jan H. Andersen / GESTELLTE AUFNAHME!

KINDER SIND IM STRASSENVERKEHR **BESONDERS GEFÄHRDET UND SCHUTZBEDÜRFTIG.“**

Dr. Othmar Thann,
Direktor des KFV

Maßnahmenpaket statt Einzelmaßnahmen. Den aktuell vieldiskutierten Einsatz technischer Assistenzsysteme begrüßt das KFV als sinnvollen Schritt auf dem Weg zu mehr Sicherheit im Straßenverkehr – aus Sicht der KFV-Verkehrsexperten erscheinen darüber hinaus noch weitere, umfassendere Maßnahmen notwendig, um eine gezielte und nachhaltige Verbesserung der Situation ungeschützter Verkehrsteilnehmer im Straßenverkehr zu ermöglichen. Dazu zählen neben baulichen und infrastrukturellen Maßnahmen – etwa zur Verbesserung der Sichtbeziehungen im Kreuzungsbereich – auch bewusstseinsbildende Maßnahmen. Wo Prävention im Straßenverkehr an ihre Grenzen stößt, ist auch der Einsatz repressiver Maßnahmen ein mögliches Mittel, um eine Erhöhung der Sicherheit zu erzielen. „Zwar herrscht ein allgemeiner Konsens darüber, dass es sich bei der Gruppe der sogenannten ‚schwächeren‘ Verkehrsteilnehmer um eine besonders schützenswerte handelt – dennoch verhalten sich keineswegs alle Verkehrsteilnehmer dementsprechend regelkonform, defensiv und verantwortungsvoll“, so Thann. Konkret fordert das KFV eine Verdoppelung des Strafausmaßes bei Delikten im Straßenverkehr, bei denen Kinder gefährdet werden.

Besondere Schutzpflicht für Kinder. Kinder sind aufgrund ihrer motorischen und kognitiven Entwicklung im Straßenverkehr besonders gefährdet und schutzbedürftig. Darüber hinaus können sie Entscheidungen bezüglich ihrer Verkehrsteilnahme im Regelfall nicht selbst treffen, sie sind auf die Entscheidungen und Vorbildwirkung erwachsener Personen angewiesen. „Aus diesem Grund sind Kinder auch aus dem Vertrauensgrundsatz ausgenommen“, so Thann.

Mehr auf www.kfv.at

LEHRGANG FÜR SERVICESTELLE GESTARTET

100 STUNDEN FÜR **120 BEDIENSTETE**

Am 8. Juni 2018 hat der Südtiroler Landtag das neue „Landesgesetz für Raum und Landschaft“ verabschiedet.

Am 1. Jänner 2020 wird das Gesetz in Kraft treten. Es löst das Gesetz für Raumordnung und jenes für Landschaftsschutz ab, die beide aus den 1970er Jahren stammen. Ziel des neuen Gesetzes ist es, einerseits eine nachhaltige gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen und andererseits den Bodenverbrauch und die Zersiedelung einzudämmen.

Das neue Landesgesetz bringt auch für die Südtiroler Gemeinden einschneidende Neuerungen mit sich. Davon betroffen sind in erster Linie die Gemeindetechniker und die Mitarbeiter der Gemeindebauämter. Für jede Gemeinde ist die Einrichtung einer Servicestelle für Bau- und Landschaftsangelegenheiten vorgesehen. Sie wird als einzige Anlaufstelle für alle baulichen und landschaftlichen Ermächtigungen dienen, die von der Gemeinde zu erteilen sind. Dort werden alle Unterlagen und Auskünfte erhältlich sein. Weiters wird es Aufgabe der Servicestelle sein, die Verfahren gemeindeintern zu koordinieren, alle nötigen Gutachten einzuholen und auf die Einhaltung der Fristen zu achten.

Um die zukünftigen Leiter der Servicestelle auf ihre neuen Aufgaben vorzubereiten, ist ein Befähigungslehrgang vorgeschrieben. Der Südtiroler Gemeindenverband wurde von der Landesregierung mit der Durchführung dieses Lehrganges beauftragt. Dieser wird über die Verwaltungsschule des Verbandes abgewickelt und ist vor kurzem in zwei Kursreihen in Meran und Neustift gestartet. Die Referenten werden von den entsprechenden Landesabteilungen gestellt, einzelne Module werden auch von Freiberuflern übernommen, die an der Ausarbeitung des neuen Gesetzes mitgearbeitet haben.

„In insgesamt 100 Unterrichtsstunden werden 120 Gemeindebediensteten darauf vorbereitet, ihre neue Aufgabe kompetent zu meistern und das Gesetz erfolgreich zur Anwendung zu bringen“, erklärt der Präsident des Gemeindenverbandes, Andreas Schatzer. Mit Übernahme ihrer neuen Aufgaben wird den Leitern der Servicestelle dann auch eine finanzielle Besserstellung in Form einer Zulage zugesprochen.

Mehr Infos beim Südtiroler Gemeindenverband unter presse@gvcc.net oder unter Tel. +39 0471 304655

BURGENLAND

Trockenheit wird im Burgenland zunehmend zum Problem.

Gemeinden passen sich **an den Klimawandel an**

Um die Herausforderungen des Klimawandels zu bewältigen, gibt es die Förderinitiative Klimawandelanpassungsmodellregionen, kurz „KLAR“.
Im Burgenland hat sich rund um die Gemeinden Pinkafeld und Riedlingsdorf die erste Klimawandelanpassungsregion etabliert, weitere sollen folgen.
Um bei den lokalen Akteuren Bewusstsein zum Umgang mit den Folgen des Klimawandels zu schaffen, wurden die „Dialogveranstaltungen zur Klimawandelanpassung“ ins Leben gerufen.
Die Gemeinden sollen dadurch nicht nur fit für den Klimawandel gemacht werden, sondern – weil sie selbst wichtige Multiplikatoren sind – die Bevölkerung generell für das Thema Klimawandel sensibilisieren.

99% wollen zu Hause gepflegt werden

Um den Pflegebereich für künftige Herausforderungen fit zu machen, wird derzeit im Burgenland ein umfassendes Zukunftskonzept für Pflege und Betreuung erarbeitet.
Mit der Einführung eines „Case & Care-Managements“ – das sind eigene Pflege- und Sozialberater, die nun an allen Bezirkshauptmannschaften tätig sind – wurde bereits eine Neuerung realisiert.
Um die Bedürfnisse der älteren Generation zu erheben, hat die FH Burgenland eine Umfrage gemacht.
Die wichtigsten Ergebnisse: Fast 99 Prozent der Befragten wollen so lange wie möglich in den eignen vier Wänden bleiben, jedoch nur 44 Prozent sind der Meinung, sich die Pflege zu Hause leisten zu können.

KÄRNTEN

Planungstool für den Glasfaser-Ausbau

Das Land Kärnten will beim Breitbandausbau auf strategische Planung, Kooperation und Koordination setzen. Die Breitbandinitiative Kärnten GmbH (BIK) soll dabei als Drehscheibe fungieren. Mit dem „Glasfaser-Atlas Kärnten“ liegt nun ein digitales Planungstool vor, das Basis für ein übergeordnetes Netzkonzept und Grundlage für weitere Ausbauschritte ist.
Mit der Masterplanstrategie konnten bislang 92 Prozent aller Kärntner Gemeinden erreicht werden. 121 Masterpläne liegen vor, die nun zusammengeführt und vereinheitlicht werden. „Mit wenigen Klicks wird sichtbar, wo welche Technologien und Anschlüsse vorhanden sind, wo es Lücken gibt und wie diese strategisch am besten zu schließen sind“, erklärt Landeshauptmann-Stellvertreterin Gaby Schaunig.

Auf der Gerlitzen wurde ein Glasfaser-Clusterprojekt vorgestellt.

Feuerwehren rücken 56 x pro Tag aus

Bei 6300 Bränden und mehr als 14.000 technischen Hilfeleistungen waren die Kärntner Feuerwehren im Jahr 2018 im Einsatz – das sind im Durchschnitt 56 Einsätze pro Tag. Bei diesen Einsätzen wurden 450 Menschen aus unmittelbarer Lebensgefahr gerettet und mehr als 600 Stück Großvieh beziehungsweise Haustiere geborgen.
Die Feuerwehren leisteten mit 150.000 Personen insgesamt mehr als 320.000 Einsatzstunden. Für Aus- und Weiterbildung, Übungen, Wartung und Verwaltung sowie sonstige Tätigkeiten wurden rund 1,9 Millionen weitere Stunden erbracht, was eine Gesamtzahl von 2,2 Millionen Stunden ergibt.

NIEDERÖSTERREICH

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner mit Vertreterinnen und Vertretern der Siegergemeinden.

Kulturfreundlichste Gemeinden ausgezeichnet

140 niederösterreichische Gemeinden bewarben sich um den Titel „Kulturfreundlichste Gemeinde 2018“. Bewertet wurde auf der Basis von Fragebögen mit jeweils 126 Fragen.
Ausgezeichnet wurde eine Kommune pro Bezirk, diesmal waren es Stadt Haag (Amstetten), Altenmarkt an der Triesting (Baden), Mannersdorf (Bruck an der Leitha), Orth an der Donau (Gänserndorf), Litschau (Gmünd), Hollabrunn, Horn, Korneuburg, Gföhl (Krems), Hainfeld (Lilienfeld), Melk, Poysdorf (Mistelbach), Wiener Neudorf (Mödling), Neunkirchen, Reinsberg (Scheibbs), Neulengbach (St. Pölten-Land), Fels am Wagram (Tulln), Dobersberg (Waidhofen an der Thaya), Gutenstein (Wiener Neustadt) und Rappottenstein (Zwettl).

Förderungen transparent dargestellt

Die Städte St. Pölten und Klosterneuburg veröffentlichen ihre Förderungen und Transfers seit Kurzem automatisch und transparent. Mit dem neuen Visualisierungstool auf offenerhaushalt.at kann man einfach Einsicht nehmen.
Der neue Förder- und Transferbericht generiert die Daten selbsttätig aus den Rechnungsabschlüssen, die von den Gemeinden hochgeladen werden. Dabei muss die Kommune lediglich den vorhandenen Datensatz mit der sechsstelligen Codierung uploaden und nicht nur den „Dreisteller“, welcher der Statistik Austria jährlich übermittelt werden muss.

offenerhaushalt.at

OBERÖSTERREICH

Kosten für Digitalisierung von Schulen nicht abwälzen

Der oberösterreichische Gemeindebund kritisiert, dass der Landesgesetzgeber in den letzten Jahren den Gemeinden im Schulbereich eine Fülle neuer Lasten aufgebürdet hat.
Für zunehmende Kritik sorgt die mangelnde Transparenz und Klarheit bei Zuständigkeit und Finanzierung der Digitalisierung im Bildungsbereich.
Die hier maßgeblichen Regelungen seien völlig veraltet. So sieht z. B. die Oö. Schulbau- und -einrichtungsverordnung 1994 immer noch die Einrichtung eines EDV-Raumes vor. „Ein Anachronismus in Zeiten von Laptop- und Tablet-Klassen“, meint der OÖ Gemeindebund. Wenn Tablets und Notebooks als Ersatz für das Schulbuch in den Klassenzimmern Einzug halten, sollte aber klar sein, dass die Kosten für Anschaffung und Wartung sowie für Software nicht bei der Gemeinde als Pflichtschulerhalter liegen können, so der Gemeindebund..

In Zeiten von Laptop- und Tablet-Klassen ist die verpflichtende Einrichtung eines EDV-Raumes ein Anachronismus, meint der OÖ Gemeindebund.

Film zum Bodenschutz

Mit dem Titel „BODEN erLEBEN“ bietet das Land Oberösterreich kostenlos einen Film und eine Broschüre an, um den Wert der begrenzten Ressource Boden für uns Menschen und die Umwelt zu verdeutlichen. Film und Broschüre können dabei helfen, Bodenschutz in der Gemeindepolitik zu thematisieren und auf anschauliche und verständliche Weise an die Bevölkerung zu kommunizieren.
Der Film ist auf Youtube zu finden, die DVD kann unter 0732/77 20-136 23 telefonisch bestellt werden.

FOTOS/Shutterstock/Lunghammer, Land Kärnten Büro LHStv.in Schaunig/Matticka, NLK/Burchhart, Shutterstock/Oksana Kuzmina

SALZBURG

Bei der Agenda 21-Projektschmiede in Lamprechtshausen waren neun Teilnehmerinnen dabei.

Umsetzungsbegleitung für Zukunftsprojekte

Das Angebot der Agenda 21-Projektschmiede richtet sich an interessierte und engagierte Personen aus dem Land Salzburg, die eine zukunftsorientierte Projektidee in Form bringen wollen und in regionalen Initiativen, Agenda 21-Prozessen, Vereinen, Institutionen oder der Gemeindepolitik beziehungsweise -verwaltung aktiv sind.
In den vergangenen zwei Jahren wurden bereits drei Projektschmieden abgehalten. Insgesamt 44 Personen aus allen Regionen des Landes Salzburg nahmen daran teil.
Für die Teilnahme sind keine Vorkenntnisse erforderlich, Voraussetzung ist jedoch, dass eine erste Idee mitgebracht wird.

salzburg.gv.at/projektschmiede

Kinderbetreuungsgesetz in Planung

Das neue Salzburger Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz ging kürzlich in Begutachtung. Die Gemeinden bekommen mit einem neuen Planungstool ein strategisches Instrument, das die Ermittlung des Bedarfs von Betreuungsplätzen unterstützt und die vorausschauende Planung erleichtert.
Geplant ist auch, dass Tagesbetreuungseinrichtungen wie Krabbelgruppen oder alterserweiterte Gruppen und Kindergärten in Zukunft weitgehend den gleichen gesetzlichen Rahmenbedingungen unterliegen.
Für die Eltern gibt es künftig durch die Ausweitung der Aufnahmekriterien zusätzliche Sicherheit, einen Betreuungsplatz zu bekommen.

STEIERMARK

Jobs in der **Wirtschaftsregion Hartberg**

Die Wirtschaftsregion Hartberg startete eine großangelegte Aktion mit dem Ziel, die Pendlerinnen und Pendler von den Vorteilen eines Jobs daheim zu überzeugen. Dafür wurden offene Jobs der Unternehmen aus den Gemeinden der Wirtschaftsregion Hartberg – Greinbach, Grafendorf, Hartberg, Hartberg-Umgebung und St. Johann in der Haide – gesammelt und in einem Folder zusammengefasst.
31 Unternehmen beteiligten sich an der Aktion und sind mit knapp 80 Stellenangeboten vertreten. Die Vielfalt der Unternehmen der Wirtschaftsregion spiegelt sich auch in den angebotenen Jobs wider – gesucht wird vom Lehrling bis zum Manager.

jobs.wirtschaftsregion-hartberg.at
Liste der offenen Jobs

In Hartberg wird vom Lehrling bis zum Manager gesucht.

Gemeinde Murfeld wird aufgelöst

Die südsteirische Gemeinde Murfeld wird 2020 aufgelöst und auf die Nachbargemeinden St. Veit und Straß aufgeteilt.
Damit wird sich die Zahl der steirischen Gemeinden von 287 auf 286 verringern.
Im Zuge der Aufteilung sollen die Katastralgemeinden in die Nachbargemeinden eingegliedert werden.
Vor einem Jahr gab es in Murfeld eine Bürgerbefragung, ob die Gemeinde eigenständig bleiben oder mit einer benachbarten Gemeinde zusammengehen soll. Zwar bildete sich eine Bürgerinitiative für die Eigenständigkeit, allerdings sprachen sich bei der Befragung schließlich mehr als zwei Drittel für eine Fusion aus.

TIROL

Gemeindeverbands-Präsident Ernst Schöpf, die Bürgermeister Manfred Köll (Sautens), Jakob Wolf (Umhausen), Hansjörg Falkner (Oetz) sowie Landesrat Johannes Tratter. Vorne v. li. Sandra Friedl (Verwaltung Oetztalpflege) und Patrizia Pichler (Pflegedienstleiterin Oetztalpflege).

„GEKO" für Pflegeprojekt von drei Gemeinden

Das Land Tirol und der Tiroler Gemeindeverband haben zum dritten Mal Gemeinden vor den Vorhang geholt, die besonders gelungene Gemeinschaftsprojekte umgesetzt haben. Schlussendlich hat sich das Projekt „Oetztalpflege" der Gemeinden Sautens, Umhausen und Oetz durchgesetzt und wurde mit dem Gemeindekooperationspreis – GEKO – 2019 ausgezeichnet.

„Pflegeberatung, soziale Betreuung, mobile Pflege und vieles mehr – das Siegerprojekt ist ein Paradebeispiel dafür, was durch Kooperation möglich ist. Die wahren Gewinner sind jedoch die Bürgerinnen und Bürger, die von einer optimalen Infrastruktur profitieren", würdigte der Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes, Ernst Schöpf, den Verdienst der Gemeinden.

Tiefgaragen sollen Pflicht werden

Boden ist in Tirol Mangelware. Daher sollen bei neuen Supermärkten und sonstigen Handelsbetrieben die Autoabstellplätze unter die Erde verbannt werden. Bei Neubauten mit einer Verkaufsfläche zwischen 300 und 600 Quadratmetern will das Land künftig eine Tiefgarage beziehungsweise ein Parkdeck vorschreiben.
Darüber hinaus seien beim Bau – sofern sinnvoll – mehrere Stockwerke nach oben erwünscht, sagt Landesrat Johannes Tratter.
Die Wirtschaft reagiert abwartend und teils skeptisch.

VORARLBERG

Kontrollen bei Landesgebäuden **ausgebaut**

Nach dem Mord an einem Mitarbeiter der Bezirkshauptmannschaft Dornbirn wurden die Eingangsbereiche des Landhauses, der vier Bezirkshauptmannschaften und des Landesverwaltungsgerichts mit Security-Personal besetzt. Außerdem wurden Metalldetektoren installiert, Video-Überwachungen in Betrieb genommen und in Sachen Waffenverbot und Kontrollen adaptierte Hausordnungen ausgehängt. Auch die Zugangsregelung für Lieferanten ins Landhaus wurde neu reguliert. Es sei aber nicht beabsichtigt, den Zugang zu den Dienststellen des Landes einzuschränken, betonte Landeshauptmann Markus Wallner

Sicherheitsschleusen wurden installiert.

Gesetze gegen Zersiedlung

Das novellierte Vorarlberger Raumplanungs- und das Grundverkehrsgesetz traten am 1. März in Kraft. Ziel der Gesetze ist ein sorgsamerer und verantwortungsvollerer Umgang mit Grund und Boden, um der Baulandhortung entgegenzuwirken und dafür zu sorgen, dass gewidmetes Bauland auch als solches genützt wird.
Zentrale Maßnahmen aus den beiden Novellen sind:

- eine befristete Widmung von Bauflächen auf sieben Jahre bei Neuwidmungen,
- die Vermeidung einer Ausdehnung der äußeren Siedlungsränder,
- Bebauungsfrist bereits gewidmeter Bauflächen nach Verkauf
- Schaffung von Siedlungsschwerpunkten und
- die Verpflichtung der Gemeinden zur Erstellung von Räumlichen Entwicklungsplänen (REP).

FOTOS/Land Salzburg/Anita Eder , Shutterstock/atdr, Land Tirol/Oswald, VLK/W. Micheli

PERSONALIA

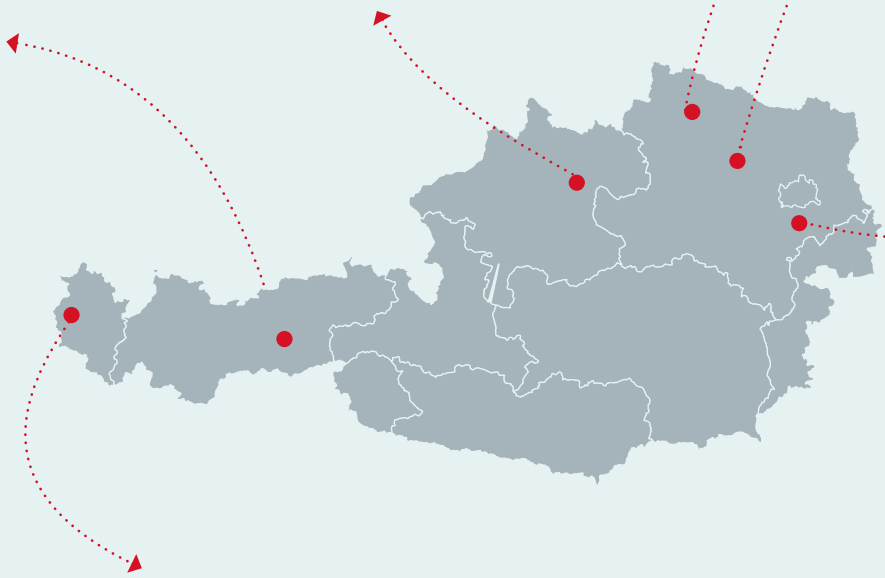
Mit 34 Stimmen Vorsprung ins Amt

NAVIS // Es war nicht untertrieben, als beide Bürgermeisterkandidaten in Navis vor der Wahl Ende Jänner sagten, dass die Chancen wohl „fifty-fifty“ stehen würden. Am Ende stand nämlich tatsächlich ein Kopf-an-Kopf-Rennen um den vakanten Bürgermeistersessel in der Gemeinde, so der Bericht in der „Tiroler Tageszeitung“. Mit 34 Stimmen Unterschied machte letztlich Lukas Peer, Vizebürgermeister, der zuletzt die Amtsgeschäfte führte, das Rennen.

Er ist der neue Bürgermeister von Navis. Und will jetzt, dass im Gemeinderat wieder Ruhe einkehrt.
Peer konnte 608 Stimmen (knapp über 51 Prozent) für sich verbuchen. Gegenkandidat Wolfgang Taxer kam auf 574 Stimmen. Das alles bei einer durchaus hohen Wahlbeteiligung von 73 Prozent – was auch die beiden Kandidaten erfreute.
Er sei „glücklich“ über den Wahlerfolg, sagte der neue Bürgermeister Lukas Peer dann in einer ersten Reaktion. Und er richtete den Blick gleich nach vorne. „Es gilt jetzt die Schwierigkeiten der vergangenen Jahre hinter sich zu lassen und die anstehenden Aufgaben anzugehen.“ Peer erklärte, er wolle jetzt „Gas geben“ und die anstehenden Projekte abarbeiten. Beide Kandidaten sprachen von einem „fairen Wahlwerben“ in den vergangenen Tagen.
Wie berichtet, war die Wahl notwendig geworden, weil der bisherige Ortschef Hubert Pixner im Herbst alle Ämter zurückgelegt hatte. Pixner hatte nach Streitigkeiten keine Grundlage für eine weitere Zusammenarbeit im Gemeinderat mehr gesehen.

Rücktritt nach elf Jahren

LEONDING // Bürgermeister Walter Brunner ist mit Ende Februar 2019 zurückgetreten. Brunner ist seit über 30 Jahren in der Gemeindepolitik der viertgrößten Gemeinde Oberösterreichs aktiv und wurde 2008 Bürgermeister von Leonding.
Die Wahl des neuen Bürgermeisters soll mit der EU-Wahl am 26. Mai 2019 zusammengelegt werden. Bis dahin hat die bisherige Vize-Bürgermeisterin Dr. Sabine Naderer-Jelinek die Amtsgeschäfte übernommen.



Zurück in die Verwaltung

RANKWEIL // Martin Summer tritt als Bürgermeister von Rankweil zurück. Der Ortschef der fast 12.000-Einwohner-Gemeinde blickt auf zehn erfolgreiche Jahre zurück, in denen er Rankweil auf vielfältige Weise mit- und umgestaltet hat. Summer war mit jungen 36 Jahren an die Ortsspitze gewählt worden. Bei Amtsantritt war ihm bereits klar, dass er nicht als Politiker in Pension gehen möchte. Nun verlässt er das Gemeindeamt.
Um seine designierte Nachfolgerin Katharina Wöß-Krall macht sich Summer keine Sorgen. „Ich bin überzeugt davon, dass sie das gut machen wird“, ist sich der scheidende Bürgermeister sicher. Immerhin war die Vizebürgermeisterin bisher im sozialen Ressort tätig und kenne die Anliegen der Bürger, meint Summer zuversichtlich.

„Vom Golfclub ins Gemeindeamt“

MOOSBRUNN // Paul Frühling, bisher geschäftsführender Gemeinderat, wurde bereits Anfang Jänner in der Gemeinderatssitzung zum neuen Bürgermeister von Moosbrunn in Niederösterreich gewählt. Er tritt somit an die Stelle von Gerhard Hauser, der mit 31. Dezember 2018 nach zehn Jahen zurückgetreten ist.

Der 37-Jährige ist herausfordernde Situationen in einer Führungsposition bereits gewohnt: Gemeinsam mit seinen Brüdern leitet er den Golfclub Frühling in Götzendorf. Seinem Vorgänger dankt das neue Gemeindeoberhaupt für den nahtlosen Übergang: „Gerhard hat mir ein sehr gut bestelltes Haus übergeben und ich bin froh, auch weiterhin auf seine Unterstützung und seinen Rat zählen zu können.“ Frühling betont, dass er parteiübergreifend mit allen Gemeinderäten vertrauensvoll zusammenarbeiten und für die Anliegen der Moosbrunnerinnen und Moosbrunner da sein wolle. „Ich möchte einen Beitrag leisten, dass auch meine Kinder und Enkelkinder eine so lebenswerte Gemeinde vorfinden, wie ich es in Moosbrunn erleben durfte“, gelobt Frühling, der nun übrigens der jüngste Bürgermeister im Bezirk Bruck ist.

Energiebündel für Göpfritz

GÖPFRITZ AN DER WILD // Seit 20. Februar hat die Waldviertler Gemeinde Göpfritz eine neue Bürgermeisterin: Mit Silvia Riedl-Weixlbraun tritt nach Franz Gressl, der aufgrund von gesundheitlichen Schwierigkeiten sein Amt zurückgelegt hat, erstmals eine Frau an die oberste Spitze der kleinen Waldviertler Gemeinde. Riedl-Weixlbraun ist bereits seit 2015 im Gemeinderat vertreten und ebenso lang Ortsvorsteherin ihres Heimatortes Scheideldorf, der zum Gemeindegebiet von Göpfritz gehört. Die gebürtige Allentsteigerin ist nach ihrer Heirat nach Göpfritz übersiedelt, wo sie schon in jungen Jahren als Jugendgemeinderätin tätig war. Die erste Frau zu sein ist für Riedl-Weixlbraun nichts Neues: Sie arbeitet in ihrem Beruf als Referatsleiterin beim Bundesheer großteils mit Männern zusammen. „Nicht einmal habe ich es erlebt, als Frau nicht akzeptiert zu werden“, meint die neue Bürgermeisterin. Sie fügt hinzu, dass sie im neuen Amt nur Zuspruch und Glückwünsche über die Gemeindegrenzen hinaus erfahren hat.

EHRUNGEN

MIT ENTSCHLIESSUNG VOM 1. FEBRUAR 2019 HAT BUNDESPRÄSIDENT DR. ALEXANDER VAN DER BELLEN VERLIEHEN:

Das Silberne Verdienstzeichen der Republik an

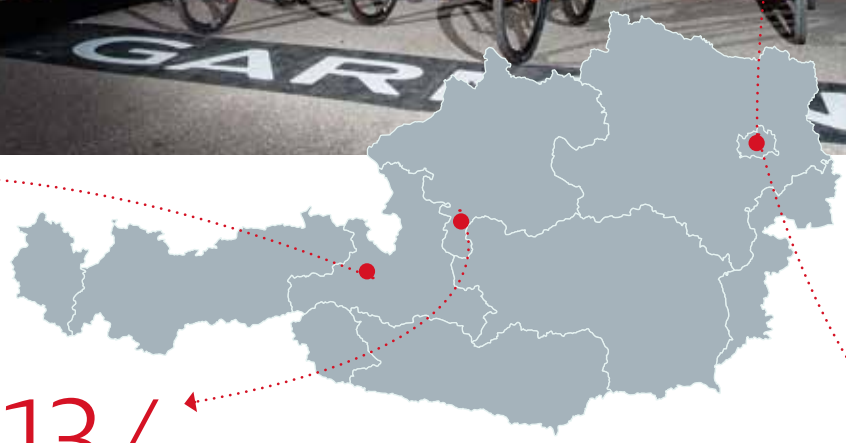
Walter Schneeweiss, Gemeinderat und ehem. Bürgermeister der Gemeinde Neukirchen an der Vöckla, Oberösterreich.

Neue Chefin mit viel Dynamik

ZWENTENDORF // Marion Török wurde am 13. Februar 2019 vom Gemeinderat zur neuen Ortschefin von Zwentendorf an der Donau gewählt. Die frischgebackene Bürgermeisterin sprüht vor Energie: „In Zwentendorf ist schon immer sehr viel passiert, ich wollte immer schon mitarbeiten“, sagt die 47-Jährige, die schon seit fast 20 Jahren in der Kommunalpolitik aktiv ist.
Mit ihrer langjährigen Erfahrung als geschäftsführende Gemeinderätin neben der beruflichen Tätigkeit als Amtsleiterin bringt Török bereits viel Know-how mit. „Eigentlich“, so die gebürtige Zwentendorferin, „haben sich meine Aufgabenbereiche nur verschoben.“
Der neuen Bürgermeisterin ist durchaus bewusst, dass ihr neues Amt zeitaufwändig sein wird. „Da muss man sein Herzblut reinstecken“, meint sie nüchtern und fügt hinzu, dass gutes Zeitmanagement bei der zusätzlichen Aufgabe natürlich sehr wichtig sei.

FOTOS // privat // Österreichischer Gemeindebund //

TERMINE IM FRÜHJAHR



09 / April

Wasserrecht für Wasserversorger

Haben Sie sich schon mit folgenden Fragen beschäftigt: Was umfasst meine wasserrechtliche Bewilligung? Sind meine Leitungsrechte gesichert? Was bedeutet ein Wiederverleihungsverfahren für meine Wasserversorgung?
Im Rahmen dieses Seminars, das bewusst von Praktikern für Praktiker konzipiert ist, werden die wesentlichen Inhalte rund um diese Themen vermittelt.

www.ovgw.at
Ort: Zell am See.

13 / Juli

Salzkammergut-Trophy 2019

Auch wenn es bis zur Salzkammergut-Trophy am 13. Juli 2019 noch eine ganze Weile hin ist, kann man sich bereits jetzt anmelden. Neben der Extremdistanz gibt es passende Strecken für alle Leistungsklassen. Im Rahmen dieser Trophy sind auch wieder alle Gemeindebediensteten, Bürgermeister und Gemeindefunktionäre zu den „8. OÖ Mountainbike Meisterschaften“ über 22,1 Kilometer und den „5. Österreichischen Gemeindemeisterschaften“ über 37,9 Kilometer eingeladen.

salzkammergut-trophy.at
Ort: Bad Goisern

FOTOS // UFGC // Erwin Haiden // ÖISS //

04/April

Entwicklungen im Sport und Sportstättenbau

Das ÖISS (Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau) wirft im April einen Blick auf das breite Spektrum von Sportanlagen – von (öffentlichen) Breitensportanlagen bis zu hochrangigen Wettkampfanlagen als wichtige Angebote in unseren Siedlungsräumen und als maßgebliche Faktoren der Stadtplanung. Unter anderem referieren Tom Jones, Popolous London, sowie Mike Hall, Faulkner Brown Architects Newcastle (über seine Vision berichtete KOMMUNAL in der Ausgabe 1/2019), über zukunftsweisende Spitzensportstätten – Stadien und Sporthallen.
Esben Danielsen von der Danish Foundation for Culture and Sports lässt uns von Kopenhagen lernen und berichtet über innovative Sportanlagen für die Nachbarschaft.
Die Key Note von Robin Kähler wird die integrale Planung kommunaler Anlagen behandeln.
Die Kooperationsveranstaltung der IAKS und des ÖISS versteht sich als Kick-off anlässlich der Gründung der IAKS-Sektion Austria und als Start vermehrter Bemühungen um Internationaliät in der Branche.

www.oeiss.at
Ort: ÖISS, Prinz-Eugen-Straße 12, 1040 Wien.

10/Dezember

3. Kanalinspektionskurs

Kursziel: Auffrischung und Vertiefung der Kanalinspektionskenntnisse bei Haltungen und Schächten. Der Kurs richtet sich unter anderem an Personen, die TV-Inspektionen von Kanalisationsanlagen selbstständig durchführen.

www.oewav.at
Ort: Wien.

URBAN FUTURE global conference

22-23/Mai

UFGC: Europas größte Konferenz für nachhaltige Kommunen

Die globale Konferenz URBAN FUTURE ist die weltweit größte Konferenz, die sich ausschließlich an CityChanger richtet – Entscheidungsträger, die aktiv, leidenschaftlich und effektiv Städte und Gemeinden nachhaltiger machen.
Städte und Gemeinden sind der Schlüssel zu einer nachhaltigen Zukunft unseres Planeten. Massive Veränderungen sind notwendig, um Klimawandel und soziale Ungleichheiten zu bekämpfen. Bisher wird viel über technologische Lösungen gesprochen, trotzdem sind das Wichtigste für die Lösung der städtischen Herausforderungen die Menschen, die einen positiven Wandel bewirken.
2019 wird die Veranstaltung in Oslo stattfinden, der grünen Hauptstadt Europas. Besuchen Sie die #UFGC19 in Oslo, treffen Sie die leidenschaftlichsten und inspirierendsten CityChanger aus der ganzen Welt und werden Sie Teil der CityChangers-Bewegung!

www.urban-future.org
Ort: Oslo

G „STADT, LAND, FLUSS“ AUF ÖSTERREICHISCH

Neue Ausgabe, neuer Buchstabe: Diesmal mit dem „G“ des österreichischen „Stadt-Land-Fluss“-Spiels. Wenn auch Sie Vorschläge haben, mit welchen Berg- oder Ortsnamen man das Spiel gewinnen kann, mailen Sie uns: **redaktion@kommunal.at**

LAND (BEZIRK)

Das **GESÄUSE** ist nicht nur eine Gebirgsgruppe in den Nördlichen Kalkalpen, sondern auch ein ca. 120 km² großer Nationalpark. Über 99% seiner heutigen Fläche stehen im Eigentum der Steiermärkischen Landesforste.

TIER

Die **GEMEINE TEICHMUSCHEL** (Anodonta anatina) kommt in fast ganz Europa vor. Sie wird etwa 8–10 cm lang und lebt in Fließ- und Stillgewässern auf schlammigen oder sandigen Böden. Durch zunehmende Gewässerverschmutzung ist sie gefährdet und steht daher unter Naturschutz.

FLUSS

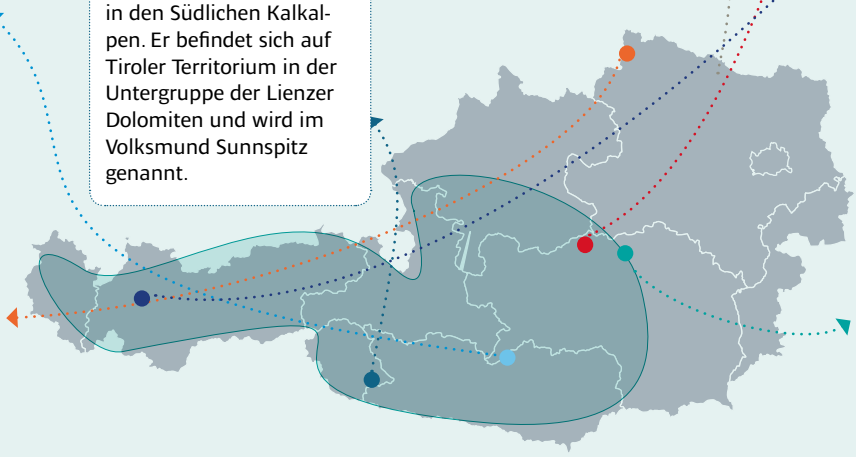
Der **GEISSECKBACH** fließt nordöstlich der Turracher Höhe entlang der Grenze zwischen der Steiermark und Kärnten. Aus den Gurktaler Alpen kommend, bildet er ab dem Zusammenfluss mit dem Hinteren Seebach die Turrach.

PERSÖNLICHKEIT

NORBERT GSTREIN (* 1961 in Mils bei Imst) ist ein österreichischer Schriftsteller. Er studierte Mathematik, seine Dissertation trägt den Titel „Zur Logik der Fragen“. Sein Bruder ist der ehemalige Skirennläufer Bernhard Gstrein.

BERG

Die **GROSSE SANDSPITZE** (2770 m) ist der höchste Berg der Gailtaler Alpen in den Südlichen Kalkalpen. Er befindet sich auf Tiroler Territorium in der Untergruppe der Lienzer Dolomiten und wird im Volksmund Sunnspitz genannt.



STADT/GEMEINDE

GROSSDIETMANNS ist eine Marktgemeinde mit 2215 Einwohnern im Bezirk Gmünd. Sie liegt im Tal der Lainsitz und ist Mitgliedsgemeinde der Kleinregion Waldviertler StadtLand.

PFLANZE

Die **ÖSTERREICH-GLOCKENBLUME** (Campanula pulla) ist ein Endemit der montanen bis subalpinen Stufe. Bevorzugte Lebensräume sind schnee- und rieselfeuchte Bereiche in Karbonatschneetälchen und -schneeböden, Karbonatfelswände und -schutthalden.

IMPRESSUM
Herausgeber Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Medieninhaber Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien, Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 77, E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at www.kommunal.at
Geschäftsführung Mag. Michael Zimper
Redaktion Tel.: 01/ 532 23 88; Mag. Hans Braun - DW 16 (Chefredaktion) hans.braun@kommunal.at; Mag. Helmut Reindl - DW 15 helmut.reindl@kommunal.at; Andreas Hussak - DW 37 andreas.hussak@kommunal.at
Adressverwaltung Elisabeth Leitner - DW 18 elisabeth.leitner@kommunal.at
oder Sie folgen diesem Link oder dem QR-Code zum Ändern von Bezugsdaten:

http://kommunal.at/leserservice/

Grafik Thomas Max - DW 42 thomas.max@kommunal.at

Fotos www.shutterstock.com; www.bilderbox.at

Anzeigenberatung Tel.: 01/532 23 88; Mag. Sabine Brüggemann - DW 12, sabine.brueggemann@kommunal.at; Martin Mravlak - DW 28, martin.mravlak@kommunal.at; Martin Pichler - DW 11, martin.pichler@kommunal.at

Redaktionsbeirat Mag. Ewald Buschenreiter (Verband der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ), Mag. Johann Drabek (BM für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort), Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund), Daniel Kosak (BM für Nachhaltigkeit und Tourismus), Dr. Walter Leiss (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Alexander Marakovits (BM für Inneres), Mag. Johannes Pasquali (BM für Finanzen), Mag. Alfred Riedl (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes), Mag. Christian Rupp (IKT-Board im Bundeskanzleramt), Mag. Brigitte Trinkl (BM für Europa, Integration und Äußeres), Mag. Michael Zimper (Österreichischer Kommunalverlag)

Hersteller Leykam Druck, 7201 Neudörfl; PEFC zertifiziert: Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at
Druckauflage KOMMUNAL: 34.963 (Halbjahresschnitt 2018)
Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Hinweis zu Gender-Formulierung Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.

ERSTE SPARKASSE

Machen Sie Schluss mit Ihrem alten Business Banking.

Wechseln Sie jetzt zu TELEBANKING PRO, dem modernsten Business Banking Österreichs: Das wird ständig erweitert und immer smarter.

Jetzt umsteigen

erstebank.at/telebanking-pro
sparkasse.at/telebanking-pro

HeldInnen von heute

Für ein lebenswertes Morgen ... Batterien niemals im Restmüll entsorgen!

Batterien sind kleine Energiekraftwerke, die den reibungslosen Betrieb all unserer Elektrogeräte ermöglichen. Je nach Batterietyp können sie neben wichtigen Rohstoffen wie Nickel, Mangan, Kobalt, Kupfer oder Lithium auch Quecksilber und andere Schwermetalle enthalten, die giftige Emissionen verursachen. **Aus diesem Grund haben Batterien und Akkus – egal welcher Art und Größe – nichts im Restmüll verloren.**

HeldInnen von heute besiegen ihre Bequemlichkeit und werfen Batterien – auch wenn sie noch so klein sind – keinesfalls in den Restmüll. Sie übernehmen Verantwortung und bringen sie zur Sammelstelle oder zur Sammelbox im Handel.

Die Umwelt braucht HeldInnen – heute und morgen!

Informationen, Adressen, Öffnungszeiten aller Sammelstellen auf
elektro-ade.at

ELEKTROALTGERÄTE KOORDINIERUNGSSTELLE
Austria GmbH